

Negative Zinsen Abschaffung des (Bar-)Geldes Die unkorrekten Presseberichte darüber und andere Themen

Fragen für die wir als Freunde der NWO¹ bzw. als Vertreter der Freiwirtschaftsschule jeweils eine Antwort parat haben oder suchen sollten und Nachrichten, die unsere Stellungnahmen erfordern.

Anmerkungen und Antworten

von

Tristan Abromeit

für die Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste

Am 5. April 2016 begonnen und wegen der Handwerker im Haus und wegen eines schmerzhaften Bandscheibenvorfalles unterbrochen und am 19. Mai 2016 zu Ende geführt. ²

Text 145

www.tristan-abromeit.de

-
- 1 Ich weiß gar nicht, ob wir die Abkürzung *NWO*, die für Natürliche Wirtschaftsordnung steht, noch verwenden sollten, da die Abkürzung auch für andere Zielsetzungen verwendet wird. Siehe: <https://www.jochen-roemer.de/Gottes%20Warnung/Kommende%20Jahre/nwo-report/nwo-report.html#Einleitung> Gibt man die Abkürzung *NWO* in eine Suchmaschinen ein, werden Ergebnisse zu *New World Order* angezeigt.
 - 2 Meine Frau ist der Werbung für die Energieeffizienzsanierung ihres Hauses erlegen. Dadurch kam erst ein Energiesparberater ins Haus und dann viele Handwerker und mich plagten Schmerzen, die von einem Bandscheibenvorfall verursacht wurden (werden). Es war eine schlechte Zeit für die Denk- und Schreibarbeit. Es langte nur, um die Reihe der Nachrichten zu ergänzen, die mir bei der täglichen Zeitungslektüre aufgefallen waren. Und zwischendurch las ich im Handelsblatt Morning Briefing von Gabor Steingart ein Zitat, das er auf die Vorstände der 300 größten börsennotierten Unternehmen angewendet hat: „Dabei hat der **Dichter Gottfried Benn** den **Typus arroganter Besserwisser** vorgewarnt: „Jedes Wissen ist nur ein Irrtum zwischen zwei Irrtümern und ein Vorspiel zu unaufhörlichen Vorspielen.“
Die Mahnung von Gottfried Benn ist aber eine Mahnung an jeden, der sich äußert, also auch an mich. Ist die Mahnung eine Aufforderung, meine Versuche der Aufklärung einzustellen? Da scheint es mir doch besser zu sein, das Risiko des Irrsins einzugehen, als dem Irrrationalen in der ökonomischen Gestaltung unserer Gesellschaft(en) noch mehr Raum zu geben.

Inhaltsübersicht / Fragen und Antworten und mehr:

Seite

1. Sind negative Zinsen ethisch vertretbar oder nur das Gegenstück zum positiven Zins?	Meine Antwort	3
2. Befördern die von der EZB erzwungenen negativen Zinsen das Anliegen der Freiwirtschaft?	Meine Antwort	5
3. Ist die Umlaufsicherung des Geldes ein negativer Zins?	Meine Antwort	6
4. Was können wir tun, um die Presse zu bewegen, korrekt über die Wirkungen niedriger oder gar negativer Zinsen zu berichten?	Meine Antwort	7
5. Lässt sich das (Bar-)Geld problemlos abschaffen?	Meine Antwort	12
Die geldlose Wirtschaft – vom Tempeltausch bis Barter-Club, Hugo Godschalk		13
Kritik der Quantitätstheorie / Fassbeck – Spieker		17
Godschalk Fortsetzung		18
„Der schöne Schein / Was steckt hinter der Bargeldabschaffung? Und was steht auf dem Spiel?		24
Was sagt Silvio Gesell einem Geld, das nur aus Zahlen in einem Buch besteht?		25
Vorbemerkungen zu den Bedingungen eines digitalen Geldes		28
"Der Bankraub" Hinweise		39
"Draghi kontert deutsche Kritik"		39
Meine Einschätzung von Walkers Überlegungen zur Werttheorie des Geldes		42
Die Streichliste für die heutige Notenbank		45
Die gleichen Elemente von digitalem und gedrucktem Geld		48
Unterschiedliche Träger von gedrucktem und digitalen Geld		49
6. Hat sich Gesell zu negativen Zinsen geäußert?		50
7. Eine Stellungnahme von Gesell zu einer Kritik der NWO (Keine Frage!)		52
8. Zum Ausklang das Thema: Ethisches Handeln und der Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes		56
9. Nachträge		58
Neue Verfassungsklage gegen EZB-Geldpolitik		58
Mario Draghi bekommt Schützenhilfe vom Gouverneur der italienischen Notenbank		58
Das Bundesverfassungsgericht ist überfordert		59
Klärungsbedarf bei den Themen Parallelwährung, Wechselkursen und bei dem Gresha'Gesetz		59
Prof. Nikolaus K. A. Läufer zur Quantitätstheorie		61
Mehr Zeit für Defizitsünder		62
Hans-Werner-Sinn-Lecture und noch einmal ins All		63
10. Gesammeltes Ausgangsmaterial:		64
11. Neue (inzwischen alte) Nachrichten per E-Mail		73 - 75

Werte Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste und andere Mitleser,

soweit meine Anmerkungen und Antworten zu den Berichten, Stellungnahmen oder Fragen nicht unmittelbar verständlich sind, empfiehlt es sich, die betreffenden Texte unter 1)) bis 15)), die „Neuen Nachrichten“ 1 bis 3 oder die Aussagen zum negativen Zins von Gesell zu lesen. Die Stellungnahmen von Andreas Bangemann, von Anselm Rapp und die Frage von Prof. Nölling haben mich zu meinen Antworten angeregt. Vielleicht finden sie bessere und ergiebige Antworten. Auslöser dieser Einlassungen ist die Nachricht der HAZ vom 31. März, [= 1))] auf Seite 65, die ich ohne eigenen Kommentar an die Liste weitergereicht hatte.

Meine Antwort zur Frage 1.:

„Sind negative Zinsen ethisch vertretbar oder nur das Gegenstück zum positiven Zins?“

a) Da der positive Zins seit biblischen Zeiten der Kritik ausgesetzt ist, weil er Einkommensanteile aus der Arbeit auf Vermögen ohne Arbeit überträgt, kann die umgekehrte Wirkung des negativen Zinses nicht unproblematisch sein.

Die Geschichte lehrt aber, dass ein Zinsverbot (Erzwingung eines Null-Zinses) nicht durchsetzbar ist. Wenn der Null-Zins die angestrebte Zielgröße sein soll, dann ist zu akzeptieren, dass der Zins nicht nur Instrument der Vermögensübertragung (Ausbeutungsrate des Arbeitseinkommens), sondern auch ein Preis für die zeitweilige Überlassung von Liquidität ist. Eine Gesellschaft, die Wert auf eine einwandfreie Wirtschaftsethik legt, hat dafür zu sorgen, dass ein Zins von Null mit geringen Abweichungen nach beiden Seiten zur Aufrechterhaltung seiner Preisfunktion möglich wird.

b) Ein hoher positiver Zins als Preis für die Überlassung von Liquidität scheint mir nur im Start einer Volkswirtschaft nach einem Zusammenbruch bei gleichen Startbedingungen und geringer Sparquote gerechtfertigt zu sein, weil hier das Argument von Konsumverzicht eine gewisse Berechtigung hat. Da aber der Zusammenbruch von einer Volkswirtschaft schon ein sachliches und ethisches Versagen voraussetzt, ist der hohe Zins - der eine Knappheit des Kredits anzeigt - in einer solchen Situation ethisch nur mit Bauchschmerzen zu bejahren.

c) Der negative Zins ist eher als der positive Zins ethisch zu rechtfertigen, denn der Schuld-

ner transportiert Ansprüche auf Güter im Markt für den Gläubiger auf einen ungewissen Weg in die Zukunft. Das ist eine Leistung, die eine Entgeltung rechtfertigt. Wenn der Schuldner Pech hat, verliert er dabei sein ganzes Vermögen oder zumindest den Teil, den er als Sicherheit hinterlegt hat.³ Der Gläubiger geht "nur" den Verlust der Darlehenssumme ein. Welche Position - die des Gläubigers oder die des Schuldners - höher zu bewerten ist, kann kein Ethikgremium festlegen, sondern nur ein Markt (Vielzahl der Anbieter und Nachfrager), der nicht durch eine Zinsuntergrenze (Liquiditätsfalle) oder eine Negativ-Zins-Erzwingung der Zentralbank gestört ist. Zu bedenken ist dabei, dass das Zinsniveau - das sich durch Angebot und Nachfrage einstellt - durch das Eingehen in die Preiskalkulation - z. B. durch das eingesetzte Eigenkapital - nicht nur Darlehnsnehmer und Darlehnsgeber berührt, sondern alle Wirtschaftssubjekte. (Auch der Bürger, der weder Guthaben noch Schulden hat, ist von dem Zinsniveau betroffen, weil der Zins in allen Preisen einkalkuliert ist.)

d) Wir sprechen ja von den Zinsbestandteilen: dem >Urzins oder reinen Zins, der Risikoprämie und dem Inflationsausgleich (von Gesell Ristorno genannt⁴). Außerdem ist die Zinsspanne (Unterschied zwischen Soll- und Habenzinsen / Ein- und Verkaufspreis für Liquidität) der Kreditvermittler zu berücksichtigen, aus der diese - neben den Gebühren - ihre Kosten und den Reinertrag erwirtschaften müssen.

Im Modell NWO wird davon ausgegangen:

da) Dass eine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung machbar ist und dadurch das Kreditvergaberrisiko auf das Fehlverhalten des Unternehmers (allgemein auf die des Kreditnehmers) reduziert werden kann. Das größere Kreditrisiko, das in den Konjunkturschwankungen besteht, ist ausgeschaltet. Da - bis auf die Blankokredite - das Risiko, das der Kreditnehmer darstellt, durch Verpfändung von Vermögensteilen oder Bürgschaften sichergestellt ist (und zudem Versicherungen das Kredit-Tilgungsrisiko versichern), ist unter diesen Annahmen der Zinsanteil "Risikoprämie" ethisch nicht gerechtfertigt (und in einen sachgerecht ausgestatteten Markt nicht durchsetzbar).

db) Da im NWO-Modell von einer machbaren Inflationsrate von Null Prozent ausgegangen

3 Dieses Thema habe ich längerer Zeit mit Friedrich Müller-Reißmann - einem Naturwissenschaftler mit Theologiestudium diskutiert. <http://www.mueller-reissmann.de/>

4 Der Begriff Ristorno war mir bisher unbekannt. Das zeigt auch, dass ich Gesell bisher zu wenig gelesen habe und beweist die Richtigkeit meiner Behauptung, dass man Gesell nur als Stichwortgeber benötigt, wenn man das Prinzip der Marktwirtschaft verstanden hat. Das ist keine Aufforderung, die Texte von Gesell zu ignorieren, sondern ich will damit untermauern, dass die NWO keine Glaubenslehre ist.

wird, besteht für den Zinsanteil „Inflationsausgleich“ keine ethische Rechtfertigung und wird sich auch im Markt nicht durchsetzen lassen. In einer Situation - wie wir sie in der Vergangenheit hatten und in der Gegenwart noch haben - ist ein Inflationsausgleich in Form eines Zinsanteils ethisch gerechtfertigt. Für neuere Verträge wurde die Indexierung aufgehoben.⁵ Die Verbote waren auch unsinnig, weil die Vorstellung, dass durch die Indexierung von auf Geld lautenden Verträgen die Preisniveaustabilität gefährden könnte, irrig ist. Es ist aber ethisch nicht gerechtfertigt Zinsanteile, die ein Inflationsausgleich darstellen, zu besteuern. Und nebenbei sind angestrebte Inflationsraten von 2% p.a. durch die EZB ethisch und durch das Recht nicht gerechtfertigt.

dc) Wenn die Kreditinstitute ihre Kosten nicht mehr durch eine Marge zwischen Soll- und Habenzins decken können, dann ist gerechtfertigt, ihre Kosten und ihren Ertrag über Gebühren (Preise) hereinzuholen. Die Konkurrenz sorgt dafür, dass die Ansprüche der Banken nicht in den Himmel wachsen⁶. Vermutlich würde der Kostenanteil der Banken für die Gewährung kleiner Kredite höher und für die großen Kredite niedriger ausfallen als im bisherigen Modell, weil der Verwaltungsaufwand für kleine und große Kredite sich nicht wesentlich unterscheidet.⁷

Meine Antwort zur Frage 2.:

„Befördern die von der EZB erzwungenen negativen Zinsen das Anliegen der Freiwirtschaft?“

Ja und Nein!

JA, weil die EZB und die Notenbanken insgesamt und zunehmend die Wirtschaftswissenschaftler sich durch die wirtschaftlichen Fakten gezwungen sehen zu überlegen, wie dem brachliegenden Geld Beine gemacht werden können. Der Verdrängungsprozess Gesells aus dem Bewusstsein der Lehrenden verliert dadurch an Wirkung. Während EZB-Präsident eher für gedankliche Anleihen bei Keynes steht, entdecken zunehmend Wirtschaftswissenschaftler Gesell als Wegweiser aus der Krise.

5 http://www.essen.ihk24.de/recht_und_steuern/wirtschaftsrecht/Wertsicherungsklausel/2104212

6 Auch in diesem Bereich sind Preisabsprachen zwischen den Banken ein Übel.

7 Mir fällt dabei eine Anmerkung von Prof. Dieter Suhr (1939-1990) ein. Er wies darauf hin, dass der Schuldner den Preis für die Überlassung von Liquidität (den Zins) für die ganze Laufzeit des Kredites zahlen müsste, obwohl er vielleicht nur eine Stunde über den Vorteil der Liquidität (bis zur Bezahlung einer fälligen Rechnung) verfügen würde. Von hier aus gesehen ist eine Verwaltungsgebühr für den Kredit berechtigter als der Zins.

NEIN, weil das Anliegen der Freiwirtschaftsschule durch die Politik der EZB in dreifacher Weise in Misskredit gerät. a) Es ist nicht im Sinne Gesells, dass die Notenbank eine verdeckte Finanzierung der Staatshaushalte vornimmt. b) Zweitens wird durch die Bekämpfung der Hortung in Form der Notenvermehrung ohne Rücksicht auf den vorhandenen Bestand – der ja schon die vorhandenen Ansprüche auf Güter im Markt repräsentiert - ein großes Inflationspotential aufgebaut wird. c) Und drittens wird der Kreditmarkt gestört. Die Störung kann eine Bankenkrise verursachen, die dann wieder mit dirigistische Mitteln bekämpft werden wird. Es ist nicht die Aufgabe der Notenbanken, das Preisgefüge für Liquidität zu manipulieren. Die einzigen Aufgaben, die die Notenbanken haben sollten, sind: 1. dass sie den Binnenwert der Währung stabil hält und 2., dass sie für den gleichmäßigen Umlauf des Geldes – als Voraussetzung für die Preisniveaustabilität und für die Vollbeschäftigung - sorgt, was sie aber ohne Umlaufsicherung des Geldes nicht kann.

Es ist daher Aufgabe der freiwirtschaftlichen Gruppen, korrigierende Informationen den Leitungen der Notenbanken, den Wirtschaftswissenschaftlern - die sich auf Gesell beziehen - und den Wirtschaftsjournalisten als Orientierungshilfe zu unterbreiten. Diese Aufgabe ist auch dann erforderlich, wenn die genannten Personenkreise sich als beratungsresistent erweisen. Es geht nicht nur um das Gemeinwohl, sondern auch um unsere Selbstachtung. Diese geht nämlich verloren, wenn wir uns als ohnmächtige Zuschauer verhalten.

Meine Antwort zu der Frage 3:

Ist die Umlaufsicherung des Geldes ein negativer Zins?

Nein! Die Umlaufsicherungsgebühr - die kontinuierliche Abwertung der einzelnen Geldeinheit in Papier- oder digitaler Form – ist eine Nutzungsgebühr in Höhe von jährlich etwa 5% und nur solange fällig, wie der Nutzer das Geld im Bestand hat. Der Zins ist im Gegensatz dazu auch fällig, wenn das Geld, das auf dem Kreditweg befristet oder unbefristet übertragen wurde, gar nicht mehr in der Hand des Darlehnsnehmers ist. Zwar wirkt die Umlaufsicherung des (Bar-)Geldes auch auf das Giral- oder Buch-Geld (das kein Geld ist, sondern eine Forderung auf Geld), denn keine Bank wird aus Nächstenliebe die Umlaufsicherungsgebühr für die Geldbestände ihrer Kunden übernehmen. Die Banken werden je nach Marktlage für das Spar- und Kreditgeschäft die Girokonten mit einem Teil der Umlaufsicherungsgebühr belasten. Da die Umlaufsicherung des (Bar-)Geldes die Zinstreppe (unterschiedliche Zinssätze für unterschiedliche Bindungsfristen der Kundeneinlagen) nicht zerstört, kann der Einle-

ger für den Teil seiner Einlagen, über die er nicht täglich verfügen muss, den Umlaufsicherung-Gebühren ausweichen. (Siehe Zinsstrukturkurve / Zinstreppe:

<http://www.geldreform.eu/stabile-waehrung-durch-haltegebuehr-auf-geld/>

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/infoblatt1.htm>)

Erinnert sei daran, dass der Sinn einer Geldumlaufsicherung 1. der ist, dass das Geld kontinuierlich umläuft, so dass das Einkommen wieder zur Nachfrage wird und von der Geldseite her die Konjunktur nicht abgewürgt werden kann und 2. die Geldmenge von der Zentralbank genau gesteuert und somit eine Inflationsrate von Null % eingehalten werden kann. Die Umlaufsicherungsgebühr wirkt auch unbürokratischer und auch effektiver als eine Transaktionssteuer gegen eine übermäßige Spekulation. Die Umlaufsicherungsgebühr ist aber kein Finanzierungsinstrument des Staates oder der Wohlfahrt. In der Höhe ist sie so zu messen, dass der Geldumlauf sicher ist, nicht höher und nicht niedriger. Das Notenbanksystem hat seine Kosten daraus zu finanzieren und evtl. Überschüsse an seine Gewährsträger zu überweisen.

Meine Antwort zur Frage 4

Was können wir tun, um die Presse zu bewegen korrekt über die Wirkungen niedriger oder gar negativer Zinsen zu berichten?

Ich weiß es nicht!

1. Das Problem mit den Medien ist:

a) Die Falschinformationen der Leser, Hörer und Zuschauer scheinen mir keinem abgestimmten, bewussten Plan zu entspringen. Daher scheint mir die Empörung bzw. die Betroffenheit der berichtenden Zunft über den Vorwurf, sie seien Teil der Lügenpresse, der im anderen Zusammenhang ausgesprochen wurde und wird, ehrlich zu sein. Das, was viele Bürger aber im Hinblick auf die Medien empfinden, ist mit dem Begriff „Lügenpresse“ auch nicht richtig gekennzeichnet, weil nicht bewusst gelogen wird, sondern weil die Selektion der Meldungen und Meinungen durch die Medienmitarbeiter sich immer weniger mit denen der Wahrnehmung der Leser und Hörer deckt.

b) Wie die Diskrepanz zwischen dem aufrechten Journalisten – der glaubt, rechtschaffen sein Handwerk auszuführen – und dem kritischen Leser und Hörer – der weiß, dass er täglich getäuscht oder gar belogen wird – zu Stande kommt, ist sicher Gegenstand von Dissertationen und Forschungsprojekten – oder sollten es wenigstens sein, denn eine dauernde falsche Un-

terrichtung wird eine Rebellion in die eine oder andere Richtung zur Folge haben.⁸

c) Es steht jedenfalls fest, dass die Medien in Bezug auf die Ökonomie im Allgemeinen oder in Bezug auf die Währungspolitik im Besonderen ihr Publikum nicht richtig informieren. Es spielt dabei keine Rolle, ob als Ursache eine politische oder ökonomische Macht hinter der Desinformation vermutet wird oder eine Ideologie bzw. ein sozialpsychologisch begründeter Meinungsbildungsprozess die Nachrichten verfälscht. Wenn die Presse ihre Glaubhaftigkeit zurückgewinnen will, sollte sie wie das Internet die Verwirrung – die besteht - abbilden, die es in der theoretischen und praktischen Ökonomie heute gibt. Und von der Basis der Verwirrung aus – mit sich widersprechenden Aussagen - sollten die Wirtschaftsjournalisten -redakteure ihre Leser und Hörer dann bei der Klärung der Sachverhalte mit Berichten über die wahrscheinlich (oder nur vermuteten) richtigen Elementen der Ökonomie unterstützen und so das Vertrauen zwischen Berichtersteller bzw. Kommentatoren und Leser und Hörer wieder aufbauen.⁹

d) Bei der Nachrichtenvermittlung und der Aufklärung über ökonomische Vorgänge spielt auch die oft verwirrende oder verschleiende Begriffsbildung eine Rolle. Vor etwa einem halben Jahrhundert las ich das Klagelied eines Ökonomieprofessors. Er teilte seinen Lesern mit, dass er seinen Sohn, der ebenfalls Professor der Ökonomie sei, nicht mehr verstünde. Ich habe damals gedacht, das ist doch gar nicht möglich, was gestern richtig war, muss doch heute auch richtig sein. Aber heute fühle ich mich manchmal auch in der Rolle des alten Professors von damals, weil ich nicht mehr verstehe, wovon die Rede ist. Natürlich müssen sich

8 In der HAZ vom 22. April 2016 war folgendes zu lesen:

„**Zeitungen sind systemrelevant**“ Nordwestdeutscher Verlegerverband VNZV lädt zum Medientreff im Pier 51 ein. Von Conrad von Meding
Madsack-Chef Thomas Düffert (v. li.) mit dem VNZV-Vorsitzenden Ewald Dobler und Geschäftsführer Stefan Borrmann.

Monatlang standen auch die Zeitungen in der Kritik wegen ihres Umgangs mit dem Flüchtlingsthema. Medienforscher Prof. Bernhard Pörksen forderte die Verleger am Donnerstagabend in Hannover auf, einen Journalismus zu fördern, der „entschleunigter“ und hintergründiger arbeitet. Denn Zeitungen seien „systemrelevant für die Demokratie“.

Alle zwei Jahre lädt der Verband Nordwestdeutscher Zeitungsverleger (VNZV) zum Treffen nach Hannover ein – Standortbestimmung in einer unruhigen Welt. Diesmal gab Medienwissenschaftler Pörksen aus Tübingen Denkanstöße, die den rund 100 Gästen viel Gesprächsstoff boten. Als „Spagat-Medium“ bezeichnete er die Tageszeitungen. Sie müssten Milieus und Perspektiven verbinden, sich vor allem aber der „erregten Überhitzung und der Totalkommerzialisierung des öffentlichen Raums entgegenstellen – gerade in Zeiten der Selbstisolation in den Echokammern der sozialen Netzwerke“. Mit HAZ-Autorin Ulrike Simon diskutierte er im Anschluss seine Thesen von der notwendigen Entschleunigung des Journalismus. VNZV-Vorsitzender Ewald Dobler aus Alfeld lobte: „Natürlich brauchen wir auch die schnelle Nachricht, vom Tempo können wir uns nicht abkoppeln. Zugleich sind aber Hintergrundwissen und Wahrhaftigkeit das, was das Medium Zeitung am besten bieten kann.“ ...

9 Es ist nach meinem Eindruck irrig, von Einschaltquoten und Auflagenzahlen auf Zustimmung zu schließen. Der Prozentsatz der Hörer und Leser, die das Gerät einschalten oder die Zeitung mit der Haltung – mal sehen / hören, was sie uns heute wieder vorlügen – aufschlagen, dürfte nicht gering sein.

auch Begriffe entwickeln, wenn neue Erkenntnisse vorliegen, mein Eindruck ist aber, das in der Ökonomie neue Begriffe geprägt werden, um einen Fortschritt vorzutäuschen, der nicht stattgefunden hat. Genauso verwirrend dürften Begriffe wirken, die nur noch aus Abkürzungen bestehen oder aus der englischen Sprache – ohne Entsprechung in deutscher Sprache – übernommen wurden. Die Ökonomie ist aber keine Geheimwissenschaft, die durch eine eigene Sprache das gemeine Publikum fern halten, sondern eine Wissenschaft, die das Basiswissen einer Demokratie vermitteln soll. Die Verwirrung kann gut studiert werden an der Zusammenfassung von Geld und Forderungen auf Geld (= Giralgeld) zu Einheiten wie M1, M2 und M3. Wenn solche unsauberen Begriffe dann auch noch mit der Vorstellung verbunden werden, dass Geschäftsbanken Geld schöpfen können, dann ist eine sachliche Verständigung gar nicht mehr möglich.

2. Die Schwierigkeit die Informanten zu informieren:

a) So falsch die Erzwingung eines Zinssatzes gegen Null durch die EZB ist, so falsch sind die sich wiederholenden Berichte und Kommentare in den Medien, die Sparer würden dadurch ärmer. Das Gegenteil ist für 80% der Wirtschaftsteilnehmer richtig, denn die Zinsen zahlt nicht der liebe Gott, sondern sie müssen mit den ökonomischen Renten aus dem Arbeitsertrag gezahlt werden und nicht nur von den Schuldner, sondern von 80% der Wirtschaftsteilnehmer – also auch von den Rentnern und Harz-4-Empfängern -, denn diese sind die Verlierer bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen.

Enteignet werden die Sparer, wenn die EZB ihr Ziel – 2% Inflation – durchsetzt. Die Medien sollten sich mal um die Frage kümmern, warum die EZB sich so sehr um diese 2% Inflation bemüht. Und wenn die Antwort den Lesern und Hörern vermittelt wurde, sind folgende Fragen zu beantworten: 1. ob die 2% Inflation für den von der EZB gedachten Zweck reichen oder ob der Satz nicht über 5% liegen müsste. 2. Warum die Notenbank das Instrument der konstruktiven Umlaufsicherung nicht nutzt, das eine Vollbeschäftigung bei Null Prozent Inflation ermöglicht.

b) Es ist auch falsch anzunehmen, dass das Sparverhalten der Bürger wesentlich von den Zinssätzen gesteuert würde. Was passieren kann, ist, dass die Vorliebe zur Liquidität steigt und die Geldhorte größer werden und dadurch das Volumen und die durchschnittliche Geschwindigkeit¹⁰ des Geldflusses geringer wird. Das ist ja der Grund, warum vielfach für die

¹⁰ Geschwindigkeit in diesem Zusammenhang ein problematischer Begriff. Es wäre richtiger von Zahlungs- oder Weitergabintervallen zu sprechen, die länger werden. Das Thema werde ich später noch einmal auf-

Abschaffung des (Bar)Geldes argumentiert wird. Dass die Sparer auch bei Verlusten sparen, ist keine neue Erkenntnis.

In der Ausgabe der HAZ vom 31. März 1976 war im Leitartikel von Rudolf Herlt u. a. zu lesen:

>> Wer vor zehn Jahren behauptet hätte, daß die Menschen um so mehr sparen, je höher die jährliche Rate der Preissteigerungen klettert, wäre mit homerischem Gelächter bedacht worden. Damals galt es noch als ganz selbstverständlich, daß schlechtes Geld nicht auf die hohe Kante gelegt wird.

In unseren Tagen wurde eine neue Erfahrung gemacht. Die Preissteigerungen, gemessen am Index für die Lebenshaltung, trieben bei uns die jährliche Inflationsrate 1974 bis auf sieben Prozent. Im Gleichschritt dazu entwickelten die Zeitgenossen eine vorher unbekannte Sparwut. Allein die Gelder auf Sparkonten haben sich seit 1971 praktisch verdoppelt. Erst in allerjüngster Zeit ist der Sparwille etwas schwächer geworden. Die Sparsummen nehmen zwar noch zu, aber die Zuwachsraten werden geringfügig kleiner. Das hängt damit zusammen, daß die Verbraucher langsam wieder zu kaufen anfangen. ...

... Wenn die Wirtschaft durch gefährliche Gewässer hindurch muß, in denen das Schiff durch die Stromschnellen der Arbeitslosigkeit und relativ hoher Preissteigerungen bedroht wird, wollen die Menschen für alle Fälle ein finanzielles Polster haben. ...

... Denn wer sein Geld auf seinem gewöhnlichen Sparbuch liegenläßt, erhält nicht einmal mehr die Inflationsrate gedeckt, von den eventuell fälligen Steuern ganz zu schweigen. ... <<

In einem Beitrag über eine empirische Untersuchung zum Sparverhalten der deutschen Sparer von Herbert Geiger ist unter dem Titel „Zur Mentalität des deutschen Sparer“ sind die Sätze zu lesen:

>> ... Sparen habe auch in Zeiten hoher Preissteigerungen einen Sinn. Zwar sind die Jüngeren in dieser Frage skeptischer als die Älteren, aber auch sie votieren mehrheitlich für ein Sparen ohne realen Zinsgewinn. Sparen tut man einfach (...). <<

Der Beitrag ist erschienen in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, 3. Heft, 1976.

Und in dem Band 16 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen ist in der Arbeit „Verbraucher und Sparen / Versuch einer kritischen Überprüfung des Keynes'schen Konsumfunktion an Hand der langfristigen Sparentwicklung in den USA“ von Dr. A. Ghanie Ghaussy in der Fußnote 117 auf der Seite 143 zu lesen:

<< In der modernen Wirtschaftstheorie wird ein zwingender Zusammenhang zwischen Zins und Sparen verneint. Es gibt Sparer, bei denen die Spartätigkeit von Zins erwägungen bestimmt wird. Es gibt auf der anderen Seite auch Sparer, die den Zins überhaupt nicht in ihr Sparkalkül einbeziehen. ... <<

Und auf den folgenden Seiten:

>> ... In der theoretischen Diskussion ist eine Zinsempfindlichkeit des Sparangebots oft bestritten worden. Jedenfalls scheinen die von Harrad aufgestellten Behauptungen übertrieben zu sein. Die der klassischen Lehre als in etwa entsprechend erscheinende Wirkung des Zinses auf die Sparformen und die positive Gesamtbeurteilung des Sparens sind auf eine bestimmte Lage (etwa Vollbeschäfti-

greifen.

gung) bezogen und so für die Erklärung des natürlichen gleichgewichtigen Wachstums von Harrod eine notwendige Bedingung gewesen. Läßt man aber diese Betrachtungsweise fallen, so kann man kaum behaupten, daß eine direkte Abhängigkeit zwischen Zins und Sparen in dem Sinne besteht, daß eine Erhöhung des Zinssatzes auch das Sparen unmittelbar erhöht. Im Gegenteil, man kann sogar argumentieren, daß eine kurzfristige Änderung des Zinsfußes, wenn sie nicht gerade von außergewöhnlichem Ausmaß ist, kaum von Einfluß auf die Sparsentscheidungen sein wird, jedenfalls nicht auf die Spartätigkeit der Kleinsparer, die ja in ihrem Verhalten - kurzfristig gesehen - hauptsächlich starr oder zumindest sehr zögernd sind. Es ist natürlich durchaus möglich, daß sich auch eine kurzfristige Zinserhöhung - mikroökonomisch gesehen - auf einzelne Sparsentscheidungen auswirkt; für die Gesamtwirtschaft aber wird der Einfluß der Zinshöhe auf die Spartätigkeit von untergeordneter Bedeutung sein. „Auf die individuelle, freiwillige Spartätigkeit wirken kleinere Zinsschwankungen nicht unmittelbar ein, eher schon auf die Liquiditätsvorliebe der Sparer". ...<< (S. 145 f.)

>> ... Eine nennenswerte Zinserhöhung wird z. B. den einzelnen Sparer, der bislang den nichtverbrauchten restlichen Einkommensteil gehortet hat, dazu bewegen, die gehorteten Beträge in Vermögenswerten anzulegen, um einen Gewinn zu realisieren. Bei einem ganz niedrigen Zinssatz ist nämlich die Neigung zur Kassenhaltung sehr groß und die der Vermögenshaltung klein, weil bei Aktien beispielsweise eine mögliche Zinssteigerung das Kursniveau der Wertpapiere, in die der Sparer seine gesparten Gelder anlegt, drückt. Diese Kurssenkung wird durch eine geringfügige Zinserhöhung so groß sein, daß der Sparer erhebliche Verluste erleidet. Bei einem als Ausgangspunkt gewählten hohen Zinssatz ist es umgekehrt. Erstens erbringt der hohe Zinssatz einen höheren Zinsgewinn, der für den Sparer einen Anreiz bietet, seine Horte aufzulösen. Zweitens aber können bei einem höheren Zinssatz Wertpapiere eher erworben werden, weil sie einen relativ niedrigen Kurs haben. Da bei einem hohen Zinssatz erwartet wird, daß er vielleicht nicht mehr steigt, sondern eher sinkt, kann eine solche Zinssenkung zur Steigerung der Kurse der Wertpapiere (Effekten) führen, so daß der Sparer allein durch die Kurssteigerung relativ erhebliche Gewinne erzielen wird. Schließlich kann eine Zinsänderung auch zu einer Substitution der einen Vermögensform durch eine andere führen. Im Falle einer Zinssenkung wird der Verbraucher wahrscheinlich so disponieren, daß er anstelle der Wertpapiere, die als Folge dieser Zinssenkung teurer werden, seine Gelder in Form von dauerhaften Konsumgütern anlegt, falls er sie nicht in liquider Form zu halten wünscht. Von dieser Substitution her läßt sich allerdings über die Wirkungen auf das Gesamtsparen wenig ableiten, weil sich die positive und die negative Richtung der Geldanlage von einer Form in die andere gegenseitig aufheben werden. ... <<

(S. 147 f., alle Auszüge ohne Fußnoten.)

c) Nach der Quellenlage geurteilt, ist ein Nullzins oder ein Minus-Zins nichts Neues, denn wenn der Zinssatz auf der Höhe der Inflationsrate oder darunter lag, hatten wir bereits einen Nullzins bzw. einen Minus-Zins in der Vergangenheit. Und in diesen Fällen verschärft eine Besteuerung des Zinseinkommens das inflatorische Problem. Die schreibenden Medienmitarbeiter sollten ihre eigenen Archive nutzen.

d) Die HAZ kündigt am 20. April 2016 unter dem Titel „Ohne Risiko keine Rendite“ Experten als Ratgeber an und schreibt:

>> Für Bauherren ist Maria Draghi, Vater der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank, ein guter Freund, Geldanleger schütteln den Kopf. Sie fragen sich: Lohnt sich das Sparen überhaupt noch? Unsere Experten wissen Rat. <<

Im Einzelfall und unter kapitalistischer Prämisse wissen die Experten sicher mit Empfehlungen, auf Gold oder Aktien auszuweichen, sicher brauchbaren Rat. Aber unter der Prämisse, dass die Marktwirtschaft ein System des Leistungsaustausches zur Befriedigung der Bürger

und Völker und zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes bei uns und weltweit zu stärken ist, ist die gutgemeinte Ratgeberseite der HAZ eine Verdummung ihrer Leser. Das große Ziel der ursprünglichen Intention der *Sozialen Marktwirtschaft* ist die Leistungsgerechtigkeit und dieses Ziel ist eine andere Formulierung für das ursprüngliche Ziel des Sozialismus, das nämlich jedem Menschen der volle Arbeitsertrag zusteht. Der Zins und die Dividende (zusammengefasst als Rendite) wirken dem vollen Arbeitsertrag aber entgegen. Man muss aber deshalb den Zins und die Dividende nicht verteufeln. Unverzeihlich für einen Marktwirtschaftler ist es aber, der Neigung der Menschen, da zu ernten wo sie nicht gesät haben (Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*), einen institutionellen, automatisch wirkenden Riegel vorzuschieben. Der Riegel hat nicht die Form eines Gesetzes, sondern die Gestalt von Verfahrensregeln, die verhindern, das bei sinkender Rendite das ganze System leidet.

Und noch etwas ist zu berücksichtigen: Wenn das Zinsniveau sich bei Null einpendelt und die Geschäftsbanken aus der Zinsspanne nicht mehr ihre Kosten und ihren Ertrag erwirtschaften können und zwangsweise auf die Gebühren (Preise für Leistungen) zurückgreifen müssen, dann entsteht auch mehr Gerechtigkeit unter den Kunden der Banken, denn bisher mussten die Schuldner – überwiegend - alleine die Kosten und Erträge der Banken tragen.

Da der Journalist in seinem Studium und / oder seiner Ausbildung solche Gedankengänge vermutlich nicht vermittelt bekommt und bei den Meinungsführern seines Berufes darüber auch nichts zu hören oder lesen bekommt, wird er darüber auch nichts berichten. Ich vermute auch, dass nur wenige Mitglieder der Medienmacher überdurchschnittlich mutige Leute sind. Sie halten sich sicher wie die Mehrheit der Bevölkerung im „sicheren Fahrwasser der Mehrheitsmeinungen“ auf, auch wenn dieser Weg aufgrund von Irrtümern ins Verderben führt. Es fehlt hier die Risikobereitschaft, Dinge und Sachverhalte vorzutragen, die noch nicht den Stempel „mehrheitlich geprüft und für gut befunden“ tragen.

Meine Antwort zur Frage 5

Lässt sich das (Bar-)Geld problemlos abschaffen?

Nein, wenn man von dem Wirrwarr der Vorstellungen ausgeht, die unter Berufenen und Unberufenen über das Geld herrschen.

Ja, wenn man den Weg des Abstraktionsgrad des Geldes von einem seltenen Wirtschafts-

oder Fundgut wie Teeriegel, Muschel, Vieh, Silber oder Gold über geprägtes Metall zu dem bedruckten Papier weitergeht zu einem funktionsgerechtem digitalen Geld. Für jede Stufe sind aber die Bedingungen ihrer Existenz, ihre Vor- und Nachteile, zu überprüfen und vor allem ist heute die Frage zu beantworten, wem nutzt die Digitalisierung des Geldes? Gemeint ist damit nicht die elektronische Übertragung von Forderungen auf Geld in Münz- oder Papierform, sondern das von einer Zentralbank trotz seiner abstrakten Form quantifiziert herausgegebene Geld, das nicht von jedermann beliebig vermehrt werden kann. Mir fallen dazu folgende Nutznießer ein:

1. Die Europäische Zentralbank (EZB), die bei einem reinen digitalem Geld ihre (falsche) Negativ-Zins-Politik besser durchsetzen könnte. (Warum sie nicht das bessere Instrument der Umlaufsicherung des (Bar-)Geldes einsetzt, ist mir ein Rätsel, denn dass sie davon keine Kenntnis hat, erscheint mir fast unmöglich.)
2. Unser Staat, der bei allen Beschwörungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der angeblichen Vorherrschaft des Neoliberalismus (zweiter Prägung) auf dem Weg zum zentralen Überwachungsstaat und in seinen Anforderungen an das Einkommen der Bürger maßlos ist. (Wenn die Steuervermeidungsstrategien von Bürgern kritisiert werden, sollte neben der Tatsache, dass die herrschende politische Klasse die institutionellen Lecks bei den Arbeitserträgen offensichtlich bewusst zulässt und dadurch die Einkommensverteilung verfälscht, sollte die Maßlosigkeit des Staates mit diskutiert werden. Der Freiheitsgrad der Bürger hängt auch davon ab, über welchen Teil seines Einkommens er selber verfügen kann.)
3. Von dem gegliederten Bankenapparat hat der Teil, der durch die überdurchschnittliche Handhabung des (Bar-)Geldes kostenmäßig betroffen ist, eine Erleichterung, wenn das (Bar-)Geld verschwindet. (Wenn alle Banken von den Kosten der (Bar-)Geld-Handhabung in gleicherweise betroffen wären, dürfte es ihnen egal sein, ob ein geprägtes oder ein digitales Geld im Umlauf ist.)

Die geldlose Wirtschaft - von Tempeltausch bis Barter-Club von Hugo Godschalk

Als ich auf der Suche nach den Unterlagen aus den siebziger Jahren über das Verhalten der Sparer in einer Situation war, in der der Zins durch die Inflationsrate auf Null oder unter Null gedrückt wurde, stieß ich auch auf das gebundene Vortragsmanuskript „Die geldlose Wirtschaft – von Tempeltausch bis Barter-Club“ von Hugo Godschalk. Es ist eine „ausgearbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten im rechtswissenschaftlichen Seminar von Prof. Dr. Dieter Suhr der Universität Augsburg (Dezember 1983).“ Der Text wurde von der Westfälischen

Wilhelms-Universität Münster als Beitrag Nr. 74 der volkswirtschaftlichen Diskussionsbeiträge herausgegeben und erschien später als Taschenbuch. Ich habe den Text vom Verfasser selbst oder von Dieter Suhr erhalten. Wenn man den Titel der Arbeit in eine Suchmaschine eingibt, kann man Ergebnisse in über 200 Meldungen aussuchen. Informationen über den Verfasser, Hugo Godschalk, sind hier zu erfahren:

[http://monneta.org/hugo-godschalk/Hugo Godschalk](http://monneta.org/hugo-godschalk/Hugo%20Godschalk) ist über folgende e-mail zu erreichen: [hgodschalk\(at\)paysys.de](mailto:hgodschalk@paysys.de) www.paysys.de

Der Text von Godschalk ist interessant und enthält viele Quellen. Beim erstmaligen oder erneuten Lesen wurde mir klar, dass der Verfasser nicht auf der Suche nach den Spuren einer geldlosen Wirtschaft war (ist ?), sondern vielmehr nach solchen, die auf ein rein stoffloses, rechenhaftes, digitales Geld verweisen. Ich bringe den ersten Auszug ¹¹:

Einleitung

Seitdem die Menschheit Geld erfunden hat, gibt es vermutlich auch Reformer, die es wieder abschaffen wollen ¹. Wie die Erfindung des Feuers oder des Rades hat die Entdeckung des Geldes einen ambivalenten Ruf: als "großartigste Werkzeug der Freiheit, das der Mensch jemals erfunden hat" (Hayek)², aber auch als "der ärgste Fluch des Menschen" (Sophokles)³. Die radikalen Reformansätze auf dem Weg zurück zur Naturaltauschwirtschaft sind überwiegend ideologischer oder religiöser Natur. Bekannt ist die Fabel, wonach der Teufel dem Menschen das Geld als sein Beitrag zur Schöpfung schenkt. Der Apostel Paulus bewertete die Geldgier schon als „Wurzel alles Übels“. Somit ist es nicht verwunderlich, daß in der Geschichte religiöse Eiferer, wie die Wiedertäufer in Münster (1533/34) das Geld abschafften. In die gleiche Richtung gehen orthodox-marxistische Theorien, wonach das Geld den Lebensnerv des Kapitalismus darstellt. Das Absterben der Geldwirtschaft wäre somit eine Voraussetzung für den sozialistischen Staat in seiner Endphase. Die „steinzeitsozialistischen“ Experimente in Rußland nach der Oktoberrevolution sowie vor kurzem in Kambodscha zeigen, daß auf die alte Frage, ob man das Geld abschaffen kann, die Antwort noch immer nein lautet. In einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft ist das Geld offensichtlich nur innerhalb kleiner autonomer Wirtschaftseinheiten, wie im Kloster oder in der Familie entbehrlich.

Allerdings ist die Antwort von der jeweils zugrundeliegenden Gelddefinition abhängig. So wäre nach G.F.Knapp das Geld schon abgeschafft, wenn die Giroüberweisung die Bargeldzahlung völlig verdrängen würde. Vor hundert Jahren hätte sogar nach der damaligen Geldauffassung unser heutiges Zahlungssystem als nahezu geldlos gegolten, da sogar die Banknoten als Geldsurrogate interpretiert wurden. Bei der Erörterung einer geldlosen Wirtschaft ist also die Frage nach der Gelddefinition unerlässlich.

Die meisten Befürworter einer geldlosen Gesellschaft wollen keine Rückkehr zur direkten Naturaltauschwirtschaft - die als Alternative zu unserem komplexen Wirtschaftssystem ohnehin nicht in Frage kommen kann - sondern eher eine Geldreform, die auf die Beseitigung von:

- a) gewissen Geldarten (Bargeld oder Giralgeld)
- b) gewissen Geldfunktionen (Recheneinheit, Zahlungsmittel oder Wertaufbewahrungsmittel) oder
- c) bestimmten Geldemittenden (staatliches contra privates Geld) abzielt.

¹¹ Bei dem Auszug, den ich bringe, ist zu berücksichtigen, dass der mir vorliegende Text nicht die Endfassung ist und dass der Autor nicht bei seinem damaligen Erkenntnisstand stehen geblieben sein muss. Trotzdem ist sein Text für meine Aussage nützlich. Die Endnoten wurden hier weg gelassen.

Die letztgenannten Reformvorschläge (insbes. der sog. Hayek-Plan) beabsichtigen primär eine Modifizierung der Geldordnung und sollen in diesem Rahmen nicht näher diskutiert werden. Damit das Kind nicht gleichzeitig mit dem Badewasser weggeschüttet wird, wollen die Geldreformer das (Geld)system so konzipieren, daß die Nachteile des Geldes beseitigt, die Nutzen aber erhalten bleiben. Dabei spielt insbes. der Gedanke eine Rolle, um die Nutzen, die sich aus der Existenz des Geldes ergeben - vor allem die Erleichterung des Tausches - von anderen Trägern übernehmen zu lassen. Viele Geldexperimente sind an deren politischen oder technisch-organisatorischen Durchführbarkeit gescheitert. Der Stand der Technik tritt historisch gesehen als exogener Faktor für die Entwicklung des Geldes hervor. So ist die Goldwährung ohne Metallverarbeitung und die Banknote ohne Entdeckung der Buchdruckkunst undenkbar. Auch die heutige Ausdehnung des Giralgeldes wird nur durch ihre maschinelle Verarbeitung ermöglicht.

In einem zweiten Teil soll daher insbesondere auf zwei aktuelle Entwicklungen im Geldsystem, die eine Vorstufe zur geldlosen Wirtschaft darstellen, eingegangen werden. Beide Entwicklungen, die auf Reformansätze aus den 30er Jahren zurückgehen, können jetzt erst durch die Anwendungsmöglichkeiten der EDV realisiert werden:

das Einheitsgirosystem ohne Bargeld und die Tauschbörsen (barter).

"Money is what money does"

Innovationen im amerikanischen Bankensystem führen seit einigen Jahren dazu, daß in zunehmendem Maße Spar- und Termineinlagen sowie andere Finanzmittel für Zahlungsverkehrszwecke verwendet werden (sog. NOW-Accounts, ATS-Konten usw.) und die eigentlichen Zahlungsmittel - das Bargeld und die Sichteinlagen - verdrängen. Wenn diese Tendenz sich fortsetzt, würde nach unserer heutigen Gelddefinition im Sinne von M_1 eine „moneyless society“ eintreten. Dies zeigt, daß eine mengenmäßige oder juristische Geldabgrenzung für die Frage nach einer geldlosen Gesellschaft wenig sinnvoll ist.

Im ökonomischen Sinne sind alle materiellen oder immateriellen Güter, die Geldfunktionen ausüben, als Geld aufzufassen, unabhängig von der juristischen Absicherung. Die funktionalistische Geldauffassung nennt die Tauschmittel- und Zahlungsmittelfunktion, die Funktion als Recheneinheit oder Wertmesser sowie die Wertaufbewahrungsfunktion als die primäre Geldfunktion. Hier stellt sich aber die Frage, welche Funktionen notwendig erfüllt sein müssen, bevor ein Gut als Geld aufzufassen ist. In der Literatur herrscht keine Einigkeit über die konstitutive Geldfunktion. Viele Geldtheoretiker nennen die Kombination Tauschmittel-Recheneinheit als notwendig erfüllte Funktion (A. Wagner, Cssel, Forstmann)¹³, andere dagegen Tauschmittel- und Wertaufbewahrungsfunktion (Schilcher, Duwendag). Nur die wenigsten nennen die abstrakte Funktion als Recheneinheit als einzige Konstitutivfunktion (Schumpeter, Liefmann, von Schäffle).

Demnach soll die eigentliche Aufgabe des Geldes die eines Abrechnungs- oder Verrechnungssystems einer Volkswirtschaft sein. Anlaß für diese Annahme ist insbes. der Dualismus im Geldbegriff; die gleichzeitige Verwendung des Geldes als abstrakte Geldeinheit und als konkreter Begriff im Sinne eines Tausch- und Wertspeichermittels. In der Geschichte der Geldsysteme finden wir aber oft eine Trennung zwischen Geldeinheit und Tauschmittel vor, wie z. B. während der großen Inflation 1923, als Gold oder ausländische Währungen als Recheneinheit benutzt wurden; die Mark aber weiterhin Tauschmittel war. Eucken stellt hier zurecht die Frage, was in diesem Fall als Geld zu bezeichnen wäre, da die Mark zwar als Zahlungsmittel, aber nicht als Recheneinheit diente. Die Auffassung, daß die Wertmessungsfunktion die einzige Konstitutivfunktion des Geldes darstellt, ist daher eher als Soll-Konzept für das Geld zu verstehen. Nach vorherrschender Meinung ist die Tausch- und Zahlungsmittelfunktion, die Funktion des Geldes, die jedenfalls erfüllt sein muß, bevor man von Geld spricht. Da eine arbeitsteilige Tauschwirtschaft zwingend eine Recheneinheit benötigt, ist eine geldlose Wirtschaft somit im weiteren Sinne als ein Tauschsystem ohne Tauschmittel (medium of exchange) aber nicht ohne Recheneinheit zu definieren, eine geldlose Wirtschaft im engeren Sinne als Tauschsystem ohne Zahlungsmittel (means of payment). Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, zwischen Tauschmittel und Zahlungsmittelfunktion zu differenzieren. Ein Tauschmittel erleichtert den Tausch dadurch, daß ein Medium den Direktaustausch zweier Güter nicht länger erforderlich macht. Ein Zahlungsmittel ist ein enger gefaßter Begriff und bezieht sich auf die Schuldtilgungsfunktion. Ein Scheck oder eine Kreditkarte sind Tauschmittel, und erst bei der später erfolgenden Verrechnung durch Überweisung oder Bareinzahlung wird die Zahlungsmittelfunktion erfüllt. ...

(S.1 - 4)

Ursprünglich habe ich gedacht, ich käme mit einem Verweis auf die Arbeit von Hugo Godschalk aus. Dann war der Impuls da, die Arbeit mit den obigen Auszügen vorzustellen. Aber zwischenzeitlich – in der Zeit als ich nicht an meinem Text weiterarbeiten konnte – hat das Gelesene in meinen Kopf weiter gewirkt. Ich bin dann bei Karl Walkers „Überlegungen zur Werttheorie“ und seiner letzten Arbeit „Das Weltwährungssystem“ gelandet. Dieser Spur bei der Suche nach meiner Antwort auf die Frage „*Lässt sich das (Bar-)Geld problemlos abschaffen?*“, zu folgen, wurde verstärkt durch den Abschnitt „Die Produktivität in der Arbeitstheorie“ in „Postkapitalismus Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ von Paul Mason. Es ist das Buch, das mir mein Sohn Ruben geschenkt hat. Der Abschnitt hat nicht direkt mit meinem Thema zu tun, aber das, was ich bisher lesen konnte, deutet darauf hin, dass Mason genau wie Godschalk nach einem reinen digitalen Informationssystem sucht. Godschalk sucht nach einem Geld ohne physische Substanz und Mason glaubt wohl den Markt des Eigentumaustausches durch ein anderes Vermittlungssystem aufgrund von Informationen – die in beliebiger Fülle zur Verfügung stehen würden – ersetzen zu können. Er schreibt in der Einleitung:

Jene, die den Kapitalismus hassen, haben eine traumatische Erfahrung hinter sich. Aber während der Kapitalismus den Sozialismus besiegte, eröffnete uns die Technologie einen neuen Ausweg. Diesen Weg müssen die letzten Vertreter der alten Linken und alle von ihr beeinflussten Kräfte einschlagen. Oder sie werden untergehen. (S. 15)

Ich habe beim Anblick der Handwerker in Aktion nur gedacht, der Tischler mag sich eine CNC-Fräsmaschine in die Werkstatt stellen und damit seine Fenster und Türen bauen, das ist zwar ein weiterer Schritt von Handhobel und von der Fuchsschwanz-Säge weg, verlagert aber nur die Arbeit von der Hand auf den Kopf. Und beim Einbau wird es trotz Entwicklung neuer Hilfsmittel bei der Handarbeit bleiben. Die Ökonomie ist viel erdverbundener als uns digitale Welt und der ständige Wirbel um die Finanzmärkte vorgaukeln. Auch wenn der 3D-Drucker noch weiterentwickelt wird, er stößt bald an seine Grenzen. Und das Ausschalten der Handarbeit ist kein Fortschritt, sondern eine Regression.

Bei diesen Gedanken fiel mir der Vorwurf der Marxisten gegenüber der Freiwirtschaft wieder ein, dass diese auf das Geld fixiert seien. Das ist ein Vorwurf, der sich nicht aus Gesells *Natürlichen Wirtschaftsordnung* ableiten lässt, sondern nur eine gewisse Berechtigung hat, wenn man das nebenberufliche Engagement für das von der Wissenschaft vernachlässigte Thema Geld in seiner ganzen Breite im Blickpunkt hat. Man darf nicht übersehen, dass die

Arbeit der Freiwirtschaftsschule fast ohne hauptamtlichen Mitarbeiter getätigt wird und nicht mit öffentlichen Forschungsmitteln oder von großen Stiftungen gefördert wird. Der Zins, die Dividende, die Bodenrente und der Ertrag aus Rechten (Patente) müssen in der realen Wirtschaft erarbeitet werden. Auch die von diesen Erträgen abgeleitete Macht offenbart sich an den Arbeitsplätzen, auf den Märkten und in der Staatsverwaltung und -gestaltung. Daher ist es wichtig, zu einer leistungsgerechten Einkommens- und Vermögensverteilung zu kommen, damit sich Machtansprüche gegenseitig neutralisieren und Demokratie in wesentlicher Form möglich wird.

Kritik der Quantitätstheorie Flassbeck / Spieker

Hier erinnerte ich mich an einer einfältigen und verleumderischen Kennzeichnung der NWO, die ich in einem Diskussionsausschnitt per E-Mail zwischen Steffen Henke (Email: henke@neuesgeld.net Internet: www.lust-auf-neues-geld.de) und einem Matthias fand:

Flassbecks Einwände erscheinen jedoch überzeugender.

In jedem Fall ist der Vollgeld-Diskurs derart kontrovers, für den politischen Diskurs kaum übersetzbar, so dass er sich für eine parteipolitische Agenda nur dann eignet, wenn man gern Sektierer ist – und hier liegt die historische Schnittstelle bei Silvio Gesell und seiner Geldfixierung, die im Nationalsozialismus durch die antisemitische Figur des „raffenden“ Kapitals ziemlich besetzt ist. Die Erben Gesells, die „Freiwirtschaftler“, die in den letzten 37 Jahren immer wieder in die Grünen drängten, haben nicht selten braun gelehrt. "...

Da ich in dem gestückelten Diskussionstext nicht feststellen konnte, wer diesen Schwachsinn verbrochen hat – der auch von der Unkenntnis der Geschichte der Grünen zeugt – habe ich den dort befindlichen Link zu Heiner Flassbecks Internetportal getätigt, um herauszufinden, ob er diese Aussage zu verantworten hat. Ich landete bei einem Beitrag mit der Überschrift „Vollgeld – die Kritik der Kritik“ vom 15. September 2014

[Heiner Flassbeck - Friederike Spieker - Finanzmärkte, Ökonomische Theorie](http://www.flassbeck-economics.de/wer-wir-sind/)
<http://www.flassbeck-economics.de/wer-wir-sind/>

Die Vollgeld-Kritik interessiert mich an dieser Stelle nicht, sondern die Aussagen zur Quantitätstheorie. Hier ein Ausschnitt:

... Professor Huber hat sicher nicht gelesen, was wir [im zweiten Teil der Serie](#) über die Quantitätstheorie geschrieben haben. Sonst hätte er diese „Theorie“ vermutlich nicht so vehement verteidigt. Er schreibt:

„Die Quantitätstheorie des Geldes ist eine der ältesten und bewährtesten ökonomischen Lehren überhaupt. Sie ist heute so grundlegend wie seit jeher und sie beinhaltet, dass der Schlüssel zu sicherem Geld und stabilen Finanzen, zumindest ihre grundlegende Voraussetzung, in der Geldmenge und also auch der geldpolitischen Kontrolle über die Geldmenge liegt. Neben der rechtlichen Weisungsbefugnis bzw. Kommandogewalt ist Geld – und zwar nicht nur seine Allokation und Verteilung, sondern zuvor schon seine Schöpfung und Erstverwendung – das bedeutendste Mittel gesellschaftlicher

Macht- und Herrschaftsausübung.“

In unserer Kritik am Monetarismus vom 19. 2. 2014 heißt es: „Die erste Zutat zum Friedmanschen Rezept war die sogenannte Quantitätstheorie. Für jeden Menschen, der sich vor Beginn der siebziger Jahre schon einmal mit dieser „Gleichung“ auseinandergesetzt hatte, war es mehr als verblüffend zu sehen, mit welcher Leichtigkeit die daraus gezogenen Lehren von den Spitzen des Fachs akzeptiert und vollkommen verinnerlicht wurden. Ich lernte schon während meines Studiums, vor allem aber während meiner Zeit im Stab des Sachverständigenrats Ökonomie vor allem mithilfe der Lektüre von Schumpeters „History of Economic Analysis“ (ein phantastisches, aber keineswegs leichtes Buch, von dem es meines Wissens auch keine gute deutsche Übersetzung gibt). Wer die vielen Passagen in diesem Werk über die Geschichte der Quantitätstheorie und deren inhärente Logik auch nur einigermaßen erfasst hatte, konnte nur staunen über die Naivität, mit der weltweit, aber ganz besonders in Deutschland den Monetaristen diese uralte Lehre aus der Hand gefressen wurde.

$M \times V = P \times Y$, wie die Gleichung häufig geschrieben wird (mit M als Geld, V als der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, P dem Preisniveau und Y als realem Volkseinkommen), ist keine Theorie, sondern eine Identität. V ist die Variable, die definitionsgemäß für den Ausgleich der Größen sorgt, weil es immer ein Vielfaches der Geldmenge gibt, das die rechte Seite, das nominale Bruttoinlandsprodukt (bzw. eine andere Einkommensgröße) finanziert. Aus dieser Gleichung ergibt sich in keinem Fall, dass man nur die Geldmenge (was immer das sein mag) steuern muss, um die Inflation, also die Entwicklung von P, in den Griff zu bekommen. Auch in Zuwachsraten geschrieben, also etwa $dM + dV = dP + dY$, nimmt der Gehalt der Gleichung nicht zu. Aber dennoch wurde dieser primitive und nichtssagende Zusammenhang zum Schicksal der deutschen und europäischen Volkswirtschaften für mehr als dreißig Jahre.“ ...

Dass die Quantitätstheorie ¹² keine Theorie ist, würde mein verstorbener Freund Elimar Rosenbohm, der ein Arbeitsleben lang in der volkswirtschaftlichen Abteilung einer Landeszentralbank (heute Hauptabteilung der Deutschen Bundesbank) gearbeitet hat, sofort zustimmen, aber nicht weil ihr mathematischer Ausdruck eine Identität ist, sondern weil das, was sie aussagt eine Tatsachenbeschreibung ist. Was Flassbeck aber noch zur Quantitätstheorie sagt, wirft kein gutes Licht auf die Volkswirtschaftslehre. Ohne Quantitätstheorie wird die Währungspolitik zu einer volkswirtschaftlichen Quacksalberei.

Godschalk Fortsetzung

Jetzt kann ich wieder in die geldlose Wirtschaft bei Godschalk einsteigen.

In dem Abschnitt theoretische versus historische Entwicklung des Geldes schreibt Godschalk:

... In der mikroökonomischen Theorie sind die Entwicklungsstufen des Geldes als ein rationaler Prozeß der ständigen Ökonomisierung des Tausches charakterisiert: die Synchronisations- und Informationsprobleme einer arbeitsteiligen Naturaltauschwirtschaft wurden durch die Einführung eines Standardtauschgutes gelöst. Einheiten dieses Tauschgutes werden als Rechnungseinheiten verwendet. Der weitere Prozeß ist durch die Entmaterialisierung des Geldes vom reinen Warengeld über die Waren (Gold)deckung bis zum reinen Kreditgeld ohne Substanz in Form von Giralgeld gekennzeichnet.

Neben der Einführung eines Tauschgutes und die Entmaterialisierung kann die gegenseitige Verrechnung (clearing) als dritte "Erfindung" gelten, die einen ähnlichen Effizienzvorteil bringt, wie die Einführung eines Tauschmittels. ...

Es sind die Begriffe **Kreditgeld**, **Giralgeld** und **Verrechnung**, zu denen ich Anmerkungen

¹² Siehe dazu die Aussagen von Prof. Läufer auf der Seite 62.

machen möchte:

Der Begriff Kreditgeld wird häufig benutzt, ohne das eindeutig klar ist, was damit gemeint ist. Er wird auch als Gegenbegriff zum Warengeld benutzt. Das Warengeld ist dabei eine Ware, der man aufgrund bestimmter Eigenschaften die Geldfunktion zu geordnet hat oder richtiger, wo sich die Geldfunktion durch wiederholten Einsatz dieser Ware als Tauschmittel eingestellt hat. In *Vahlens Großes Wirtschaftslexikon* von 1987 gibt es den Begriff Kreditgeld nicht und im Lexikon *Der neue Brockhaus* von 1968 auch nicht. Im Stichwortverzeichnis von *Geld und Geldpolitik* der Deutschen Bundesbank sind aufgeführt *Kreditbanken*, *Kreditgenossenschaften* und *Kreditkarte*, aber nicht das Wort Kreditgeld. Meine Suche im Netz war auch nicht klärend. Ein Beispiel:

Den Begriff Kreditgeld haben Sie vielleicht schon einmal gehört. Doch was sich effektiv dahinter verbirgt, wissen die meisten nicht. Die Definition des Begriffes Kreditgeld ergibt, dass es sich dabei um eine Finanzform handelt. Das Geld wird als Vorkasse verwendet. Man bezahlt also eine Leistung, welche erst in Zukunft erbracht wird. ...

<http://onlinekredit.org/der-unterschied-zwischen-warengeld-und-kreditgeld.php>

Von unserem Geld, das wir in geprägter und gedruckter Form kennen, können wir sagen, dass sein Materialwert und sein Nennwert sich in keiner Weise decken. Nun gibt es Leute, die sagen, weil die Zentralbanken auf dem Kreditweg über die Geschäftsbanken das Geld in den Verkehr bringen, wäre der Name Kreditgeld gerechtfertigt. Was ist dann die Erstausrüstung mit einem Geld beim Start einer Währung, die nicht auf dem Kreditweg (Notenbank – Geschäftsbank – Wirtschaftsteilnehmer) in den Verkehr gekommen ist? Wie müssten wir dieses Geld nennen? Auch wenn die Zentralbank Eigentumstitel, Gold oder Devisen ankauft, kommt Geld ohne einen Kreditvertrag in den Verkehr. Bei manchen Autoren kann man vermuten, dass sie glauben, der Zins habe seinen Ausgangspunkt in der Politik der Notenbanken. Das ist eine Verneinung von Gesells Einsichten in den Existenzgrundlagen des Zinses, nämlich der Überlegenheit des Geldes über die Ware.

Außerdem sei darauf hingewiesen, dass eine Geld-Emission der Zentralbanken ganz ohne Geschäftsbanken möglich ist. Ob diese Möglichkeit besonders sinnvoll ist, müsste im Zusammenhang der Überprüfung von sinnvollen und problematischen Instrumenten einer Notenbank herausgefunden werden. Der Begriff Kreditgeld sollte um der Klarheit willen nicht verwendet werden. Und wenn er doch verwendet wird, sollte gleich eine Definition mitgeliefert werden.

Der Begriff Giralgeld hat – wie bekannt ist – schon viel Unheil angerichtet und die Geldreformer gespalten. Ich gehöre zu der Fraktion, die Giralgeld nicht für Geld halten, sondern für Forderungen auf Geld. Und dann gibt es ja auch noch die Vorstellung, die Geschäftsbanken könnten Giralgeld schöpfen, das ist bei der Stellung, die das Geld in der Ökonomie hat, geradezu eine gedankliche Spekulation, die laufend zu Fehlentscheidungen in der Politik (und auch in den Notenbanken) führt. Da Geld jeweils ein – jeweils auszuhandelndes - Quantum an Eigentumsansprüchen auf Güter im Markt bzw. auf Verfügungsrechte über Arbeitsleistungen sind, wären die Geschäftsbanken die größten Geldfälscher und ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Am 4. Mai 2016 ist in der HAZ zu lesen, dass „In Deutschland mehr Blüten im Umlauf“ sind. Es wurden 112000 Euronoten mit einem Nennwert von 5,5 Millionen € entdeckt. Wenn die Geschäftsbanken Geld schöpfen könnten, dann hätten die Zahlen ganz andere Dimensionen. Warum wird da nicht drüber berichtet. Bekommen die Journalisten alle ein Schweigegeld von den Geschäftsbanken? Die Vorgänge um das Giralgeld sind so strittig, dass der Begriff nicht ohne Einschränkungen in eine Reihe von Warengeld und Geld gestellt werden sollte.

Der Begriff gegenseitige Verrechnung (clearing) ist insofern klar, das Schuldner ihre gegenseitigen Forderungen gegeneinander aufrechnen. Ich habe aber Zweifel, ob die Verrechnung, wie Godschalk schreibt, eine Erfindung wie das Geld als Tauschgut genannt werden kann? Godschalk – der ja zum Zeitpunkt der Niederschrift auf der Suche nach einem Geld war, das ohne sicht- und tastbare Zeichen auskommt - denkt bei seiner Aussage wohl an die Barter-Clubs.¹³ Doch verrechnen können wir nur etwas, was auf Grund von Zahlen vergleichbar ist. Bei manchen Tauschringen behilft man sich damit, dass alle Tauschvorgänge auf Arbeitszeit-Stunden zurück geführt werden. Für einen Barter-Club, der gewerbliche Leistungen verrechnen will, ist das aber eine nicht praktikables Verfahren.

Da z. B. die Leistungen einer Autowerkstatt sich nicht unmittelbar mit den Leistungen eines Friseurs oder den Lieferungen eines Kaufmannes verrechnen lassen, müssen die Werte auf einer gemeinsamen Verrechnungsebene gebracht werden. Der Barter-Club kreiert entweder eine eigene Währung¹⁴ (die wieder in einem Austauschverhältnis zu anderen Währungen steht) oder sie bedient sich der am Sitz des Barter-Clubs geltenden offiziellen Währung. Ich

13 Nebenbei: Ich habe vor Jahrzehnten einem Barter-Club Walkers Taschenbuch „Wirtschaftsring / moderne Absatzwege“ zugesandt. Die Leute waren sehr davon angetan.

14 Und kommt dabei – wie die Regionalwährungen – unvermeidbar ins Gehege der - von der Funktion her gesehen - notwendigen zentralistischen Zentralbank ins Gehege.

überlege nun, ob die Verrechnungen über eine Barter-Club etwas grundsätzlich anderes sind als der Giroverkehr der Banken. Ich komme zur Zeit zu keinem eindeutigen Schluss. Bei der WIR Genossenschaft in der Schweiz verwischen sich nach meinem Eindruck die Grenzen zwischen einer Bank und einem Barter-Club.¹⁵

Unter Tempeltausch und Korngiro schreibt Godschalk:

Als zweites Beispiel für ein Verrechnungssystem in der Naturalwirtschaft sei das sog. "Korngiro" im alten Ägypten (3. bis 2. Jahrhundert v. Chr.) zu erwähnen. Korn wurde gegen Gutschrift in den staatlichen Lagerhäusern aufbewahrt. Güterkäufe mit einer Art Anweisungsscheck aber auch Steuerzahlungen wurden durch Bucheintragungen in den Lagerhäusern registriert und verrechnet. Auch "Überweisungen" außerhalb eines bestimmten Korngirokreises waren durch den kompensatorischen Schuldenausgleich zwischen den Lagerhäusern möglich. Nur bei Bedarf wurde das Getreide abgehoben. Das Getreidemaß war somit nur Rechnungsgrundlage, ohne daß das Getreide als Standardtauschgut funktionierte. "Theoretisch liefert es den Beweis, daß der Überweisungsverkehr... nicht unbedingt an geldwirtschaftliche Formen gebunden ist."¹⁶

An diesem Beispiel kann eine wesentliche Bedingung von Geld in geprägter, gedruckter und digitaler Form beschrieben werden. Es zeigt sich aber auch, dass der Überweisungsverkehr – hier nicht als Giroverkehr, sondern als digitales Geld verstanden – an der Bedingung der summenmäßigen Begrenzung gebunden ist. Da das Giralgeld (es sind Forderungen auf Geld) diese Bedingung nicht erfüllt, kann es aufgrund dieser fehlenden Eigenschaft kein Geld sein, obwohl es als Zahlungsmittel benutzt wird.¹⁷ Ich kenne die Geschichte vom Korngirokreis nur so, wie ich sie zitiert habe. Viele Details sind mir daher unbekannt. Ich denke, bevor es das Korngiro gab, diente das Korn schon als Warengeld. Wie sich der Preis des Kornes im Verhältnis zu anderen Gütern gebildet haben könnte, lehrt die Werttheorie (die in anderer Form heute als Kostenrechnung weiterlebt). Als das Korn noch als Warengeld fungierte, bestand also schon eine Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Preise der verschiede-

15 Michael Wüstel liefert eine gute Einführung in die Hintergründe und Wirkung dieser Genossenschaft.

Siehe: <http://www.tauschring.de/d0507wir.htm>

Zu einem Absatz, den ich folgen lasse, mache ich eine Anmerkung.

> Neben dieser Möglichkeit der bargeldlosen Bezahlung bietet der WIR auch Kredite an. Für Bau- und Hypothekarkredite liegt der Zinssatz bei nur 1 3/4 Prozent pro Jahr, wobei bei Bauvorhaben der WIR-Anteil auf maximal 20 Prozent der Baukosten begrenzt ist. Der Zinssatz kann deshalb so niedrig sein, weil der WIR sich die Liquidität für diese Kredite nicht am offiziellen Geldmarkt besorgen muß. Zwar müssen die Kredite bis zu einem gewissen Prozentsatz durch Eigenmittel gedeckt sein, aber die WIR-Kredite stellen nichts anderes als Computerzahlen dar, die genauso wenig kostenmäßig ins Gewicht fallen, wie das Papier, auf dem Geld gedruckt wird. <

Das riecht wieder nach Kredit- oder Geldschöpfung- was in der Wirkung das Gleiche ist. Auch hinter Kredite die mit „Computerzahlen“ ausgewiesen werden, müssen reale Werte stehen, sonst sind sie nur Spielmaterial. Das heißt: Wenn die WIRGeno einen Kredit vergibt, dann kann sie das nur aus Einlagen der Mitglieder oder aus dem Eigenkapital der Genossenschaften bzw. aus aufgenommenem Fremdkapital tätigen. Die Einlagen entstehen auch dadurch, dass ein Teil der Mitglieder die Ansprüche, die sie gegen andere Mitglieder hat, nicht (oder nicht voll) im System abrufen.

16 Quellen im Original suchen.

17 Grundsätzlich können alle Forderungen durch Abtretung und auch Güter als Zahlungsmittel benutzt werden, wenn der Gläubiger damit einverstanden ist, Forderungen und Güter werden dadurch aber nicht zu Geld.

nen Güter und Dienstleistungen. Es war dann eine kluge Idee, das Korn nicht bei jedem Tauschvorgang länger beutel- oder säckeweise hin und her zu schleppen, sondern es an zentralen Orten zu lagern und die Hinterlegungsscheine oder die Einlagerungsdaten in zentralen Büchern als Zahlungsmittel zu nutzen. Vordergründig hatte dieses Zahlungsmittel seinen Wert durch den Wert des hinterlegten Kornes. In Wirklichkeit wurde aber der Wert dieses Zahlungsmittels durch die summenmäßige Begrenzung des übertragbaren zahlenmäßigen Volumens bestimmt. Mit anderen Worten: Abgesehen von Betrügereien, die es damals wohl auch schon gegeben hat, konnten nicht mehr Gutscheine in den Verkehr gegeben werden, als Korn netto angeliefert wurde. Da von Bewohnern auch Korn für den täglichen Verbrauch benötigt wurde und die Lagerfähigkeit des Kornes begrenzt war, musste der Abfluss ständig erneuert werden. Da die Ernten wahrscheinlich unterschiedlich ausgefallen sind, konnte unter diesen Umständen von einem stabilen Preisniveau keine Rede sein. Die heutzutage als Selbstverständlichkeit geforderte Preisniveaustabilität konnte bei keinem Warengeld, das im Laufe der Geschichte im Umlauf kam, sichergestellt werden. Aber die Vorstellung, dass der Wert des Geldes dadurch gesichert sei, dass es durch ein Gut – sei es Getreide, Silber oder Gold - gedeckt ist, hat sich in vielen Köpfen bis in unsere Tage gehalten, obwohl Gesell schon vor 100 Jahren die Menschen über diesen Irrtum aufgeklärt hat. Das vorige Jahrhundert wäre friedlicher verlaufen, wenn das allgemein und speziell verantwortliche Publikum in der Lage gewesen wäre, sich diese Einsicht anzueignen.¹⁸ Und man kann es daher nicht häufig genug sagen: Der Wert des Geldes oder sein Preis ausgedrückt in Gütern, die man dafür erwerben kann, wird von seinem umlaufenden, nachfragenden Volumen im Verhältnis zu den Gütern, die im Markt sind, bestimmt. Das Volumen des stoffwertlosen Papiergeldes oder eines digitalen Geldes wird aber nicht mehr durch das wertmäßige Volumen einer Deckung bestimmt, sondern durch Regeln, die einzuhalten sind. Es ist aber nicht möglich, das Giralgeld solchen Regeln zu unterwerfen. Die Versuche der Notenbanken durch ihre Zinspolitik

18 Der Golddeckungswahn war eine wesentliche Ursache für den Ersten Weltkrieg, weil das Gold zur Deckung einer ausreichenden Geldmenge nicht immer zur Verfügung stand. Die Länder, die an einer Goldbindung ihrer Währung festgehalten haben, waren gezwungen, einen Exportüberschuss zu erzielen, um so an das notwendige Gold zu kommen. Da das nicht allen – trotz aggressiver Außenhandelspolitik - gelingen konnte, versteht sich von selbst. Wenn Santiago Fernandes – der bei den Verhandlungen von Bretton Woods dabei war und über den ich mehrmals berichtet habe, sein Buch den Titel „*Ouro – a reliquia bárbara*“ gegeben hat, so hat das schon seinen Grund. Die Freiwirte waren in der Weimarer Republik fast allein, die gegen den Golddeckungswahn, der mit der vorangegangenen Inflation der Republik das Genick gebrochen hat. Einer der wenigen etablierten Wissenschaftler, die auf ihrer Seite standen war der Schwede Gustav Cassel („Der Zusammenbruch der Goldwährung“) (https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Cassel). Auch John Maynard Keynes gehörte zu den Mahnern. (Ich vermute, dass er damals in Deutschland noch nicht das Gewicht hatte, das er später erlangte. Vieles von dem, was ich hier schreibe, ist in dem zweibändigen Werk „*Segen und Fluch des Geldes*“, 1945 Bern, von Fritz Schwarz und in „*Das Geld in der Geschichte*“, 1959, von Karl Walker. Auszüge findet man bestimmt mit der Suchfunktion unter www.tristan-abromeit.de .

das Volumen des Girogeldes (das kein Geld ist) zu begrenzen, ist Unsinn und stört den Preismechanismus beim Handel mit Liquidität.^{19 20}

„ideologische Komponenten“ heißt es auf der Seite 13:

In diesem Abschnitt von Hugo Godschalks Text ist zu lesen:

Die faktische Verstaatlichung des Girogeldes durch das Zahlungsverkehrsmonopol einer Staatsbank und die gezielte Verdrängung des Bargeldes (Kontenführungspflicht) im Ostblock entspricht dem leninistischen Ideal. Nach fehlgeschlagenen Versuchen zur Geldabschaffung erkannte Lenin die Vorteile des (Giro)geldes als Informationslieferant und Instrument für "eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte. Deshalb befürwortete er "eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik... eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft".

Im Gegensatz zum anonymen Bargeld eignen sich die Girogeldströme, als monetäres Äquivalent zu den Güter- und Dienstleistungstransaktionen, zur Planung und Kontrolle der Produktion, Allokation und Distribution. Die moderne EDV-Technik im Zahlungsverkehr ermöglicht eine Erfassung nicht nur der monetären Daten, sondern auch Daten über Umfang und Art der Gütertransaktionen, Ort und Zeit sowie Angaben über Person oder Unternehmung⁵³. Ein lückenloses Überweisungssystem wäre damit ein ideales Informationssystem zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und erlaubt sogar eine tiefgehende Aufgliederung nach Sektoren, Güterarten, Regionen, einzelnen Haushalten usw. Der zweite Vorteil für die Planbehörde ist die tägliche - denkbar wären sogar noch kürzere Zeitabschnitte - Erfassung der volkswirtschaftlich relevanten Daten wie Konsum, Investitionen, Ersparnisse, Kredite usw.

Ein solches quantitativ und qualitativ hochkarätiges Informationssystem entspricht dem Traumziel der Planer in Ost und West ..." (S.13)

National-sozialistische Reformansätze²¹

Überraschend ist die Parallelität zwischen obenerwähnten Konzepten einer planwirtschaftlichen Geldordnung und die Reformbestrebungen national-sozialistischer Prägung in Deutschland in den 30er Jahren. Auch hier wurde die Forderung nach einer Verstaatlichung des Girogeldes, dem Aufbau eines Einheitsgironetzes der Reichsbank sowie nach der Deklaration des Girogeldes als gesetzliches Zahlungsmittel laut. Die Begründung entstammt aber nicht explizit der Vorstellung einer Überwindung der Geldwirtschaft, wohl dagegen der Auffassung der Eignung des Geldes und der Geldströme als wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument.

"Eines stand in Deutschland von vornherein fest: Eine Einbeziehung des Girogeldes in die staatliche Währungshoheit war unumgänglich. Jede andere Lösung wäre mit dem Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus unverträglich gewesen". Als weitere Gründe wurden angeführt:

(Die Verstaatlichung des Girogeldes bzw. der Depositbanken zur Brechung der Zinsknechtschaft

19 Auch wenn die Notenbank die Zinssätze für eine Refinanzierung der Geschäftsbanken heraufsetzt, um die Kreditnachfrage zu bremsen, lockt sie gleichzeitig zusätzliches Geld in die Kassen der Banken, die dadurch mehr Kredite vergeben können.

20 Dass die Zentralbanken in der Beschreibung von M1, M2 und M3 die Bankeinlagen jeweils zur Geldmenge zählen, ist unlogisch und irrig. Richtig ist, dass der Girogeldverkehr in konventioneller und digitaler Form die Wege des (Bar-)Geldes verkürzt bzw. beschleunigt. So dass ein bestimmtes Gütervolumen bei einem vorhandenen Girogeldverkehr mit weniger (Bar-)Geld getätigt werden kann. Ganz einfach, weil das (Bar-)Geld schneller wieder zum Einsatz kommen kann. Das Girogeld gehört daher nicht zur Geldmenge, sondern zu seiner Umlaufgeschwindigkeit. Und wenn das (Bar-)Geld mit einer Umlaufsicherung ausgestattet wird, kann die Notenbank sehr fein auf Veränderungen im Girogeldverkehr reagieren.

21 Ich zitiere noch immer Hugo Godschalk.

wurde insbes. von dem wirtschaftspolitischen Vordenker der NSDAP und späteren Staatssekretär Gottfried Feder erhoben. Die Ausdehnung der Geldhoheit über die Giralgeldschöpfung würde zinslose Staatsanleihen ermöglichen, womit die Abhängigkeit von "jüdischen Großbanken" aufgehoben wird. Im Jahre 1932 wurde im Programm der NSDAP eine Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens gefordert. Auch sog. Tauschsozialisten wie Dickel und Herpel forderten das staatliche Giralgeldmonopol als Zentralstelle für ihr Verrechnungssystem. ...)

Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und das dadurch erhöhte Giralgeldschöpfungspotential der Geschäftsbanken wurde als eine der Ursachen der Finanzkrise und Bankenkrach im Jahre 1931 interpretiert. Der Geldbegriff sollte auf das Giralgeld ausgedehnt werden und, analog dem Bargeld, sollte das Giralgeld dem Geldemissionsmonopol unterliegen) (S. 16 f.)

Es sollte deutlich geworden sein, auf welche Spuren man sich begibt, wenn man ein reines digitales Geld einführen will. Auch die Missdeutung des Charakters des Giralgeldes musste damals herhalten, um die Ursache der damaligen Finanzkrise zu erklären. Nun werden Befürworter eines digitalen Geldes sagen, die Gefahr, dass ein solches Geld eine totalitäre Regierung fördert, sei heute nicht gegeben. Ich halte das für realitätsfern. Man schaue sich nur die Politik auf der Gemeinde-, Regions-, Landes-, Bundes- und Europaebene an. Die Tendenz ist nicht ein Zuwachs an individueller, haftender Gestaltungsfreiheit der Individuen und der Marktwirtschaft, sondern ein Zuwachs an Entmündigung und zentralverwaltungswirtschaftlichen Elementen. Nicht faschistische Tendenzen am politischen rechten und linken Rand sind die Gefahr, sondern der verkappte Faschismus der politischen Mitte, der von dieser selbst nicht wahrgenommen wird, weil ihr der Schleier – bestehend aus falschen Vorstellungen von ökonomischen Vorstellungen – alles vernebelt.

„Der schöne Schein / Was steckt hinter der Bargeldabschaffung?“

Und was steht auf dem Spiel?“

Wie auf Zuruf kam in diesen Tagen das PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft mit der Post ins Haus. (www.pt-magazin.de) In der Ausgabe ist ein Artikel von dem Rechtsanwalt Dr. Volker Gallandi mit dem Titel – den ich als Zwischenüberschrift gewählt habe – erschienen. Gallandi schreibt einleitend:

Als der Historiker Oleg Chlewnjuk von einem Redakteur der Yale University Press angeregt wurde, eine Biographie über Diktator Stalin zu schreiben, hatte er nur die Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels der Sowjetunion im Sinn. Wie sehr sein System der aktuellen Regentschaft in der EU, der Eurozone und Deutschland ähnelt, verblüfft insofern umso mehr:

Wer die Stichworte „Bargeldabschaffung“ oder „Bargeldverbot“ googelt, findet inzwischen Hunderttausende von Einträgen. Dabei war der letzte, der großflächig die Bargeldabschaffung versuchte und scheiterte, Josef Stalin (Chlewnjuk, „Stalin“, Siedler-Verlag 2015, Seiten 31, 190). Doch die Europäische Zentralbank EZB ist unbeirrbar: Parallel zu dem ersten Schritt, der Abschaffung der 500-Euro-Scheine – angeblich zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität – schrieben auffällig viele

Redakteure, Wissenschaftler usw. wie gut das alles wäre (nach dem Motto: [Bargeld ist kompliziert, stinkt, hat Bakterien](http://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/leonardo/dreckigesgeld100.html) usw.). ...
<http://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/leonardo/dreckigesgeld100.html>

Im Schlussabsatz heißt es:

Kanzlerin Merkels Behauptung, ihr Handeln sei „alternativlos“, ist eine diktatorische Anmaßung. Das Europäische Parlament hat nicht mehr Etathoheit, Gesetzgebungsmacht und Regierungskontrolle als das russische Parlament oder der chinesische Volkskongress. Gesetze werden daher von den Regierenden nach Belieben gemacht und gebrochen, sei es bei der Eurokrise oder der Flüchtlingskrise. Die Politik besteht wie beim Bürokraten Stalin aus teuren Schiebeverfügungen Richtung Zukunft. Ist die Erfolglosigkeit eigenen Handelns nicht mehr zu verbergen (Griechenlandkrisen), bleibt man im „theoretischen Dogmatismus“ verhaftet, „starrköpfig und unflexibel“ (Chlewnjuk ebd. Seite 30). Wie auch Stalin scheint sich die Führungsriege Europas mit dienstbaren Geistern und Propagandisten zu umgeben, die „ihm am liebsten sagten, was er hören wollte“ (ebd. Seite 304). Das würde erklären, warum alle Krisen wie die Finanzkrise oder die Flüchtlingskrise als „nicht vorhersehbar“ erklärt werden, obwohl sich nachträglich im Faktencheck herausstellt, dass man mit deutlichen Hinweisen überhäuft wurde. Wählen viele Bürger nicht ihre Führer, auf die sie ausgerichtet wurden (ebd. Seite 96), beschimpfen sie die Propagandisten als dumm, rechtsradikal usw.

Wer den ganzen Artikel lesen will, findet ihn hier: http://www.pt-magazin.de/de/gesellschaft/politik/der-sch%C3%B6ne-schein_inpwfady.html?s=GA0AUjzFmNFpQDDknrl

Was sagt Silvio Gesell zu einem Geld, das nur aus Zahlen in einem Buch bzw. heute auf einem Datenträger besteht?

Karl Walker schreibt in der Einleitung zu Gesells „*Die Natürlichen Wirtschaftsordnung*“ in der Auflage von 1949, das er an der 6. Auflage anknüpft, weil in der 7. und 8. Auflage (Herausgeber Dr. Landmann und Hans Timm) ein Kapitel 14 mit dem Titel „Bargeldloser Verkehr“ eingefügt sei, dass inhaltlich nicht zum Gesamtkonzept passt. Wörtlich heißt es:

Beide Herausgeber haben übersehen, daß sich das „Kapitel 14“ überhaupt nicht in die Freiwirtschaftslehre einfügen läßt und daß Gesell selbst schon im Jahre 1920 im Anschluß an die im Oktoberheft der Zeitschrift „Technik und Wissenschaft“ veröffentlichte Kritik des Freigeldes durch Dr. Heyn eine Abhandlung geschrieben hat, die wissenschaftlich einwandfrei war und den ganzen Komplex des „bargeldlosen Verkehrs“ vollkommen schlüssig in seine Lehre einordnete. Auf diese letztgenannte Tatsache gestützt, halte ich es für gerechtfertigt, den Fehler der 7. und 8. Auflage zu korrigieren und dieses Kapitel, das nachweisbar von Gesell schon 10 Jahre zuvor überholt war, wieder aus dem Haupttext seines Werkes zu entfernen. Für diejenigen Leser, die ein wissenschaftliches Interesse an der Gegenüberstellung haben, ist das erwähnte Kapitel zusammen mit den Abhandlungen Gesells aus den Jahren 1921 und 1923, die diesem gleichen Thema galten, im Anhang (S. 363) der vorliegenden Ausgabe zu finden.

Natürlich kann man darüber Streiten, ob ein Beitrag, den der Verfasser selbst nicht für eine Buchausgabe vorgesehen hat, in dem Buch in einer Auflage, die nach dem Tode des Verfassers erscheint, aufgenommen werden sollte oder nicht. In der Beurteilung des Textes selbst, liegt nach meiner Einsicht Karl Walker aber falsch. Daran trägt aber Gesell eine Mitschuld, denn er verwendet den Begriff *Bargeldloser Verkehr* einmal – wie üblich – für die Vorgänge im Gironetz und einmal für Geldverfügungen bei Vorgängen, wo das Geld nur noch als Zah-

len in einem Hauptbuch und auf Konten der Wirtschaftsteilnehmer besteht. Es dürfte aber immer zu Komplikationen führen, wenn zwei verschiedene Vorgänge, die sich formal ähneln, mit einem Begriff belegt werden.

„Bargeldloser Verkehr“

Für viele verwirrend ist heute noch die Frage, wie man bei vollkommen durchgeführtem bargeldlosem Verkehr sich solch vermeintlich unkörperliches Geld, reines Zahlungsgeld und die dazu gehörige Preisbildung vorzustellen habe. Manche sprechen hier von einem vollkommenen Abstrakt. Die Mark als greifbare Ware in Gestalt von Münzen oder Banknoten sei nicht mehr da. Das, was als Geld dort in den Büchern stehe, sei vollkommen entstofflicht, abstrakte Größe. Wie aber kann man mit einem Abstrakt Handel treiben, feilschen, wuchern, kurz alles das tun, was heute bestimmend auf die Preisgestaltung zu wirken pflegt? Auch hätte man aus den Konti der bargeldlosen Zentrale das Wort „Mark“ als überflüssig gestrichen. Im Scheck begnügt man sich, eine Zahl anzugeben. „Dem Konto A sind 150 zu belasten.“ Eine Zahl, deren Einheit in keinem konkreten Gegenstand dargestellt sei! Und für diese entseelte Zahl könne man alle Kostbarkeiten des Marktes im Handel und Streit erstehen. Unheimlich!

Um eine Sache dem menschlichen Begriffe zu erschließen, muß sie in Raum und Zeit darstellbar sein. Der bargeldlose Handel wirkt vexierend, nur weil wir ihn in Raum und Zeit nicht zu lokalisieren vermögen. So lang das nicht gelingt, steht natürlich der Geist wie der Ochs vor dem Berge. Machen wir uns ein klares Bild von diesem sogenannten bargeldlosen Verkehr. Wir nehmen den einfachen Fall an für die Durchführung des bargeldlosen Verkehrs, den Fall, daß die Reichsbank ihre sämtlichen Noten restlos einzieht und verbrennt und jedem für den Betrag der abgelieferten Noten ein Konto eröffnet. Dann ist der Gesamtbetrag der Konti gleich dem gesamten Notenumlauf. Die Reichsbank zertrümmert die Notenpresse. Dafür geht jetzt das Recht der Notenausgabe (Schecknoten) auf die Kontiinhaber über, die es im Rahmen ihres Guthabens ausüben. Das frühere Notenmonopol ist aufgeteilt, kontingentiert, auf das Publikum übertragen. Doch ist es immer noch Monopol der Reichsbank, ohne deren Einwilligung der Gesamtbetrag der Konti nie um eine Einheit zu – oder abnehmen kann. Im Grunde ist es aber nur eine Erweiterung des heutigen Zustandes. Denn heute ist das Notenrecht auch kontingentiert. Die süddeutschen Staatsbanken teilen sich darein mit der Reichsbank. Zu diesen süddeutschen Banken treten jetzt sämtliche Inhaber von Reichsbankkonti. Aber das Gesamtemissionsrecht dieser Konti ist nicht größer als der Betrag der bis dahin umlaufenden Noten. Daß man die Noten der Kontiinhaber Schecks und nicht Banknoten nennt, ist ohne Belang. Die Banknote ist ja nichts anderes als ein Bankscheck.

Nun macht jeder Gebrauch von seinem Notenrecht innerhalb der Grenzen seines Kontingents, das mit jedem Scheck zu– oder abnimmt. Das, was ein Konto verliert, gewinnt ein anderes. Man stellt Schecknoten aus für alles, was man kauft. Es ist kein für den Begriff wesentlicher Unterschied gegenüber den heutigen Banknoten. Die Schecks sind Banknoten mit befristeter Laufzeit. Setzen wir die Laufzeit der heutigen Banknoten auf 3 Tage herab, so tritt die Wesenseinheit von Scheck und Banknote noch viel deutlicher zu Tage. Auch daß die Gewähr für die Echtheit des Schecks geringer ist, als für die Banknote, berührt nicht das Wesen der Sache.

Wer die Wesenseinheit von Scheck und Banknote noch besser erfassen will, der kann sie äußerlich dadurch in Erscheinung bringen, daß die Reichsbank den Kontiinhabern als Scheckformulare ihre eigenen Banknotenformulare übergibt. Dann ist nur die Unterschrift der Banknoten geändert worden, was für den gesuchten Begriff auch nicht von Belang ist.

Ist nun solches Geld wirklich noch vexierend, gespensterhaft, unserem Begriff verschollen und darum auch nicht zu bemeistern, zielstrebig zu verwalten? Freilich, wer auch noch im heutigen Papiergeld ein unbemeistertes Problem sieht, dem wird das bisher Gesagte nicht viel nützen. Ich verweise auf das, was ich hierüber im Kapitel: „Warum man aus Papier Geld machen kann“ (Nat. Wirtsch. Ordnung S. 126) gesagt habe. Wer das hier in Rede stehende Problem vom Wertgedanken aus in Angriff nimmt, wird an seinem Verstande verzweifeln oder das Problem für unlösbar erklären. Eugen Dühring steht nicht an, jeden für wahnsinnig zu erklären, der vorgibt, das Papiergeld begriffen zu haben. Er ging wohl auch vom Wertgedanken aus.

Dieses sogenannte bargeldlose Geld ist in Wirklichkeit genauso gut Bargeld wie die Noten der Reichsbank. Jedes Stück ist greifbar, sichtbar, übertragbar. Der Scheck erfüllt damit alle Bedingungen, die körperlich an ein Geld gestellt werden müssen. Die Herstellung dieses Geldes ist scharf begrenzt. Wie für alles Geld gilt auch für dieses die

$$\text{Formel } \frac{G \cdot U}{W} = P$$

G = die Summe der Bankguthaben. U = die Umlaufgeschwindigkeit. W = Warenerzeugung. P = Preis.

U ist gleich der Zeit, die durchschnittlich verstreicht vom Tage der Ausstellung des Schecks bis zur Meldung, daß der Scheck gutgeschrieben wurde und daß demnach wieder über den Betrag verfügt werden kann. Wenn jeder immer über den vollen Betrag seines Guthabens verfügte und jeder Scheck hätte 3 Tage Laufzeit, dann wäre der Geldumlauf $G/3$. Hier tritt also das zum Begriff nötige Moment der Zeit in die Erscheinung.

Die Preise sind wie bei jedem anderen Geldsystem in stärkster Weise von U abhängig. Will man P festlegen, so muß U unter die Kontrolle der Bargeldlosigkeitszentrale gebracht werden.

Das „bargeldlose Geld“, das unbare Geld, ist also Geld wie jedes andere. Es gehört dazu ein Gegenstand – der Scheck – also Raum – Raum und Zeit.

Die Preisbildung vollzieht sich hier wie beim Metall- und Papiergeld durch Angebot und Nachfrage unter vollkommener Ausschaltung der Wertflunkereien. Die Nachfrage nach Waren ist gleich G. U.

Freilich, ohne den zu solchem „bargeldlosen“ Handel gehörigen Körper, den Scheckraum mit seinen „Tücken des Objektes“, ohne die zeitraubenden Hindernisse, auf die U stößt, stände der unbare Handel außerhalb der Grenzen unseres geistigen Vermögens. So aber auf Zeit und Raum sich aufbauend, können wir das System erfassen und bemeistern. Sonst würde das System unserem Geiste unerhaschbar sein, es würde ins Chaos sich verflüchtigen.

Denn wenn es keines Raumes, keiner Zeit für den unbaren Handel bedürfte, wenn U somit auf keinerlei Hemmung stoßen würde, dann wäre $U = \infty$ (unendlich) und dann wäre P auch $= \infty$. Ein unendlicher Preis ist aber für Handelszwecke etwas Unmögliches. Wer darum das Bargeld im System des „bargeldlosen“ Handels nicht sieht und dennoch das System zu begreifen sucht, der denkt nicht auf der Unterlage von Raum und Zeit. Er grübelt und wird niemals das System bemeistern.

Handel mit Scheckgeld ist also überhaupt nicht „bargeldlos“. Den verkehrten Ausdruck „bargeldloser Verkehr“ trifft die Schuld, daß so viele sich die Preisbildung unter solchem System nicht vorstellen konnten und in der Verzweiflung sich das Leben nahmen. Der verkehrte Ausdruck schuf verkehrte Vorstellungen, die nicht jeder auch klären konnte, weil er mit ihnen dachte, statt

über sie zu denken. Es ist eben falsch zu glauben, „daß, wenn man nur Worte hört es sich dazu doch auch was denken lassen müsse.“ Der „bargeldlose Verkehr“ muß doch wohl etwas sein, denn wie käme man sonst auf den Gedanken, „ihm“ einen Namen zu geben?

Es hat nie bargeldlosen Handel gegeben. Die, die davon reden, haben den Begriff Geld zu eng gefaßt. Sie schufen damit die Bedingungen für ein Gespenst. Dasselbe Licht, das uns das Scheckgeld in Raum und Zeit entschleiern, verscheucht das Gespenst des bargeldlosen Verkehrs. Den bargeldlosen Verkehr hat ganz bestimmt noch niemals ein Mensch begriffen.

Und so fragen wir uns: Wie kann die Reichsbank den „bargeldlosen Verkehr“, für den sie so eifrig wirbt, zielstrebig lenken, wenn dieser außerhalb von Zeit und Raum sich der menschlichen Erkenntnis entzieht?

Hier übernommen aus der CD mit den gesammelten Werken von Silvio Gesell. Band 12, S. 229 f.

Vorbemerkungen zu den Bedingungen eines digitalen Geldes

Wenn wir von den politischen Einwendungen absehen, ist ein digitales Geld machbar. Diese Einwendungen sollten wir aber nicht leicht nehmen, denn die NWO ist auch ein gesellschaftliches Modell der Freiheit in sozialer Geborgenheit. Wir verraten also einen wesentlichen Teil unseres Selbstverständnisses und unserer - meist unausgesprochenen - Ziele, wenn wir wegen der leichteren Einführung der Umlaufsicherung des Geldes das digitale Geld dem gedruckten Geld vorziehen.

Die Bedingungen für ein digitales Geld sind ähnlich denen, die für das Geld in geprägter oder gedruckter Form gelten. Dabei gilt vorab, dass alles das, was der Gläubiger (oder auch der Beschenkte) akzeptiert, als Tausch- oder als Zahlungsmittel dienen kann.

Als Natural-Geld allgemein kann dienen, was nur in begrenztem Umfang zur Verfügung steht und durch eine Wertschöpfung²² das Licht der Welt erblickt hat. Die Wertigkeit des Geldes, das als Natural-Geld durch Erprobung Erfahrung in den Umlauf kommt, stellt sich durch den Vergleich des Aufwandes für die Produktion der auf dem Markt gehandelten Güter ein. (Werttheorie des Geldes.)

Mit einem Naturalgeld – egal ob aus Muscheln oder aus Gold in ungeprägter und geprägter Form besteht – kann aber keine Preisniveaustabilität und keine gleichmäßige Konjunktur garantiert werden. Das liegt daran, dass die Gesamt-Geldmenge von Zufällen abhängt.

²² Das kann auch ein Sammeln sein.

Und wenn sich die Vorstellung festgesetzt hat, dass nur das Silber oder das Gold für das Geld tauglich ist (und das war in der Vergangenheit oft so), dann neigen die Menschen bei einem sich entwickelnden Wohlstand dazu, das Geld zu verschatzen, das heißt, dem Geldkreislauf dadurch zu entziehen (horten), dass sie einen Schatz anlegen (Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes) oder das Edelmetall für Schmuckzwecke zu verwenden. Die Folge ist dann eine Deflation. Die wirtschaftliche Rezession lässt dann nicht auf sich warten. Etwas Gutes hat aber das Natural-Geld: Es lässt sich nicht mit der Druckerpresse vermehren. Das Mehr an Geld im Kreislauf muss erarbeitet werden - in der Mine (Silber oder Gold) oder auf dem Acker (Korn).

Aber das erforderliche Geld für eine wirtschaftliche Expansion wurde auch häufig geraubt oder den Verlierern eines Krieges abgenommen. Das aus dem Raub in den Verkehr gekommene Geld hatte eine inflationäre Wirkung, da nicht im Gleichen Umfang Güter dem Markt zugeführt wurde.

Die Völker lebten immer in Abhängigkeit von ihren Vorstellungen über das Geld. Wenn der Stoff nicht (oder nicht genügend) vorhanden war, aus dem das Geld sein sollte, bestand ein Mangel an Geld. Mit dem Mangel an Geld litt der Gütertausch. Die weitere Folge war die Auflösung der Arbeitsteilung mit der Wirkung der kulturellen und materiellen Verarmung.

Mit dem Papiergeld wird ja schon lange experimentiert. Schon als es die lange dauernde Wirtschaftsblüte in Europa im Hochmittelalter gab, die ihre kulturellen Folgen in Epoche der Gotik zeigte (Die *Renovatio monetarum* und die *Brakten* werden als Ursache vermutet.) gab es in China schon eine Wirtschaftsblüte, die mit Papiergeld erzeugt worden sein soll. Aber die Assignaten in Frankreich und die großen Inflationen im vorigen Jahrhundert bei uns zeigen auch, dass mit einem Papiergeld alles schief gehen kann, wenn die Bedingungen für ein funktionierendes und preisstabiles Papiergeld nicht beachtet werden.²³

S.G. War nach meinem Kenntnisstand wohl der erste, der genau beschrieben hat, unter welchen Bedingungen ein Papiergeld im Hinblick auf den Gütertausch, der Geldwertstabilität, der Verteilungsneutralität und der Vollbeschäftigung funktionieren kann. Die Wirtschaftswissenschaftler und Minister für Wirtschaft, Finanzen und Forschung in Folge hätten dafür sorgen müssen, dass sie ihrem Volk bzw. der Menschheit dieses Wissen erschließen. Dafür, dass

²³ Über die Assignaten erhält man hier Auskunft: <http://www.nbbmuseum.be/de/2012/02/revolution.htm>
Und über das Papiergeld in China sind auf meiner Internetpräsentation Auszüge zu finden.

dies nicht geschehen ist, gibt es sicher verschiedene Gründe. Trotzdem sollte ihnen dafür, dass sie nicht geleistet haben, wofür sie gewählt, berufen und bezahlt wurden, die Schamesröte ins Gesicht steigen und ihnen ihre Pension (soweit sie noch leben) bis auf Harz 4-Niveau gestrichen werden.

Gesell, der der Überlieferung nach durchaus die zu seiner Zeit angesehenen Wirtschaftstheoretiker studiert hat, hat die Grundzüge seiner Wirtschaftslehre vorher aus den unmittelbaren Erfahrungen als Kaufmann geformt. Von dieser Position her gesehen war das, was unter der Arbeitswerttheorie²⁴ diskutiert wurde, für ihn ein Gespenst. Der Preis war für ihn das Reale, mit dem man arbeiten konnte. Aber auch in der herrschenden Wirtschaftstheorie hatte man sich von der Werttheorie abgewandt.

In der „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Prof. Dr. Siegfried Wendt, 1961, ist im Kapitel IX „Das funktionale Denken in der Wirtschaftslehre: Die moderne Wirtschaftstheorie“ ab Seite 122 zu lesen:

1. Vorbemerkung

Die neuere ökonomische Theorie baut sich auf funktionalem Denken auf. Sie begreift das Gefüge der wirtschaftlichen Leistungen als einen funktionalen Zusammenhang.

An die Stelle des substanzgebundenen Denkens mit seinen einfachen, d. h. in eine Richtung gehenden kausal oder final bestimmten Vorstellungen ist das funktionale Denken getreten. Im engeren Sinne der Logik versteht man unter Funktion die gegenseitige Abhängigkeit von Vorgängen, Sachverhalten oder Begriffen. In der Mathematik drückt man durch den Begriff der Funktion aus, daß eine Größe y in einer bestimmten Weise von einer anderen Größe x abhängig ist. Das funktionale Denken innerhalb eines besonderen Erkenntnisgebietes zeigt sich bereits in der Begriffsbildung. Die Begriffe werden nicht mehr aus den Bedingungen der Substanz erklärt, sondern aus dem Zusammenhang der Funktionen. An die Stelle der Substanzbegriffe treten Funktionsbegriffe. So wird das Geld nicht mehr als allgemeines Tauschmittel aus der Substanz bestimmt, sondern als Zahlungsmittel aus seiner gesellschaftlichen Funktion. ...

3. Der Anfang: Gustav Cassel

Einer der ersten, die sich bewußt vom substanzgebundenen Denken lossagten und die Beschreibung des Zusammenhanges der Preise nicht mehr auf eine Wertlehre gründeten, war der Schwede GUSTAV CASSEL (1866-1945). Schon im Jahre 1899 hat GUSTAV CASSEL unter dem Titel „Grundriß einer elementaren Preislehre“ eine Abhandlung vorgelegt, in der er seine Absicht, eine Preislehre ohne werttheoretische Begründung aufzubauen, zum erstenmal kundgetan hat. Entfaltet worden ist die Cassel'sche Preislehre in seiner „Theoretischen Sozialökonomie“, die gerade in Deutschland großen Einfluß gehabt hat. CASSEL bemühte sich, alle ökonomischen Fragen als Probleme der Preisbildung zu verstehen. So zog er auch die Einkommensgrößen als Preise der elementaren Produktionsmittel in den einheitlich aufgefaßten Zusammenhang der Preisbildung ein. Und er versuchte, die Preisbildung als einen einheitlichen Vorgang vom Prinzip der Knappheit aus zu erklären. „Gewirtschaftet“ wird nur mit Gütern, die im Verhältnis zum Begehren knapp sind. Um die Nachfrage nach solchen Gütern mit der Möglichkeit, sie zu decken, in Übereinstimmung zu bringen, müssen für sie Preise gebildet werden. Preise haben nach CASSEL die sozialökonomische Funktion, die Nach-

24 Siehe dazu: <https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitswerttheorie> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Grenznutzenschule>

frage nach Gütern auf das Maß des zur Verfügung stehenden Angebotes zu beschränken. Hier kommt ein teleologisches Moment in die Betrachtungen hinein. »Das Prinzip der Knappheit besteht also für die Tauschwirtschaft in der Notwendigkeit, die Konsumtion durch den Druck der Preisbildung in Übereinstimmung mit einer knappen Güterversorgung zu bringen.« Die Nachfrage nach Gütern, die verwendet werden sollen, ist mittelbar eine Nachfrage nach Produktionsmitteln, mit deren Hilfe diese Güter hergestellt werden können. Dabei muß beachtet werden, daß die Nachfrage nach einer Ware nicht nur eine Funktion des Preises dieser Ware ist, sondern auch der Preise aller anderen Waren, die in den nachfragenden Haushalten zur Deckung des Bedarfes herangezogen werden. So kam CASSEL von vornherein dazu, nach den Bedingungen für die gesamte Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot zu fragen, d. h. er fragte nach den Funktionen, die die Abhängigkeit der Nachfrage von den Preisen aller verschiedenen Güter ausdrücken. Und da er die Nachfrage nach Gütern des unmittelbaren Bedarfes mittelbar als eine Nachfrage nach Herstellungsgütern, letztlich als eine Nachfrage nach elementaren Produktionskräften ansah, gewann er die Möglichkeit, die Preisbildung der elementaren Produktionskräfte in die Beschreibung des allgemeinen Preiszusammenhanges einzubeziehen. Auch die Preisbildung der elementaren Produktionsfaktoren unterliegt bei GUSTAV CASSEL dem Prinzip der Knappheit. ... (Geschichte Volkswirtschaftslehrer a.a.O.)

Ich denke, zwischen Gustav Cassel und Silvio Gesell besteht hier eine Übereinstimmung.

Aber an den Sätzen

„An die Stelle der Substanzbegriffe treten Funktionsbegriffe. So wird das Geld nicht mehr als allgemeines Tauschmittel aus der Substanz bestimmt, sondern als Zahlungsmittel aus seiner gesellschaftlichen Funktion.“

kann vielleicht verdeutlicht werden, warum marxistisch geschulte Köpfe wenig mit der Quantitätstheorie des Geldes anfangen können, dabei war der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Warenmenge auch schon zu Zeiten bekannt, als noch die Warenwährungen mit ihren Ableitungen von der Arbeitswerttheorie die Ökonomie dominierten.

Die Geldlehre ist auf der Grundlage des Gedankens, daß Geld eine „Anweisung“ sei, von verschiedenen Schriftstellern entfaltet worden. In England hat JOHN LOCKE Wesentliches dazu beigetragen, die Funktionen des Geldes zu erkennen. Er hat auch nach den Bestimmungsgründen der Wertschwankungen des Geldes gefragt und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geldmenge den Wert des Geldes entscheidend bestimme. Dieser - der einfachen Quantitätstheorie entsprechende - Gedanke ist vor ihm schon durch JOHANNES BODINUS (1530-1596) entwickelt worden. (Geschichte ... S. 20)

Bei der Warenwährung hat die Quantitätstheorie aber nur einen erklärenden Charakter, weil eine unmittelbare Beeinflussung der Geldmenge nicht möglich ist. Bei einer gedruckten oder digitalen Währung ist das anders, weil sie hier nicht nur einen erklärenden, sondern einen bedingenden Charakter hat. Auch ist mit dem Wechsel des Verständnisses vom Geld als Tauschmittel hin zum Geld als Zahlungsmittel die Gefahr geboren worden, daß den Menschen der Zusammenhang zwischen dem Geld und der Arbeit als Ausgang aller Wirtschaftsgüter oft verloren gegangen ist. Dies hat dann die Einstellung zur Folge, man könne das Geld als Währungseinheit beliebig gestalten und über sie nach Gutdünken oder nach tagespolitischen Erfordernissen verfügen.

Karl Walkers Rückgriff auf die Werttheorie des Geldes

Karl Walker, der viel zum Thema Geld geschrieben hat ²⁵, hat sich zunehmend über die Oberflächlichkeit der Behandlung des Währungsthemas aufgeregt. Zuerst hat er seinen Unmut darüber in einem Artikel unter dem Titel „Überlegungen zur Werttheorie“ in der schweizerischen Zeitschrift „evolution“ vom Juni 1969 geäußert. ²⁶

Peter Weiz, einer von den wenig bekannten Mitwirkern an dem NWO-Anliegen hat daraus 1970 ein Minibuch gemacht. Ich gebe das Geleitwort von Weiz wieder, damit die damalige politische Stimmungslage erkennbar wird.

Zum Geleit

Karl Walker bringt in seinen nachfolgenden "Überlegungen zur Werttheorie" weit in die Zukunft reichende Gedanken zur Theorie und Praxis des Geldwesens. Ihm gelingt neben der Verbindung von Kybernetik und "klassischer Schule" vor allem eine Synthese von Marx'schem Gedankengut mit den liberalen Sozialismus, wie er erstmalig von Silvio Gesell vertreten wurde. Wer die ökonomischen Werke von Marx und Engels wirklich gründlich kennt, weiß, daß zu dieser Synthese nur kleine Schritte notwendig sind, aber sie mußten einmal getan werden.

Vieles verbindet Walker mit den tschechoslowakischen Theoretikern, die zum ersten Mal in größerem Maßstab versuchten, einen liberalen Sozialismus in die Praxis umzusetzen. Wie sie weiß auch er um die Bedeutung des Marktes, besonders für die Werttheorie. Auch und gerade der Sozialismus kommt nicht ohne das Marktprinzip aus.

Karl Walker gehört zu den weniger lautstarken, dafür aber um so fundierteren und ausdauernderen Kämpfern für einen liberalen, humanen Sozialismus, und alle die mit ihm in diesem Anliegen übereinstimmen, können ihn nicht überhören.

Freising, im Januar 1970 Peter Weiz

Es ging Peter Weiz - und jenen, die so dachten wie er - damals nicht nur um die richtige Geldtheorie, sondern wohl auch um die Anschlussfähigkeit an die damaligen Opposition in der alten BRD, die vorwiegend marxistisch orientiert war. Karl Walker selbst ging es unabhängig von politischen Strömungen zeitlebens wohl einfach um die Fragen: Was ist richtig? Was ist falsch? ²⁷

25 Karl Walker wurde am 4. 1. 1904 in Straßburg geboren. Er starb am 5. Dez. 1975 in Berlin. Als vierjähriges Kind wurde er durch einen Unfall mit folgender doppelter Rückgradverkrümmung zum Krüppel (Der Begriff Behinderter war damals noch nicht üblich.) Sein erstes Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ konnte er 1931 veröffentlichen. Seine Basis war eine Buchbinderlehre. Seine Idee nach Auszug aus seiner Klausur in Altenahr, hier in Mardorf mit mir noch eine kleine Forschungsstätte zu etablieren, konnte durch seinen Tod nicht mehr realisiert werden. Weitere Informationen zu Walker: „Einsam geblieben bei der Wahrhaftigkeit“ (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.7%20Die%20Landlosen%20Walker.pdf>) , https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker // Karl Walker Ausgewählte Werke, 1995

26 Siehe: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.3%20Werttheorie.pdf> und auch „Alte Texte als neue Schätze entdecken! Gedanken für die Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste“ von T.A. Vom 5.2. 1996 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/109.1.Alte%20Texte.pdf> und „Geldreformer auf Irrwegen hier: Überlegungen zur „Wert“Theorie“ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.3%20Werttheorie.pdf>

27 Soviel ich weiß, saß Karl Walker für die SPS im Rat der Stadt Altenahr. Die Freunde der NWO haben sich parteipolitisch immer sehr unterschiedlich entschieden.

Ich will hier nicht aus diesem Beitrag von Walker zitieren. Ich habe ja angezeigt, dass der Text auf meiner Homepage zu finden ist. Ich bringe zuerst einen Auszug aus seinem Vortrag in der Hauptversammlung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 26. April 1975 in Koblenz.²⁸ Die Überschrift lautet: **Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Vorstellungen**. Die einzelnen Abschnitte lauten: *Worauf es ankommt, Probleme der Gleichwertigkeit, Gold als teilbare Wertschöpfung, Geldschöpfung nach Warenwert, Werttheorie contra Quantitätstheorie, Faktor „U“ - Umlaufgeschwindigkeit*. Nachzulesen ist das in „Karl Walker / Ausgewählte Werke“, 1995.

Walker war ein forschender Geist und nie zufrieden mit dem, was ihm vorgesetzt wurde oder was er selber herausfand. Am Schluss seines Lebens wollte er noch die „heiligen Kühe der Freiwirtschaft“ – die Quantitätstheorie und die Wirkung der Umlaufgeschwindigkeit schlachten.

Wenn ein Konzept, das viele ökonomische Probleme lösen könnte, nicht politisch-gestalterisch umgesetzt werden kann, dann kommt dem kritisch denkenden Mensch leicht die Frage, ob das Modell vielleicht nicht an dem politischen Widerstand scheitert, sondern aus Gründen seiner Unstimmigkeit. Und mögliche Unstimmigkeiten thematisiert zu haben, ist Walkers Verdienst. Die Suche nach den Antworten auf die Fragen, die Walker sich stellt, ist arbeits- und zeitaufwendig. Die Suche kann ein Freizeitökonom gar nicht bewältigen. Und hier zeigt sich auch wieder das Versagen der offiziellen Wirtschaftswissenschaft. Aber gerade im Hinblick auf die Not ganzer Völker, die durch die durch die praktizierten Währungspolitiken entstehen, könnten brauchbare Antworten auf die Währungsprobleme eine Lösung bringen.

Mir geht es hier nicht darum, ob Walker recht hat oder nicht, sondern um den Zusammenhang zwischen Geld und Arbeit oder Geld und Quanten von Eigentumsansprüchen an Gütern - die sich im Markt befinden - zu verdeutlichen. Der Zusammenhang ist der EZB unter Führung von Mario Draghi offensichtlich nicht mehr wichtig oder nicht bekannt, sonst würde sie nicht wie die Geldfälscher Geld in den Umlauf bringen, für das keine Gegenleistung erbracht wurde. Die Wirkung – auch wenn sie sich erst offenbart, wenn das überzählige Geld aus den Horten kriegt - ist schlimmer, als wenn die Regierung in gleicher Höhe Schecks unter das Volk verteilen würde, weil der Scheck einer Einmalzahlung gleich kommt, das Geld aber ständig erneut nach Arbeit oder Waren Nachfrage hält, weil es im Kreislauf ist.

²⁸ Hier zeigt sich gleich der Vorteil von schriftlich festgehaltenen Gedanken. Ich war damals in dieser Versammlung, aber ohne die Niederschrift von Walkers Vortrag könnte ich nicht einen Satz zitieren.

Ich bringe den Abschnitt „Diskussion um die Werttheorie“ aus „Fortentwicklung ...“ von Walker:

Also: zum Stichwort der „falschen Theorie“, des falschen Fundaments: Gesell hat in den Vorstellungen seiner Zeit die Werttheorie verworfen. Es finden sich bei ihm jedoch wenig Erklärungen, wie er dazu kam. Er zitiert Gottl, Zuckerkandl, Böhm-Bawerk ohne nähere Quellenangaben, denen man nachgehen könnte. Sicher ist aber, daß die Werttheorie damals offenbar gerade in der Diskussion war. Von Gottl ist 1906 etwas erschienen. C. W. Mitchell hat um 1900 etwas gegen die Werttheorie geschrieben und die „Staatliche Theorie des Geldes“ als führende nominalistische Theorie des Geldes von dem Straßburger Professor G. F. Knapp ist 1905 erschienen. Die Abkehr von der Werttheorie und die stärkere Hinwendung zum Nominalismus und zur Quantitätstheorie, die übrigens schon zum Beginn des 19. Jahrhunderts von Cantillon (1680-1734) vertreten wurde, lag also in diesen Jahren im Zuge der Zeit. Und da nun Karl Marx auf die (richtige) klassische Werttheorie seine (anfechtbare) Mehrwerttheorie gründete, ist mir die temperamentvolle Ablehnung des „Hirngespinnstes“ durch Gesell nicht ganz unverständlich. Dazu kam aber noch, daß die geldtheoretischen Gegenspieler, die Verfechter der Goldwährung in der Verflachung ihres Denkens gar nicht mehr wußten, was den Gehalt der Werttheorie ausmacht, so haben doch Bamberger und Helfferich ziemlich einfältig und falsch argumentiert, das Gold habe einen „festen inneren Wert“. Dies ist aber nach der klassischen Werttheorie (Arbeitswert - resp. Produktionskosten-Theorie) blanker Nonsense.

Ich muß also jetzt auf die Basis der „Arbeitswert-Theorie“ zurückkommen, bitte aber nicht gleich mit Steinen zu werfen und mich zu verdächtigen, ich sei jetzt Marxist geworden. - Meine „Überlegungen zur Werttheorie“ waren einige Zeit als kleines Schriftchen im Umlauf, sind aber z. Zt. wohl vergriffen. Um was dreht es sich also?

Wirtschaftliche Werte kommen schon nach Aristoteles, Thomas von Aquin, Adam Smith, Ricardo u. a. als geschaffene Güter nur durch Arbeit zustande; Arbeit ist zeitraubende, vielfach mühselige Leistung.

Was die Natur umsonst gibt, Licht, Luft Erde - ist nicht „geschaffen“, hat also keinen (Produktions- oder Arbeits-) Wert; es kann aber (wenn ein Grundrentner kassiert) einen Preis haben. Man sollte dies, wenn man volkswirtschaftliche Probleme klären will, auseinanderhalten und nicht die Begriffe willkürlich vertauschen. -

Um einige dieser Vertauschungen richtigzustellen: Das Glas Wasser (am Gebirgsbach geschöpft) hat keinen Produktionswert, weder bei Adam Smith, noch bei Karl Marx (oder gar beim Walker) - aber in der Wüste kann es einen Preis haben. Der Eisschrank am Nordpol - auch ein beliebtes Demonstrationsobjekt gegen die Werttheorie - hat seinen Produktionswert, aber am Nordpol ist er nicht zu verkaufen, da hat er keinen Preis (und wer ihn da hingeschafft hat, muß ein Tölpel gewesen sein). Ähnlich ergeht es dem Ofen am Äquator. - Das sind alles so Pardestücke, mit denen man durch einfaches Vertauschen von Arbeitswert und Marktpreis täuschen kann. Auch die „blaue Mauritius“ oder die „Mona Lisa“ gehören nicht zu den Dingen, die unter die volkswirtschaftliche mehr oder weniger arbeitsintensive Wertschöpfung fallen. Was wir gemeinhin „Liebhaber-“ oder „Seltenheitswert“ nennen, das ist nur der Preis. Auch der Boden hat keinen „Wert“ im Sinne der Arbeitswerttheorie; er ist nicht mit Arbeit herstellbar. Er hat aber einen Preis, die kapitalisierte Grundrente. -

Es ist - wenn man Klarheit gewinnen will - einfach unzulässig, diese verschiedenen Wertbegriffe, Liebhaber-, Seltenheits-, Gebrauchswert, Kapitalwert, die es ja nun einmal auch gibt, partout in Diskussionen einzuschleiben, in denen es vom Thema her seit Jahrtausenden auf der ganzen Welt um das zeitaufwendige, mühselige „Wertschaffen“, um das „Wirtschaften“ geht. Und noch eines: man kann das Faktum der „Wertschöpfung“ auch nicht mit der Preistheorie allein in den Griff bekommen.

Um die Probleme der Gegenwart zu verstehen, muß man wohl mitunter die Entwicklungslinie von der Vergangenheit her wieder freilegen. ... (Karl Walker Ausgewählte Werke, S. 355 f.)

Ich habe nun nochmals in Walkers letzte Arbeit „Das Welt-Währungs-System“, 1979 hineingeschaut. Der Titel müsste eigentlich lauten: „Was bei den nationalen Währungen zu beachten ist, bevor eine Welt-Währung gestaltet wird“. Es ist eine Kritik der Oberflächlichkeit der Währungspolitik, aber auch eine der Geldreformer. Ich zitiere erst aus dem Vorwort von Prof. Dr. H. Linhardt von 1979 und dann aus der Einführung des Herausgebers von Jobst

von Heynitz, damals Notar in München. Walkers Vorwort ist mit August 1974 gezeichnet.

Vorwort

Karl Walker war ein Einzelgänger. Er wußte, daß er für seine Ideen Zuspruch und Verständnis seiner Mitwelt nötig hatte. Er litt unter der ihn umgebenden Einsamkeit. Aber daran war nichts zu ändern. Seine Gedanken waren keine Massenware, seine Schriften konnten niemals Bestseller werden. ...

... Seine Gedankenwelt war das Währungsproblem. Sein Verständnis gipfelte in der Erkenntnis, daß die Ordnung des Geldwesens das Schicksal der zivilisierten Menschheit schlechthin bedeutete. Und das ohne Phrase, ohne Übertreibung, ohne Nachbeten landläufiger Parolen. Es ist nun schon einige Zeit her, daß mir das Manuskript der hier der Öffentlichkeit vorgelegten Schrift zuging. Ich mußte Herrn Walker klarmachen, daß ich nicht der zuständige Fachmann bin, nicht der beste Kenner der von ihm mit großer Umsicht und feinstem Einfühlungsvermögen bearbeiteten Materie - von vielen wirtschaftswissenschaftlichen Stoffgebieten zweifellos die reizvollste, aber auch schwierigste. ...

... Walker wurde nicht müde, die Spreu vom Weizen zu sondern, die Narren unter den Währungsexperten anzuprangern, um sie unschädlich zu machen; so wenig er müde wurde, sich mit den großen Gedanken eines J. M. Keynes, der unbestrittenen Weltautorität in Währungsfragen auseinander zu setzen. Seine Gedanken kreisten um die Autorität des Staates im Interesse der Freiheit des Individuums, um den Widerstreit zwischen staatlicher Autorität auch und gerade in Währungssachen einerseits und ziviler Sicherheit, materieller Wohlfahrt des Bürgers im Staat. Das war ihm Verstandes- und Herzenssache zugleich. Dafür opferte er seine geistigen Kräfte, seine Ruhe, seinen Frieden. Die Mitwelt hat ihm wenig dafür gedankt; die Fachwelt am wenigsten. Er tat es um der Sache selbst willen - der Sache eben, die ihm das wichtigste erschien vor allem anderen.

Münster i. W., Mai 1979

emerit. Prof. Dr. H. Linhardt

Einführung des Herausgebers

Karl Walker starb am 5. Dezember 1975 im Alter von 71 Jahren. Er hat die Arbeit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zu einem großen Teil getragen und ihr immer wieder Impulse gegeben. Als Dank dafür hat es die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft übernommen, seine letzte Arbeit herauszugeben. Freunde Karl Walkers und Mitglieder der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft haben mit Spenden die finanzielle Grundlage dafür gelegt. Ihnen sei auf diesem Wege gedankt. Karl Walker hat wissenschaftlich vorwiegend auf dem Gebiete der Geldtheorie und Geldpolitik gearbeitet. Auch seine letzte, hier vorgelegte Arbeit ist diesem Gebiet gewidmet. Sie fragt nach den von der Notenbank zu beachtenden Regeln der Geldversorgung, von der weder inflationäre noch deflationäre Impulse ausgehen, auch keine illegitimen Geldansprüche auf das Sozialprodukt in den Markt eingeschleust und keine legitimen Geldansprüche aus dem Markt herausgenommen werden sollen. ...

... Diese Beobachtungen und die offensichtlichen Mängel der von ihm in der Untersuchung aufgespießten Form der Quantitätstheorie veranlassen ihn schließlich, sich schroff von der Quantitätstheorie, die er selbst ein Leben lang vertreten hatte, abzuwenden und zur Werttheorie zu bekennen und zu behaupten, daß nur auf der Basis der Werttheorie die weder inflationäre noch deflationäre Geldversorgung der Wirtschaft begründbar sei. Trotzdem macht Karl Walker aber nicht die Produktionskosten, wie es nach der Werttheorie konsequent wäre, sondern die Preise, die sich zwischen Produzenten und Großhandel bilden, zur Grundlage der von ihm entwickelten Regeln der Geldversorgung. Er steht damit auf dem Standpunkt einer verfeinerten Quantitätstheorie, aber nicht der Werttheorie. ...

Jobst von Heynitz

Wenn ich alle Bleistiftmarkierungen am Rand und alle Fähnchen, die ich bei mir wichtigen Seiten gesetzt habe, zitieren würde, dann müsste ich die halbe Schrift einscannen und hier einkopieren. Das mache ich nicht. Ich werde meine Schlüsse daraus frei formulieren. Aber vorweg noch ein paar Sätze zu meinem Verhältnis zu Walker. 1961 als ich eine späte Lehre in einer Kreditgenossenschaft im südlichen Niedersachsen begonnen hatte, bin ich durch ein Flugblatt, das der damalige Volksschullehrer Ekkehard Lindner verteilt hatte, auf die Freiwirt-

schaftsschule aufmerksam geworden. Ich war damals mehr intuitiv als bewusst suchend nach einem Weg, der zur Freiheit und Gerechtigkeit führt. Aber in keinem Fall war ich auf der Suche nach einer Erlösungsreligion und Glaubenssätzen. Ich habe den Flugblattverteiler aufgesucht und ihn mit Fragen bombardiert. Dann habe ich den Genossenschaftsverband angeschrieben und gefragt, was von Gesell zu halten ist. Die Antwort war insgesamt positiv, wenn auch das Schreiben die Empfehlung enthielt, dass ich mich nicht zu viel um Gesell und seine Schule kümmern solle.

In den Gesprächen mit Ekkehard Lindner tauchte auch bald der Namen Karl Walker und sein volkswirtschaftliches Planspiel auf. Zwischendurch hatte ich von einem Absolventen der Akademie für Wirtschaft und Politik erfahren, das man dort studieren könne, wenn vorher eine Aufnahmeprüfung bestanden hätte.²⁹ Da ich damals noch eine hohe Meinung von der Wissenschaft hatte, hoffte ich auch, dass ich mein neues Wissen auf wissenschaftliche Stichhaltigkeit überprüfen könnte. Kurz nachdem ich im Oktober 1964 mit dem Studium begonnen habe, habe ich Kontakt zu Karl Walker aufgenommen und gefragt, ob er nicht in der Akademie sein Planspiel vorführen könnte. Wenn ich heute darüber nachdenke, warum ich so kurz nach Studienbeginn, in der eine Fülle von neuem Wissen auf mich einströmte und ich mit familiären Problemen belastet war, noch für ein zusätzliches Wissen von außerhalb geworben habe, dann komme ich zu dem Schluss, dass es wohl die Enttäuschung darüber war, dass von keinem Dozenten ein Satz gesprochen wurde, der es ermöglichte, eine Brücke zu dem freiwirtschaftlichen Wissen zu bauen. Später als sich herumgesprachen hatte, dass ich mich mit der Gesell-Schule beschäftigte, war der alter Professor Hummel der einzige Dozent, der zu erkennen gab, dass er bei Gesell viel über Geld und Kredit gelernt hätte.

Walker hatte mir geschrieben, er würde kommen, wenn er eine offizielle Einladung erhielte. Ich habe dann um diese Einladung bei der Geschäftsleitung und in der Dozentenschaft nachgesucht und mich durch Zurückweisungen nicht entmutigen lassen. Die Folge war: Walker wurde eingeladen, aber dahinter stand keine wissenschaftliche Neugierde, sondern man wollte ihn „abschießen“, wie mir zugetragen wurde. Mich hat das vermutlich mehr gekränkt als Walker, denn solche Zurückweisungen und Missachtungen hat er häufiger erlebt. Einmal ist er von einer Wirtschaftsredaktion zu einem Gespräch eingeladen worden – erzählte er mir -, da sei extra ein Ökonomieprofessor aus Berlin eingeflogen, um der Redaktion das auszurenden.

²⁹ Damals war das ein zweijähriges Studium in Soziologie, Recht, Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre. Jeder Jahrgang hatte rund 100 Studenten. Was ich anfangs nicht wusste, war, dass diese Akademie respektable Dozenten und erfolgreiche Absolventen vorzuweisen hatte.

In der Zeit, als Walker an seinem Text „Das Welt-Währungs-System“ arbeitete, haben wir uns über den einen oder anderen Gedanken, die ihn beschäftigten, ausgetauscht. Das war von meiner Seite zwangsläufig oberflächlich. Er klagte auch, dass ich nicht oder zu wenig lesen würde. Wie denn auch. Der Arbeitstag in der Nord LB / LBS hatte mit Pausen und Fahrwegen wenigstens die 11 Stunden, dann die damalige Familie mit vier kleinen Kindern, die Mitgliedschaft in der FDP, der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, der Humanistischen Union und der Gewerkschaft.

Aber so ähnlich sah doch die Situation bei allen aus, die sich für Freiwirtschaft eingesetzt haben. Die letzte Schrift von Walker, die ja für die Freunde der NWO eine notwendige Zumutung ist, wurde meines Wissen kollektiv nicht aufgearbeitet, aber eben auch nicht von den Ökonomen, die über ein Institut herrschen oder an den Universitäten über einen Mitarbeiterstab verfügen. Wenn die Forschungsprojekte entsprechend des persönlichen Machtstrebens oder Eitelkeiten der (oft verbeamteten) Lehrenden und Forschenden ausgewählt werden und nicht nach den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, dann wird die Wirtschaftswissenschaft zu einer Brutstätte für Terrorismus. Es fehlt offensichtlich der Ökonomieforschung die Institution des Ausgucks auf Segelschiffen, die bei Nebel Ausschau nach Gefahrenquellen hielten. Aber auch die anderen Fakultäten kann man nicht frei von Schuld sprechen. Ihre Vertreter – von den Ingenieurwissenschaften über die Soziologie bis zur Theologie können doch nicht einfach blind dem folgen, was in den Wirtschaftswissenschaften produziert wird. Und es ist auch kein Gewinn, wenn einige ihrer Vertreter in einen Marxismus ausweichen, der nicht weiterhilft.

Karl Walker hielt seine letzte Schrift für die wichtigste seines Lebens. Die Ansicht des Autors und die Ansichten seiner Leser werden sich da nicht immer decken. Ein Sachbuchautor wird wohl immer das, was er gerade in einem bestimmten Lebensabschnitt niederschreiben will, für wichtiger halten, als alles, was er bis dahin verfasst hat. Wenn das nicht so wäre, würde doch die Motivation für die Anstrengungen des neuen Textes nicht vorhanden sein. Auch baut sich die letzte Arbeit doch auf die vorangegangenen auf. Nun wäre es nicht das erste Mal, dass ein alter Autor das widerruft, was er als jüngerer Autor geschrieben hat. Hier ist aber wieder die Frage, ob man im Alter mit einem Rucksack voller Erfahrungen klarer sieht oder im jungen Alter, in dem man sich noch unbefangenen den Problemen nähern kann. Wenn ich mich hier zu der Frage: „Lässt sich das (Bar-)Geld problemlos abschaffen?“ so

lange mit Walker und seiner letzten Arbeit aufhalte, so hat das seinen Sinn, denn ohne die Überlegungen, die er anstellt, kann man keine brauchbare Antwort geben.³⁰ Walker hat seine Arbeit erst als Skript unter Interessierten umlaufen lassen, zu den Kritikern, die darauf eingingen, hat er sich in der „Antwort auf kritische Einwände“ geäußert. Zudem hat sich Dieter Schad mit dem Beitrag „Karl Walker und die Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Theorien“ geäußert. Beide Beiträge finden sich in „Karl Walker Ausgewählte Werke“, Gauke Fachverlag für Sozialökonomie, 1995. Ich halte Walkers Arbeiten genauso wichtig für die Währungsgestaltung wie Helmut Creutz Arbeiten zu den Wirkungen des Zinses und die von Dirk Löhr zu den ökonomischen Renten. Man sollte aber nicht denken, dass sich das Modell NWO mit den Themen Geld und Boden endet. Der Freiheit und der Selbstbestimmung der Person, die angestrebt wird, muss auch Raum im Bildungswesen und der sozialen Absicherung geschaffen werden.

Am Montag wurde auf einem ZDF-Sender der Film und die Dokumentation zur Bankenkrise von 2008 ausgestrahlt.³¹ Die Gier und der Betrug der Beteiligten wurde gegeißelt, natürlich jene der Banker. Die Gier der Anleger wurde in der Watte „Opfer“ verpackt. Ich will damit nicht sagen, dass die Opfer keine seien. Aber es gibt ein Täter-Opfer-Zusammenspiel. Auch so weit die Landesbanken betroffen waren, darf man nicht alleine in den Vorständen die Schuldigen sehen, sondern muss auch die Gier der Landesregierungen sehen. Denn kein Vorstand hält sich in der Landesbank, wenn er weniger liefert als andere. Aber die Gier als Ursache bei Bankenkrise als alleinige Ursache zu sehen, halte ich für falsch. Die Gier der Menschen entfaltet sich immer dann, wenn ihr dazu die Möglichkeit gegeben wird. Die Moral ist dabei eine schwache Abwehrkraft. Solange die Gier auf die körperliche Arbeit angewiesen ist, wird sie von der Ermüdung in Schach gehalten. Da die körperliche Arbeit auf dem Rückzug ist, hat hier die Gier keine ausreichende Bremse mehr, an ihrer Stelle müssen institutionelle Bremsen geschaffen werden, die aber nicht die Gestaltungsfreiheit der Individuen lähmt oder zerstört. Bei den Wertpapieren heißt das z. B., dass betrügerische oder täuschende Absichten nicht in das Kleingedruckte versteckt werden dürfen. Das Betrügerische und Täuschende im vorliegenden Fall der Finanzkrise 2008 war nicht die Ursache, sondern die In-

30 Wenn ich nicht durch die körperlichen Beschwerden und die Störungen, die Handwerker im Haus mit sich bringen, zwischendurch immer wieder aus der Niederschrift meiner ursprünglichen Gedanken hinausgeworfen worden wäre, wäre ich wohl nicht bei Walker gelandet. Auch wenn dadurch der Schrieb nicht in einem Guss gegossen wurde, dürfte das ein Gewinn für die Leser sein.

31 Sucht man mit dem Stichwort Bankenkrise in einer Suchmaschine, dann erhält man auch diverse Links, die zu Beiträgen führen, das es eine Bankenkrise 2016 gibt. Trotz aller Hecktik der Politik ist es nicht gelungen, Sicherheit und Ruhe hier herzustellen. Und das liegt daran, dass von falschen theoretischen Annahmen ausgegangen wird.

strumente. Die nicht benannte Ursache war, dass die US-Notenbank Geld in großem Umfang in den Verkehr gepumpt hat, ohne das zu berücksichtigen, was Walker unter Werttheorie (Arbeitswerttheorie) behandelt. Und die dann folgende Abzocke der Banken bei den Häuslebauern (auch bei denen, die nichts hatten) wurde erst durch das geltende Bodenrecht möglich. Auch dieser Bereich wird in der Forschung und Lehre ausgeklammert. Die Fed hatte sicherlich mit ihrer Politik des lockeren Geldes vor den Arbeitsmarkt zu fördern, aber letztlich ist das, auch wenn aufgrund fehlerhafter Vorstellungen geschah, verbrecherisch. Das Betrübliche ist, dass die EZB glaubt, sie sei auf der Höhe der Zeit, wenn sie es ähnlich macht wie die Fed.

oooooooooooooooooooo

Der Bankraub: ZDF ausgestrahlt am 9. Mai 2016:

<http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/programdata/a48a4b94-9ee9-3154-a800-9c9bc56b8e43/60327303-7c61-41d3-b688-896cd8c59257?generateCanonicalUrl=true>

Der Bankraub / Dokumentation:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2725328/Der-Bankraub---Die-Dokumentation#/beitrag/video/2725328/Der-Bankraub---Die-Dokumentation>

TV-Kritik „Der Bankraub“ Familientreffen mit den Lehman Brothers

Ein deutscher Sparer geht bankrott – und ein Film gleich mit: „Der Bankraub“ im ZDF belehrt über die Finanzkrise. Es fehlt, was an Oliver Stones Vorlage „Wall Street“ faszinierte.

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/zdf-film-der-bankraub-belehrt-ueber-finanzkrise-14221685.html>

Der Schauspieler Joachim Król (im Film der Anlage geschädigter Vater) zu der Frage „**Was beschäftigt Sie im Rückblick am meisten an der Finanzkrise?**“

Kann man denn schon von Rückblick sprechen? Was mich am meisten fasziniert, ist diese Verzahnung eines privatwirtschaftlichen Desasters mit der Politik. Wenn ich als Mittelständler misswirtschaftete, gehe ich Pleite und muss Konkurs anmelden. Wenn die Banken sowas tun, in unglaublichen Ausmaßen, greift man ihnen unter die Arme, mit den Geldern des Steuerzahlers. Das verstehe ich bis heute nicht. Vielleicht kann man in den kommenden Wahlkämpfen ja nochmal nach fragen.“

<http://www.morgenpost.de/kultur/tv/article207531419/Joachim-Krol-wuenscht-sich-mehr-relevantes-Fernsehen.html>

oooooooooooooooooooo

Am 22. April 2016 war in der HAZ zu lesen:

Draghi kontert deutsche Kritik

„Wir befolgen europäisches Recht“ / Erstaunt über Helikoptergeld-Debatte
Von Friederike Marx und Jörn Bender

Frankfurt. EZB-Präsident Mario Draghi kontert die Angriffe deutscher Politiker mit Selbstbewusstsein: „Geldpolitik war die einzige Politik in den vergangenen vier Jahren, die das Wachstum unterstützt hat“, sagte er nach einer Sitzung des EZB-Rats am Donnerstag in Frankfurt. Alle Mitglieder des Gremiums seien sich einig, dass die Unabhängigkeit der Notenbank verteidigt werden müsse und dass die Geldpolitik angemessen sei. Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) hatte gefordert, einen Deutschen an die Spitze der Europäischen Zentralbank zu stellen, weil die Kultur des Sparens derzeit „in Europa fundamental entwertet“ werde.

„Wir haben den Auftrag, Preisstabilität für die gesamte Euro-Zone zu wahren, nicht nur für Deutschland“, erklärte Draghi. „Dieses Mandat ist in den europäischen Verträgen festgelegt. Wir befolgen europäisches Recht, wir sind unabhängig.“ Zugleich griff er die europäischen Regierungen an. „Um die Früchte unserer geldpolitischen Maßnahmen wirklich ernten zu können, müssen andere Entscheidungsträger viel entschlossener etwas beitragen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.“

In Europa stagnieren die Preise zurzeit, und Draghi hält die Gefahr eines Preisverfalls für größer als die übermäßiger Verteuerung. Also versucht die EZB, mit ultralockerer Geldpolitik die Inflation von derzeit null auf knapp 2 Prozent hochzutreiben.

Daran hielt der Rat auch in seiner gestrigen Sitzung fest. Falls notwendig, werde die Notenbank im Rahmen ihres Mandats alle Instrumente im Kampf für höhere Inflation und gegen Konjunkturschwäche einsetzen, sagte Draghi. Vom zuletzt viel diskutierten „Helikoptergeld“ will er vorerst aber nichts wissen. Dabei geht es um direkte Finanzspritzen der Notenbank an Unternehmen und Verbraucher unter Umgehung des normalen Bankensektors. Vor einigen Wochen hatte Draghi die Idee angelsächsischer Ökonomen noch als „sehr interessantes Konzept“ bezeichnet und damit heftige Spekulationen über Pläne in dieser Richtung ausgelöst. „Wir haben das Thema niemals in der EZB diskutiert“, sagte er gestern. Es gebe dabei viele „rechtliche und praktische Hürden“. Er sei erstaunt, welche Reaktionen seine Äußerungen dazu ausgelöst hätten. ...

Man kann Mario Draghi nicht allein die Verantwortung für die Geldflutung mit dem Euro zuschieben, sondern muss sie auch bei denen suchen, die Draghi in das Amt gehoben haben und bei allen Mitgliedern in den verantwortlichen Gremien in der EZB und den nationalen Notenbanken, die diese Politik dadurch mittragen, dass sie im Amt bleiben.

Bis zum Beweis des Gegenteils muss man aber davon ausgehen, dass diese Mitglieder der betroffenen Gremien davon ausgehen, dass ihr Handeln richtig und rechtens ist. Letztlich spiegelt das Handeln der Notenbanken die herrschenden widersprüchlichen Vorstellungen der Volkswirtschaftslehre wider.

Draghi verteidigt die Unabhängigkeit der Notenbank. Das ist gut so. Aber ihre Unabhängigkeit schließt nicht ein, dass sie Politik machen darf, denn diese ist demokratisch nicht legitimiert. Schon lange hat sie nicht zu sagen, was die demokratischen Gremien zu tun haben. Es ist umgekehrt, die zuständigen demokratischen Gremien haben der EZB zu sagen, was sie innerhalb ihres Mandates zu tun und zu lassen hat. Das bedeutet, die EZB braucht ein klares Regelwerk, nach dem sie handeln kann. Und ein solches Regelwerk kann nur stimmig sein, wenn die Vorstellungen von einer Währungsordnung stimmig sind. Zum Beispiel wird die Geldwertstabilität und die Verschuldung der Mitgliedstaaten immer wieder miteinander verknüpft, dabei können Staaten insolvent werden, ohne dass die Währung darunter leidet. Ohne Not werden hier zwei Ebenen der Ökonomie miteinander verknüpft, die getrennt behandelt werden müssen.

Wenn Draghi sagt:

„Wir haben den Auftrag, Preisstabilität für die gesamte Euro-Zone zu wahren, nicht nur für Deutschland“, erklärte Draghi. „Dieses Mandat ist in den europäischen Verträgen festgelegt. Wir befolgen europäisches Recht, wir sind unabhängig.“

So kann man ihm nur bedingt widersprechen. Dabei kann die EZB die Preisstabilität im gesamten Euroraum nur wahren, wenn sie und die zuständigen politischen Gremien endlich die Notwendigkeit einer Umlaufsicherung des Geldes zur Kenntnis nehmen würden. Jedenfalls reicht eine zweiprozentige Inflation nicht aus, das Geld wirklich konjunkturstützend im Umlauf zu halten. Aber 2% Inflation sind auch ein Widerspruch zu dem Stabilitätsauftrag und machen in 10 Jahren mehr als 20% aus, weil ja jedes Jahr von einer gestiegenen Ausgangsbasis ausgegangen wird. Es zeigt sich hier aber, dass den Juristen, den Artikel 105 des Vertrages von der Europäischen Union und daraufhin das „Protokoll über die Satzung des europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ nicht gelungen ist, ihn so präzise zu fassen, dass eine Missdeutung ausgeschlossen ist.

Der Vertrag / Europäische Union / Europäische Gemeinschaft / Kapitel II
Ziele und Aufgaben des ESZB
Artikel 2 / Ziele

Nach Artikel 105 Absatz 1 dieses Vertrags ist es das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 dieses Vertrags festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 3a dieses Vertrags genannten Grundsätze. (1996, S. 37)

Die Preisniveaustabilität ist hier nicht auf Dauer gefordert, sondern es genügt, wenn sie im Moment nicht gefährdet ist. Da die Einschleusung illegitimer Ansprüche an den Markt z. Zt. keine Wirkung auf das Preisniveau zeigt, kann sich der EZB-Präsident Draghi im Recht fühlen. Wenn die Wirkungszusammenhänge im Währungssystem bei denen nicht bekannt sind, die Vertragstexte ausarbeiten und beschließen, kann es auch keine präzisere Gesetzesformulierung geben.

Der bayrische Finanzminister Markus Söder klagt zu spät und vergeblich die Kultur des Sparens ein. Außerdem hat Söder – wie die Wirtschaftspolitiker und -journalisten allgemein – noch nicht begriffen, dass die Sparer bei einem niedrigen Zinsniveau am meisten sparen können. Das Verwerfliche an der Zinspolitik der EZB ist nicht der niedrige Zinssatz an sich, sondern die Art, wie sie ihn ermöglicht und zwar ohne die konjunkturelle Wirkung zu erzielen, die sie erzielen möchte. Anstatt dass die EZB eine Umlaufsicherung des Geldes einsetzt, die eine positive Entwicklung der Konjunktur ermöglicht und dadurch den Zins jeweils auf dem

Markt angepassten niedriges Niveau drückt, zerstört sie mit der Geldflutung in Verbindung mit niedrigen Zinssätzen und Minus-Zinsen für Bankeinlagen den Markt für Liquidität. Damit verstößt sie aber gegen den oben zitierten Artikel 2 des Vertrages Dort ist nämlich die Rede vom „ Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Aber wer weiß denn noch in der politischen Verwaltung und in der Politikerkaste, was dieser Satz denn bedeutet. Wo kann man eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb denn noch anschauen? Wir haben auf der einen Seite die Ergebnisse der kapitalistischen Konzentrationsprozesse und auf der anderen Seite die zunehmenden Eingriffe der Politik in die Wirtschaft nach zentralverwaltungswirtschaftlichem Muster. Das ganze ist ein unheilvolles Gemisch. Karl Walker schrieb schon 1974 in seinen ersten 3 von 16 Anmerkungen „Zur Durchsetzung gesellschaftlicher Neuerungen“:

1) Die *Möglichkeiten der herkömmlichen Politik sind erschöpft*. Von Jahr zu Jahr wird deutlicher, daß demokratische Entscheidungen zu Blockierungen führen und zu Zuständen, die bedenklicher sind, als diejenigen, die behoben werden sollten. Die Zeichen mehren sich in neuerer Zeit in rascher Folge im Lande und in der Welt. Selbst der ehem. Bundeskanzler *Brandt* folgert daraus, daß *die klassischen parlamentarischen Demokratien westlichen Musters am Ende* seien! (s. *Spiegel* Nr. 10/1974)

2) Wenn es nun offenkundig zu werden scheint, daß die gesellschaftliche Entwicklung - mit allem, was auf rechtlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet dazu gehört - mit den herkömmlichen Methoden nicht mehr unter Kontrolle des Menschen gehalten werden kann, dann muß die Frage geprüft werden, *ob menschliche Unzulänglichkeit oder grundsätzliche Fehler in der Methode* daran schuld sind.

3) Da es nicht viel Sinn haben kann, über menschliche Unzulänglichkeiten zu klagen, sollte man sich wirklich allmählich fragen, ob man denn die Probleme *immer richtig anpackt* und die *Problem-Lösungen vernünftig angesetzt hat*. Sofern nämlich grundsätzliche Fehler in der Methode politischer Ordnungsgestaltung vorliegen, sind Änderungen zum Besseren auch nur möglich durch *eine grundsätzliche Abkehr von den fehlerhaften Methoden*. (Ausgewählte Werke, S. 382 f.)

Ob man auf der Hoffnung bauen kann, die in solchen Sätzen liegen? Da habe ich heute nach 42 Jahren weiterer erlebter Politik meine Zweifel.

Meine Einschätzung von Walkers Überlegungen zur Werttheorie

Ich will nicht behaupten, dass ich alles verstanden habe, was Walker schreibt. Ich denke aber ich habe das Wesentliche begriffen. Das Geld, das erst die Arbeitsteilung ermöglicht, bekommt seinerseits erst seine Bedeutung durch die Arbeit, durch die Wertschöpfung. Der Zusammenhang ist in der Vergangenheit durch einseitige verbale und mathematische Behandlung des Themas *Geld* verloren gegangen. Das hat zu Missverständnissen und Frustrationen innerhalb der Geldreformer und zu Fehlentscheidungen in der Politik geführt. Walkers Versuch mit Hilfe der Werttheorie (Arbeitswerttheorie) eine Klärung herzuführen ist zu wenig genutzt worden.

Walker schreibt selbst, dass er durch sein volkswirtschaftliches Planspiel zu neuen Einsichten gekommen ist. Z.B. dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht beliebig gesteigert werden kann, weil der Geldkreislauf an dem Produktionsfluss gekoppelt ist. Schneller als dieser Fluss fließen kann, kann auch das Geld nicht umlaufen. Eine Inflation durch eine zu schnelle Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann es also nicht geben. Möglich ist aber eine deflationäre Wirkung durch eine Verlangsamung des Geldumlaufes. Die Verlangsamung tritt dann ein, wenn die Zahlungsintervalle hinausgezögert werden. Die Wirtschaft bricht schon zusammen, bevor der Geldkreislauf zum Stehen kommt. Ich kann mich aber gar nicht erinnern, das Walker diesen Fall behandelt.

Seine Klage, dass zu wenig die Chancen der Klärung mit Hilfe seines Planspiels genutzt wurden, ist in Richtung der Wirtschaftswissenschaft berechtigt. In Richtung der Geldreformer, die ja meistens nur Feierabend-Ökonomen sind, ist sein Bedauern verständlich, aber die Zurückhaltung der Geldreformer-Szene auch erklärbar. Für die Handhabung des Planspiels³² ist erforderlich, dass man die doppelte Buchführung beherrscht, und versteht, dass der Umgang mit dem Planspiel mit Arbeit verbunden und kein erholsames Freizeitspiel ist. Es ist dann so, dass man zu seiner Erwerbs- und Familienarbeit noch Überstunden machen muss und zu dem die Kosten für die Unterkunft und Anreise hat. Meine Sorge war zu Walkers Lebzeiten, dass seine Erkenntnisarbeit mit dem Planspiel so gut läuft, dass er das Spiel für die Wirklichkeit halten könnte. Auch das kann das Ergebnis der Untersuchungen verfälschen.

Walker wollte ja neues Wissen bei den Geldreformern einbringen. Da auch Reformer in ihrem Bereich verhaltend-konservativ sein können, brauchte er wohl einen besonderen inneren An Schub für sein Vorhaben. Er selbst hatte dabei ja einen Anteil an dieser konservativen Haltung. Er musste also erst einmal erklären, dass er zu dem Zeitpunkt seiner neuen Einsichten vieles anders sehe, als er früher geglaubt hätte. Also was er früher gewusst hat, hat er nur geglaubt. Er musste das alte Wissen abwerten, damit er neues abspeichern konnte. Dazu gehörte auch, dass er die Quantitätstheorie für ungültig erklären musste. Er nahm dafür Karl Poppers Logik der Forschung in Anspruch. Danach ist eine Theorie falsifiziert, wenn ihre Beweiskette auch teilweise eine andere Theorie stützt. Da Beweise aus der Kette, die für die Quantitätstheorie gelten auch für die Werttheorie gelten, sei die Quantitätstheorie ungültig.

³² In meiner Internetpräsentation findet man bestimmte Informationen über das Volkswirtschaftliche Planspiel Walker-Modell.

Er übersah dabei, dass dieses Argument dann auch auf die Werttheorie angewendet gelten muss. Also hilft Popper hier gar nicht weiter. Außerdem, wenn die Quantitätstheorie des Geldes gar keine Theorie ist³³ sondern nur eine Tatsachenbeschreibung, dann hat seine Verneinung dieser Theorie kein Fundament mehr.

Einsichtig ist sofort sein Hinweis auf die Marktwirtschaft als kybernetisches System. Diese kommt nicht nur mit Steuerungsgröße „Ist“ aus, sondern benötigt auch die Steuerungsgröße „Soll“. Wenn Gesell die Werttheorie – hier in Übereinstimmung mit Wissenschaftlern seiner Zeit - verworfen hat (Ich habe dazu aus der Geschichte der Volkswirtschaftslehre zitiert.), dann hatte er als Kaufmann bestimmt noch die Kostenrechnung (als Nachfolger der Werttheorie) im Kopf gehabt.

Das, was Walker in Bezug auf die Werttheorie und die Warenwährung sagt, ist in sich stimmig und ich habe keine Einwendungen zu machen. Die Frage ist nur, welche Elemente müssen und können auf eine Währung übertragen werden, die eine künstliche ist und nicht durch die Wertschöpfung der Arbeit entsteht, aber die Wertschöpfung in gerechter Weise austauschfähig macht. Walkers Forderung, dass keiner zu Geld kommen darf, der nicht vorher dem Markt entsprechende Werte hinzugefügt hat, halte ich auch für richtig und ist auf der Ebene der produzierenden und konsumierenden Wirtschaftsteilnehmer – einschließlich der Geschäftsbanken auch – von kriminellen Fällen absehbar - realisierbar, weil jeder der Beteiligten darauf achtet, dass er zu seinem Recht kommt.^{34 35} Aber wie sieht das auf der Ebene zwischen Notenbanken und der Wirtschaft einschließlich Geschäftsbanken aus? Walkers Vorschlag den Warenwechsel für die Geldschöpfung durch die Notenbank zu nutzen, ist ja eine bewährte Technik und für die Justierung der Geldmenge auch brauchbar. Was ist aber zum Beispiel, wenn eine Währung gestartet werden soll und es erst einmal um die Grundausstattung geht. Diese Hauptsumme des für das System notwendige Geld kann doch nicht für alle aufgrund von Wechseleinreichungen ausgegeben werden. Auch schon deshalb nicht, weil der Warenwechsel in einem bestimmten Funktionszusammenhang von Wirtschaftsteilnehmern entsteht und vergeht, der nicht für alle zutrifft. Walkers Hinweis, dass er im Zusammenhang seines Themas nicht auf die Giralgeldschöpfung durch die Banken eingeht, weil sie - wenn sie vorkommt – kein Thema der Volkswirtschaft wäre, sondern ein Fall für die Staatsanwälte,

33 Ich habe Elimar Rosenbohm wohl schon als Quelle dieser Einsicht – die auch die meine ist – genannt.

34 Übertragungen durch den Steuerstaat und private Schenkungen sind natürlich möglich.

35 Dass die Zinslast, die in den Preisen für alle Güter steckt, von der großen Mehrheit nicht gesehen wird, ist ein gesondertes Problem.

teile ich ohne Einschränkungen. Ich meine auch, hier kann die Arbeitswerttheorie zu klaren Einsichten verhelfen.

Bedingungen für digitales Geld

Geldreformern steht es sicher gut zu Gesicht, wenn sie sich um das Ist, das heißt um den Status der aktuellen Notenbank, um ihre Instrumente und ihre Aktionen – kümmern. Ihr Einfluss wird aber nicht reichen eine Änderung EZB und den angeschlossenen nationalen Notenbanken in den Bereichen Status, Instrumente und Aktionen herbeizuführen. Die meisten Bürger werden schon vor der Aufgabenanhäufung und komplizierten Verfahrensbeschreibungen der EZB und Bundesbank kapitulieren. Lohnender erscheint mir zu sein, einem breiten Publikum verständlich das Soll einer Notenbank der Zukunft in ihrer Einfachheit zu beschreiben, so dass die Mehrheit der Menschen eines Währungsgebietes, die sich der Demokratie verpflichtet fühlt, die Währungsordnung und ihre Prinzipien auch verstehen kann. Und diese Beschreibung einer funktionierenden Zentralbank (Synonym für Notenbank) muss mit einer Streichliste von Instrumenten und Tätigkeiten für die bestehende Zentralbank beginnen. Da die Aufnahme neuer Gedanken dadurch erschwert wird, dass alte Gedanken ihren Platz behaupten, sollten die dadurch leicht entstehenden Hemmnisse für eine unvoreingenommene anderer als gewohnte Gedanken dadurch vermieden werden, dass neue oder anderer Gedanken erst einmal nur als Arbeitsthesen aufgefasst werden.

Die Streichliste für die heutige Notenbank:

a) Die Zentralbank hat sich vom Devisenmarkt fernzuhalten und keine Devisen im Depot und kein Devisenkonto bei anderen Notenbanken oder Geschäftsbanken zu unterhalten.
Begründung: Eine Zentralbank kann entweder den Binnenwert einer Währung oder ihren Außenwert (Kurs der eigenen Währung im Verhältnis zu anderen Währungen) stabil halten. Der Vorrang der Stabilität gehört eindeutig dem Binnenwert einer Währung (der Preisniveaustabilität). Schon die Möglichkeit, dass eine Zentralbank glättend oder den Kurs stützend in den Devisenmarkt eingreifen könnte, ist ein Grund für die Devisenspekulation. Außerdem vermehrt eine Zentralbank durch den Ankauf von Devisen die Geldmenge der Eigenwährung, um eine inflationäre Wirkung zu vermeiden, muss sie dann wieder an anderer Stelle die Eigenwährung reduzieren, was ohne Eingriffe in legitime Ansprüche an den Markt nicht möglich ist. Außerdem sind Devisen Geld anderer Währungen, also Ansprüche an den Markt

für den sie geschaffen wurden. Eine Devisenhaltung in konkreter Form – also nicht nur als Forderung –, ist eine Hortung, die für den Geldkreislauf des ausländischen Marktes eine Störung ist.

b) Die Zentralbank hat die Goldreserve durch sukzessiven Verkauf auf Null herunterzufahren und den Erlös an den Finanzminister zur Schuldentilgung des Staates zu überweisen.

Begründung: Die Stabilität der eigenen Währung wird nicht durch eine Deckung oder Teildeckung mit Gold erreicht, sondern dadurch, dass die umlaufende Geldmenge im Gleichgewicht mit den Gütern, die im Markt sind, gehalten wird. Die Verwahrung und der Handel mit Gold ist kostenträchtig und bläht unnötig das Personal der Zentralbank auf.

c) Das Instrument der Mindestreserve wird aufgelöst.

Begründung: Die Mindestreserve ist ursprünglich als eine Liquiditätsreserve der Geschäftsbanken eingeführt worden und wurde erst später als Instrument der Geldmengenregulierung umgedeutet und mit Gesetzeskraft missbraucht. Hier spielt wieder die Vorstellung eine Bedeutung, dass die Geschäftsbanken Geld / Kredit schöpfen können. Und diese Kreditschöpfung könnte man mit der Mindestreservepflicht begrenzen. In Wirklichkeit werden dadurch legitime Ansprüche an den Markt lahm gelegt und durch illegitime Ansprüche, die die Notenbank über die Geschäftsbanken in den Markt einspeist, kompensiert. Das ganze Verfahren verteuert den Kredit und die Kosten haben die Schuldner zu tragen. Für die ausreichende Liquidität haben die Geschäftsbanken selber zu sorgen.

Zur Mindestreserve siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mindestreserve>

d) Bankenaufsicht: Die eingeführte Aufsicht der Geschäftsbanken durch die EZB sind zurückzunehmen. Die Aufsicht wäre ja nur dann gerechtfertigt, wenn die Geschäftsbanken in den Arbeitsbereich der Zentralbank hineinwirken könnte. Zu solch einer Begründung kann nur die Kreditschöpfungstheorie der Geschäftsbanken herangezogen werden. Diese Theorie ist aber bestenfalls eine optische Täuschung in Wirklichkeit ein Gedankenspinst. Die Gefahr besteht, dass Fehler der Zentralbank auf Kosten der Geschäftsbanken ausgeglichen werden sollen. Für die Zentralbank muss selber einem Kontrollgremium durch die beteiligten Parlamente gebildet werden. Die Schwierigkeiten, die wir mit den Geschäftsbanken haben, sind zum Teil durch das Wirrwarr, das in der Währungstheorie herrscht, begründet, zum Teil darin, dass die Zentralbanken mit falschen Mitteln versuchen, Konjunkturpolitik zu betreiben

und weil die Gesetzgeber den Banken erlaubt haben, bei den Wertpapieren Mogelpackungen zu verkaufen. Die Aufsicht der Geschäftsbanken muss getrennt durch die Innenrevision, durch die Verbandsrevision und durch eine national oder europäisch organisierte sachlich begründete Revision so erfolgen, dass sie nicht durch eine Kostenspirale die kleineren Banken erwürgt. Eine höhere Eigenkapitalquote kann auch dadurch gebildet werden, dass den Einlegern von langfristigen Geldanlagen eine befristete, haftende Einlage zu einem höheren Zins (mit oder ohne Stimmrecht) in das Eigenkapital angeboten wird.

e) Die Offenmarktpolitik ist soweit einzuschränken, dass kein Verdacht entstehen kann - wie zur Zeit -, dass sie von der EZB zur euro-vertraglich verbotenen Staatsfinanzierung missbraucht wird.

Die Begründung liegt in der Begründung des Verbotes der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank.

f) Die EZB und die beteiligten nationalen Notenbanken haben keine Hausbanken der nationalen Regierungen zu sein.

Begründung: Es besteht dafür keine Notwendigkeit. Die Nationalstaaten und auch ihre Zusammenschlüsse auf EU-Ebene können ihre eigene Bank gründen oder sich der vorhandenen Geschäftsbanken bedienen. Die Zentralbank soll wegen der Transparenz für alle interessierten Bürger und den demokratischen Institutionen schmal und durchsichtig aufgestellt werden. Auch gilt es mögliche Loyalitätskonflikte des Personals aufgrund von Verpflichtungen gegenüber der Zentralbank und der eigenen Regierung zu vermeiden.

g) Rückkauf von zu viel emittierten Geld, das noch nicht inflationär wirkt, weil es gehortet wird, durch Verkauf von Reserven. Sofern der Marktwert der gekauften – nicht der beliebigen - Wertpapiere zwischenzeitlich sinkt, wird das nicht ohne Verluste möglich sein.

Begründung: Wenn eine wirkliche Geld- und Währungsreform – die keine Enteignung der Bürger ist – gestartet werden soll, dann soll sie nicht gleich durch Altlasten behindert werden.

h) Widerrufung des Prägerechtes für Münzen durch die Finanzminister (Regierungen) und Vereinigung mit dem Druckrecht für Noten der Zentralbank. Beschränkung der Münzen evtl. auf Münzen ab 100 oder 50 Cent abwärts.

Begründung: Es ist unlogisch das Prägerecht für Münzen und das Druckrecht für Banknoten zu spalten. Die Bewahrung der Tradition ergibt hier keinen Sinn. Die Mengenkontrolle der Zentralbank wird dadurch erleichtert. Da die Umlaufsicherung der Münzen schwerer zu gestalten ist als die der Scheine, ist eine Reduzierung der Münzeinheiten sinnvoll.

Die gleichen Elemente von digitalem und gedrucktem Geld

a) Die Menge des emittierten Geldes wird so begrenzt, dass sie wertmäßig ein Gleichgewicht bildet mit den Gütern, die im Markt sind.

b) Keiner außerhalb der Zentralbank, kann die Menge des Geldes verändern.

c) Das Geld muss kontinuierlich umlaufen, damit es nicht gehortet werden kann, erhält es eine Umlaufsicherung. Bei der Ausgestaltung der Umlaufsicherung ist darauf zu achten, dass leicht praktikierbar und kostengünstig ist.

d) Die Umlaufsicherung hebt die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes auf, die ein Widerspruch zur Tausch- und Zahlfunktion des Geldes ist. Sie sorgt dafür, dass die Zentralbank die wirksame Geldmenge kontrollieren kann und dadurch die Preisniveaustabilität garantieren kann. Die weitere Wirkung ist, dass das Einkommen wieder voll zur Nachfrage wird. Dadurch wird die Vollbeschäftigung auch bei Stillstand oder gar rückläufigem Wachstum gesichert. Durch die ständige Kapitalbildung wird sich der Zins aufgrund der Marktkräfte auf einem niedrigen Stand einpendeln, wodurch die primäre, vom Markt gestützte Einkommensverteilung verbessert wird. Zum ersten Mal wird die Marktwirtschaft als System des dezentralen Austausches von Leistungen ohne Abgabezwang an das Kapital möglich. Die Umlaufsicherung des Geldes wird sich automatisch auf das Giralgeld (auf die Forderungen auf Geld) übertragen, weil die Banken nicht die Kosten, die die Umlaufsicherung verursacht, bei der Einzahlung / Überweisung zu Gunsten des Kundenkontos übernehmen werden. Die Kunden werden dadurch veranlasst, ihre Bestände auf den Girokonten möglichst gering zu halten und Bestände mit längerfristigen Bindungszeiten wählen. Die Wirkungen von Angebot und Nachfrage bleiben voll erhalten. Das Horten wird eingedämmt, aber das Sparen ist weiter möglich.

e) Die Zentralbank wählt für die Geldemission das Verfahren, das am wenigsten Vermögensübertragungen ohne Gegenleistung ermöglicht. Merksatz: *Keiner darf zu Geld kommen, der*

nicht vorher dem Markt Güter im gleichen Wert hinzugefügt hat. Mit ihren Zinssätzen bleibt sie immer über den Marktzzinssätzen, damit zuerst das schon emittierte Geld genutzt wird und die Umlaufsicherung eine zusätzliche Unterstützung erhält.

Unterschiedliche Träger von bedrucktem und digitalen Geld

Das gedruckte Geld benötigt einen Träger, der sich bedrucken lässt. Das ist in der Regel ein geeignetes Papier. Das digitale Geld erfordert ein Geldkonto und zwar für jeden Bürger. Das Konto kann nicht um einen Cent überzogen werden. Das Konto ist dann ein Zentralbankkonto. Eine Alternative dazu ist, dass die Geschäftsbanken verpflichtet werden, für jeden unmündigen, wie mündigen Bürger (einmalig und nur bei einer Bank) ein Zentralbank-Treuhandkonto einzurichten, für das die Bank kein Pfändungsrecht erhält und für das keine Verzinsung vorgesehen wird. Die Kosten dieser Treuhandkonten gehen dann zu Lasten der Zentralbank, die diese aus den Gebühren, die sie durch die Umlaufsicherung einnimmt, finanziert. Ansonsten sind die Einnahmen aus den Gebühren, die durch die Umlaufsicherung entstehen, kein Finanzierungs- sondern ein Zweckmittel und muss in seiner Höhe an den Zweck ausgerichtet werden.

Über das digitale Geld nach kann entsprechend den Vorgaben im Gesetz in bekannten Formen der Übertragung verfügt werden. Zur Verfügung stehen der Scheck, die Überweisung, das Einzugsverfahren, die Scheckkarte. Es ist zu erwarten, dass für Geschenke etc. der Scheck in Papierform ein neues Leben erfährt.

Das digitale Geld mit den Geldkonten hebt nicht die Girokonten / den Bankkontokorrent auf. Kurzfristige Einlagen und Überziehungskredite werden hier weiter laufen, wenn die Zahl der Konten auch schrumpfen mag. (Wenn die Vorstellung – man könne einfach das Giralgeld zu einem digitalen Geld machen – realisiert würde, gäbe es eine große Überraschung, denn das Giralgeld ist in seiner Existenz an das Vorhandensein des geprägten und gedruckten Geldes gekoppelt. Da dem Giralgeld (eine Forderung auf Geld) eine wesentliche Eigenschaft von Geld fehlt – und das ist seine volumenmäßige Begrenzung – kann es nicht einfach zu einem digitalem Geld umfunktioniert werden.

6. Hat sich Gesell zu negativen Zinsen geäußert?

Quellen, die ich erschlossen habe mit dem Stichwort *negative Zinsen* mittels der Suchfunktion innerhalb der PDF-Dateien auf der CD mit den gesammelten Werken von Gesell:

CD GW SG Quelle 1:

Aus Silvio Gesell, Gesammelte Werke Band 4:

Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform, Feb. 1906

Einleitung des Vorwortes

Vorwort

Ich weiß es wohl, und niemand braucht es mir zu sagen: Der Titel dieses Buches klingt abschreckend prahlerisch, wenigstens in Anbetracht des heutigen Zustandes in der Volkswirtschafts-Wissenschaft, denn, wenn die vorliegende Schrift das alles einlösen soll, was ihr Titel explizit und implizit verspricht, so muß sie die Lösung geben für alle Hauptfragen der nationalökonomischen Wissenschaft. Und das scheint doch viel zu sein für ein Buch von so bescheidenem Preis und Umfang, dazu noch aus der Feder eines unbekanntes obskuren Bäuerleins. Denn dieser Probleme sind gar viele; so – um nur einige zu nennen – das Zinsproblem, das Wertproblem, das Lohnproblem, das Papiergeldproblem usw. ... (S. 14)

Nennung von negative Zinsen in Kapitel 9 „Finanzen der Bodenreform“, Seite 64

Ferner wird, und darin liegt die Glanzleistung der Geldreform, sobald die Grundsätze der Geldreform zu internationaler Anerkennung gelangt sein werden, der Zinsfuß nach und nach fallen und sogar die Möglichkeit gegeben sein, daß der Zins auf Null, ja sogar unter Null (negativer Zins) fallen wird (S. 64)

oooooooooooooooooooooooooooo

S.G. Gesammelte Werke Bd. 6, Quelle 2:

Die Lehre vom Zins nach der Zerstörung des Wertglaubens

Ihr wußtet nicht, wo ihr das Kapital fassen solltet und standet vor ihm, wie eine nach Blut dürstende Meute vor einem Stachelschwein.
Proudhon.

Kapitel *Der Urzins*

Die Frage „Woher der Zins kommt“ beantworten wir also vorerst mit den für alle Wertgläubigen sicherlich höchst naiv klingenden Worten: Weil das Angebot kleiner als die Nachfrage ist. Selbstverständlich, denn wäre umgekehrt das Angebot größer als die Nachfrage, gäbe es mehr Häuser als Mieter, mehr Fabriken als Arbeiter, so müßte der Geber dem Nehmer Zins zahlen. Wir hätten dann **negativen Zins**.

Das Wort „negativ“ spielt hier die gleiche Rolle wie in der Elektrizität, wo man die Elektrizität des negativen Pols auch nicht negieren will. Negativer Zins wäre also der positive Zins, den der Nehmer vom Geber dafür erhebt, daß er die Verlegenheiten, auf die die Geber bei der Verleihung ihrer Habe stoßen, für sich ausbeutet; wie umgekehrt die Geber die Lage ausbeuten, wenn sie den Nehmern gegenüber im Vorteil sind. Wenn z. B. konkurrierende Kartoffelverleiher mit zusammen 100 Tonnen konkurrierenden Kartoffelborgern mit einem Bedarf von zusammen nur 50 Tonnen gegenüberstehen, so ist unter Berücksichtigung der Natur des hier zu verleihenden „Kapitals“ anzunehmen, daß die Borger die Saatkartoffeln von einem Frühling zum anderen weit unter „pari“ angeboten erhalten, daß also die Borger von den Leihern Zins erheben können. Ein Fall, der nebenbei gesagt, unter der Herrschaft des Geldes undenkbar ist, wohl aber als Begleiterscheinung des Tauschhandels sich vorstellen läßt.

Aber diese Frage ist für alle Wertleugner derart selbstverständlich, daß sie überhaupt nicht mehr gestellt wird. Das Grundgesetz der Wertleugner beantwortet schon diese Frage zur Genüge.

Darum lautet auch die Ausgangsfrage überhaupt nicht mehr „Woher der Zins kommt“, sondern: Warum hinkt das Angebot von Kapital seit historischen Zeiten immer und ausnahmslos derart hinter der Nachfrage einher, daß die Geber von den Nehmern einen Zins verlangen können? Mit anderen Worten: Warum gibt es regelmäßig mehr Mieter als Wohnungen, mehr Arbeiter als Fabriken, mehr Geldborger als Geldverleiher? (S. 197 f.)

oooooooooooooooooooooooooooo

SG. GW. Bd. 9 Quelle 3:

Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld

2. Auflage von: „Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ und von „Die Neue Lehre vom Geld und Zins“

Das Wort „negativ“ spielt hier die gleiche Rolle wie in der Elektrizität, wo man die Elektrizität des negativen Pols auch nicht negieren will. **Negativer Zins** wäre also der positive Zins, den der *Nehmer* vom *Geber* dafür erhebt, daß er die Verlegenheiten, auf die die Geber bei der Verleihung ihrer Habe stoßen, für sich ausbeutet; wie umgekehrt die Geber die Lage ausbeuten, wenn sie den Nehmern gegenüber im Vorteil sind. Wenn z. B. konkurrierende Kartoffelverleiher mit zusammen 100 Tonnen konkurrierenden Kartoffelborgern mit einem Bedarf von zusammen nur 50 Tonnen gegenüberstehen, so ist unter Berücksichtigung der Natur des hier zu verleihenden „Kapitals“ anzunehmen, daß die Borger die Saatkartoffeln von einem Frühling zum anderen weit unter „pari“ angeboten erhalten, daß also die Borger von den [Ver-] Leihern Zins erheben können. Ein Fall, der nebenbei gesagt, unter der Herrschaft des Geldes undenkbar ist, wohl aber als Begleiterscheinung des Tauschhan-

dels sich vorstellen läßt. Daß die Reichsbank von ihren Passiva (Banknoten) jährlich mehrere hundert Millionen an Zinsen einnimmt, wäre ein Beispiel negativen Zinses, wenn die Noten, wie die Reichsbank behauptet, wirklich Schulden wären. Sie sind es nur nicht. (S. 353)

oooooooooooooooooooo

7. Eine Stellungnahme von Gesell zu einer Kritik der NWO

(Dies ist keine Frage! Kritik von Rezensionen als mein Verbindungsglied zwischen S.G. und Wilhelm Nölling)

Hier kommt der Begriff negativer Zins auch vor, aber nicht in einem Text von Gesell, sondern in einem Beitrag des Rezensenten, Prof. E. Lederers. Wenn ich hier nicht nur den betreffenden Satz wiedergebe, sondern das ganze Vorwort von Gesell, in dem er die Rezension von Prof. Lederer eingebaut hat, dann geht das über mein eigentliches Thema hinaus.

Ich habe schon über Prof. Dr. Wilhelm Nölling berichtet. Er hat über den Zweiten Bildungsweg an der Akademie für Wirtschaftspolitik studiert, hinterher ein Vollstudium abgeschlossen (auch in den USA), promoviert und wurde dann nach seinen Rollen als Bundestagsabgeordneter, Senator in Hamburg und als Landeszentralbankpräsident Professor für Ökonomie an der Universität in Hamburg. (Die genaue Reihenfolge ist hier nachzulesen: https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_N%C3%B6lling) Er war auch mit Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty Kläger gegen den Euro vor dem Bundesverfassungsgericht („Die Euro-Klage / Warum die Währungsunion scheitern muß“, 1998) Ich habe Prof. Nölling 1966 kennen gelernt, als er Assistent der Professoren Georg Hummel und Bruno Molitor wurde. Ich habe ihn danach wiedergesehen in der 18. Folge der Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1995.

(<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/bisherige-tagungen/id-1991-1995.html>)

Dazwischen und danach habe ich ihm gelegentlich Texte von mir zugeschickt. Vermutlich auch: GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK.

(<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>)

Prof. Nölling, der rund zwei Monate älter ist als ich, rief vor einiger Zeit an und sagte, dass er am Aufräumen in seinen Unterlagen wäre (Wozu ich immer noch nicht gekommen bin.) und da mein Name mit A beginnt, seien ihm gleich am Anfang Texte von mir in die Hände gekommen. Ob noch etwas danach gekommen wäre, wollte er wissen. Ich habe ihm dann

meinen Text „Wir müssen die Freiheit zu Ende denken, damit der Wohlstand und die Sicherheit für alle möglich wird“ zugesandt.

(<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/144.0.Freiheit.zu.Ende.denken.Offener.Brief.Steingart.pdf>)

Ich erhielt dann von ihm als Gegengabe seine Schrift „Nachklang zum Anker-Buch / Kritische Anmerkungen zu Rezensionen und zum Heissgelaufenen Kapitalismus“. Daraus erfuhr ich, dass Wilhelm Nölling in dem dreibändigen Werk „Wie viele Anker braucht der Mensch?“ seine Politik- und Lebenserfahrungen niedergeschrieben hat.

(Siehe: <http://www.amazon.de/viele-Anker-braucht-Mensch-Bde/dp/3981153006>)

Eine Rezension hat ihm wohl Kummer bereitet, so dass er das Thema „Rezensionen“ in der genannten Schrift aufgegriffen hat. Als ich danach Gesells Klage über seine Rezensenten las, dachte ich mir, dass der Kummer von Autoren im Zeitablauf nicht geringer geworden ist und sich hier eine Gelegenheit böte, Gesells Kummer mit Rezensenten vorzustellen.

Heute kam die Ausgabe 3/2016 der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“ mit der Post. Ein Autor ist Prof. Dr. Thomas Hut, auch er ist über die Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg gestartet und hat seine ersten Sporen in der Bundesbank erworben. Und der rebellische Autor Klaus Schmitt („Silvio Gesell 'Marx' der Anarchisten?) war Absolvent der AWP, als sie noch Akademie für Gemeinwirtschaft hieß.

GW SG Quelle 4

BAND 11 • 1920

Die Natürliche Wirtschaftsordnung
durch Freiland und Freigeld
4. letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage
SG GW Bd. 11
[425] Vorwort zur 6. Auflage 397

Vorwort zur 6. Auflage

Das Stadium des Totschweigens, von dem noch im Vorwort zur 5. Auflage die Rede war, ist jetzt überwunden. Es liegen jetzt schon viele Kritiken vor, mehrere in Gestalt starker Broschüren. Und kaum ein Tag vergeht, daß nicht in Zeitungen und Zeitschriften aller Richtungen Abhandlungen über das Freigeld erscheinen. Der Druck von "unten" macht sich bemerkbar. Jedoch die meisten dieser Abhandlungen verraten immer noch einen erschreckenden Mangel an Vorbildung, ganz besonders dann, wenn sie von Akademikern herrühren. Sie liefern den Beweis, daß den deutschen Akademikern die Währungsfrage ein völlig fremdes Gebiet geblieben ist und daß überhaupt die Akademie, die staatlich subventionierte Universität, nicht der Ort ist, wo wissenschaftliche Fragen, die mit so starkem politischen Beigeschmack behaftet sind, förderlich behandelt werden können. Die Tatsache, daß heute, wo die Währungsfrage zum allgemeinen Gesprächsgegenstand geworden ist und alle nach Hilfe schreien und Aufklärung verlangen, die Akademiker sich ins Mauselloch verkrochen haben, und daß die Regierung sich an ausländische "Sachverständige" wendet, beweist, daß es eine akademische Wissenschaft auf diesem Gebiet in Deutschland nicht gibt. Je eher wir uns überzeugen, daß es so ist und dann auf alle Hilfe von dort einfach verzichten, um so besser wird es sein. Denn dann werden wir einsehen, daß die Währungsfrage vom ganzen Volk studiert werden muß und daß es in einer Demokratie nicht angeht, daß das Volk sich in lebenswichtigen Fragen auf das Urteil von einigen Männern verläßt, namentlich dann nicht, wenn es sich, wie in diesem Falle, um eine hochpoliti-

sche Angelegenheit handelt und man immer mit der Möglichkeit rechnen muß, daß das Urteil der "Sachverständigen" durch Privatinteressen getrübt wird. In einer Autokratie genügt es, wenn ein Mann die Währungsfrage studiert. In der Demokratie muß das ganze Volk sich dieser Aufgabe unterziehen, wenn die Demokratie nicht den Demagogen verfallen soll. Zur Stütze des eben Gesagten will ich hier eine "Kritik" des Heidelberger Universitätsprofessors E. Lederer im Wortlaut folgen lassen, die unter dem Titel "Die Motive des Freigeldes" durch die ganze sozialistische und gewerkschaftliche Presse gegangen ist. Allem Anschein nach wurde sie von der sozialdemokratischen Parteileitung zur Bekämpfung eines "Konkurrenten" bestellt, wobei die Umstände darauf hindeuten, daß die Parteileitung weniger auf den Inhalt der Kritik als auf den Titel des Universitätsprofessors spekulierte, da Lederer in der Währungsliteratur eine völlig unbekannte Größe ist und die Sozialdemokraten gewiß keinen schlechter vorbereiteten Mann für ein fachmännisches Urteil über das Freigeld hätten aufreiben können. Oder halten etwa die Sozialdemokraten solchen Universitätsprofessor für einen Mann, der alles wissen muß?

Die Kritik Prof. E. Lederers, abgedruckt in "Der Freie Angestellte" Nr. 10/1922, lautet:

In Zeiten des zerrütteten Geldwesens treten erfahrungsgemäß immer wieder Projekte in den Vordergrund der Erörterung, welche darauf abzielen, alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeit durch eine Änderung des Geldmechanismus zu beheben. In normalen Zeiten erregen solche Vorschläge geringe Beachtung, weil zu deutlich die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Lage von der Produktion und ihren Ergebnissen in Erscheinung tritt. In Zeiten eines rasch schwankenden Geldwertes hingegen treten überraschende Gewinne und Verluste ein, ohne daß die Gewinnenden oder Leidtragenden durch vermehrte oder verminderte Gütererzeugung diese Veränderung ihrer Lage hervorgerufen hätten. Diese Erscheinungen sind uns heute so vertraut, daß sie nicht weiter beschrieben zu werden brauchen. In solchen Zeiten erscheint das Geld als eine dämonische Kraft, welche anscheinend die Gesetze der Produktion und Verteilung verändern kann. Was liegt näher als der Gedanke, sich dieser Kraft zu bedienen, um alle inneren Schwierigkeiten der kapitalistischen Produktion und des Marktmechanismus aufzulösen und die restlose Befriedigung aller berechtigten Bedürfnisse zu gewährleisten.

Der Gedanke, den Mechanismus des Geldwesens zu ändern, taucht ferner besonders leicht in Zeiten der Absatzstockung auf. In solchen ist ja scheinbar für den Industriellen und den Arbeiter die größte Schwierigkeit, seine Ware zu Geld zu machen und dadurch wieder neu produzieren zu können. Gleichzeitig ist aber Geld in den Banken, bei den Kapitalisten vorhanden, und es wird daher aus einer oberflächlichen Betrachtung der Gedanke geboren, die Zirkulation der Waren und damit zugleich die Verbesserung der Marktlage durch eine Veränderung des Geldwesens zu erreichen.

Solche Pläne sind sehr alt und schon die Tauschbank von Proudhon geht ja auf eine ähnliche Erwägung zurück. Durch diese Mittel – wie die Tauschbank oder das Arbeitsgeld oder ähnliches – soll der Absatz aller Produkte und damit immer wieder neue Produktion dauernd automatisch gewährleistet werden. Es ist nun erstaunlich, daß Vorschläge dieser Art, welche in den Zeiten der Krisen entstehen, gerade heute in Deutschland vertreten werden, welches infolge der Valutaentwertung nicht gerade an Absatzstockungen leidet. Aber es wäre nicht das erstemal, daß Utopisten ihre Ideen durch dick und dünn vertreten, auch dann, wenn gerade die Zeiten und die ökonomischen Umstände das Gegenteil der von ihnen verlangten Maßnahmen fordern. So steht es auch mit der Idee Freigeld, welche leider – wie es scheint – in weiten Kreisen der Angestellten und Arbeiter Anhänger gewonnen hat und seinerzeit überraschenderweise sogar von der Münchener Räteregierung aufgenommen worden war. Daß diese Gedankengänge in bürgerlich orientierten Kreisen der Arbeitnehmer Anklang finden, kann wenig verwundern, weil diese, ohne eine feste wirtschaftspolitische Linie, die Lehren der ökonomischen Theorie verachtend, solchen Utopien leichter zum Opfer fallen, während die theoretisch-ökonomische Betrachtung, auf welche der wissenschaftliche Sozialismus fußt, unschwer die Sinnlosigkeit solcher Vorschläge erkennen läßt.

Der Grundgedanke der Vorschläge von Silvio Gesell – Anmerkung der Schriftleitung: mit denen der Gewerkschaftsbund der Angestellten liebäugelt – beruht bekanntlich darauf, daß das Geld in seiner Kaufkraft im Laufe der Zeit einbüßen soll, so daß der Besitzer eines 100-Mark-Scheines an diesem Papier etwa im Laufe eines Jahres 5 – 6 Mark einbüßt und dasselbe, wenn er es ein Jahr im Portefeuille trägt, nur mit 94 oder 95 in Zahlung geben kann. Der Zweck des Vorschlages beruht offensichtlich darin, den Besitzer von Papiergeld zu veranlassen, sein Zahlungsmittel möglichst bald wieder auszugeben, sei es für Waren oder als Kapitalanlage (es muß hervorgehoben werden, daß dieser

Vorschlag nur auf Papiergeld Anwendung finden kann, weil ein goldenes Zwanzigmarkstück eben immer ein Zwanzigmarkstück bleibt. Daraus ergibt sich schon, daß die Vorschläge, soweit sie vor dem Kriege vertreten wurden, damals den Übergang zu einer Papierwährung in sich schlossen).

Wenn wir diesen Vorschlag von Gesell in den Ausdrücken der ökonomischen Theorie kennzeichnen wollen, so müssen wir sagen, daß das Kapital, soweit es Geldform hat, einen **negativen Zins** tragen soll.

Es sei hier nicht versucht, die technischen Unmöglichkeiten dieses Vorschlages darzulegen – es seien nur seine ökonomischen Wirkungen betrachtet. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre zunächst die, daß jeder Besitzer von Geldzeichen trachtet, diese möglichst bald in Waren umzusetzen. Das geschah aber auch schon vor dem Kriege: die überwiegende Masse von Geld befindet sich in den Händen der Lohnempfänger, welche diese innerhalb der Lohnperiode ausgeben, also meist nur wenige Tage in der Tasche tragen. Die Kapitalisten, Landbesitzer usw. verfügen gleichfalls über geringe Kassenbestände und lassen das überflüssige Geld, welches sie für Konsumgüter nicht benötigen, in ihrem Unternehmen selbst oder in den Sammelstellen für Geld, in den Banken, für sich arbeiten. Aber auch in den Unternehmungen und in den Banken wird das Geld nicht in größeren Mengen angehäuft und aufgehortet, sondern zum Ankauf von Produktionsmitteln, Bezahlung von Löhnen usw. verwendet.

Jeder ABC-Schüler der Volkswirtschaft weiß, daß die entwickelte kapitalistische Verkehrswirtschaft mit erstaunlich geringen Mengen von Geldzeichen das Auslangen findet, weil große Wertübertragungen ohne Zuhilfenahme von Geld zustandekommen und das Geld selbst eine große Umlaufgeschwindigkeit hat. Auch bedarf es eines solchen negativen Zinses nicht, um den Besitzer von Geldzeichen zur Anlage seines Geldes zu veranlassen, denn da für Sparmittel Zins gezahlt wird, so hat er ja bereits einen effektiven Verlust, wenn er das Geld hortet. Der Vorschlag von Gesell erhöht nur diesen Verlust um einige Prozent. Selbst in normalen Zeiten bedeutet also der Vorschlag von Gesell keine wesentliche Änderung der in der Volkswirtschaft wirkenden Kräfte. In Zeiten der Absatzkrise bringt er keine Vorteile, denn in diesen hält sich der Käufer zurück, weil er mit dem weiteren Sinken der Preise rechnet. Soweit ihm der Ereignisse recht geben, wird ihn **ein kleiner negativer Zins** daran nicht hindern, mit dem Einkauf der Ware noch etwas zu warten, zumal er ja die Möglichkeit der zinsbringenden Anlage in der Zwischenzeit behält. Der Vorschlag des Freigeldes hätte nur insofern einen Sinn, als der Zins selbst in Frage gestellt oder abgeschafft werden könnte. Es ist aber nicht ersichtlich, wie das geschehen soll und überdies ist zu bemerken, daß im Rahmen einer freien, auf Privateigentum beruhenden Verkehrswirtschaft eine Abschaffung des Zinses nicht möglich ist, weil dadurch die Akkumulation des Kapitals, und das ist zugleich die Erweiterung der Produktionsmittelbasis, in Frage gestellt würde.

Völlig unerfindlich ist aber, welchen Zweck die Durchführung dieser Maßnahme gegenwärtig in Deutschland haben sollte: seit dem Jahre 1914 zeigt der Geldwert, von kleinen Rückschlägen abgesehen, eine stark sinkende Tendenz. Nach den Indexziffern der "Frankfurter Zeitung" haben sich z. B. die Preise vom Januar bis Dezember 1920 nach dem Index des Statistischen Reichsamts wie von 100 auf 182, d. h. um 82 Prozent, gesteigert, bis Dezember 1921 wie von 100 auf 275 (nach Calwer sogar auf nahezu 400). Diese Ziffern zeigen schon, daß der Umsatz von Geld in Ware durch die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst gegenwärtig mit einer geradezu enormen Prämie ausgestattet ist. Wer wird so unvernünftig sein, sein Geld, das ihm unter der Hand zerrinnt, zu horten, und wer wird, wenn er es doch tut, sich durch einen kleinen Verlust daran hindern lassen? Aufschätzung von Geld kommt höchstens als Form der Steuerhinterziehung in wirtschaftlich rückständigen, meist landwirtschaftlichen Betrieben in Betracht – diese würden sich auch durch einen – dem Vorschlag nach – mäßigen negativen Zins davon nicht abhalten lassen. Die wirtschaftliche Wirkung einer solchen Hortung ist, wenn man von Steuerhinterziehung absieht, keine ungünstige, denn die Hortung ist ja nichts anderes als ein zinsfreies Darlehen an das Reich.

Wenn wir zusammenfassen, so kann gesagt werden, daß die Einführung der Maßnahmen, welche Silvio Gesell vorschlägt, in das Wirtschaftsleben nur Verwirrung hineinbringen würde, ohne der Produktion neue Kräfte hinzuzuführen.

Prof.E. Lederer – Heidelberg.

Ich überlasse es dem Leser dieses Buches, die Frage zu beantworten, ob es möglich ist, über das Freigeld eine einfältigere Kritik zu schreiben, als sie hier von Lederer "verbrochen" wurde. Offenbar

kennt L. vom Freigeld nichts mehr als das Wort, das er irgendeinem Flugblatt entnommen hat. Aber noch offener ist, daß L. vom Geld und von der Währungsfrage überhaupt nicht die geringste Kenntnis hat.

Auf keinem höheren Niveau stehen die Kritiken, die die Professoren: Diehl, Furlan, Kellenberger, Gygax, Liefmann, Sieveking in der Schweizer "Zeitschrift für Schweizerische Statistik" veröffentlichten. Die Geschäftsstelle des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes veröffentlichte die Antwort auf diese Kritik in einer Broschüre, die durch den Freiland-Freigeld-Verlag in Bern und Berlin zu beziehen ist.

Im "Industriebeamten-Verlag" G.m.b.H., Berlin NW. 52, erschien neuerdings eine Broschüre: "Das Freigeld – eine Kritik" von Dr. Oskar Stillich, Dozent an der Humboldt-Hochschule, 80 S. Sie ist in der Zeitschrift des Freiwirtschaftsbundes: "Die Freiwirtschaft", eingehend besprochen worden. Bisher haben die an den Theorien der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" geübten Kritiken nicht die Notwendigkeit gezeigt, irgend etwas an diesen Theorien zu ändern. Diese Auflage ist darum auch ein unveränderter Nachdruck der vorangehenden. Da es sich im Grunde um ganz einfache und kontrollierbare Dinge handelt, so ist anzunehmen, daß auch in Zukunft am Grundsätzlichen nichts geändert zu werden braucht.

Silvio Gesell, Rehbrücke, den 20. Juni 1923

8. Zum Ausklang das Thema:

Ethisches Handeln und der Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes

Mein Text, so wie er vorliegt, war so nicht geplant. Die Leser, die beim Lesen durchgehalten haben, haben das auch schon mitbekommen. Ursprünglich hatte ich Zeitungs- und andere Meldungen gesammelt mit der Vorstellung, ich würde mich kommentierend an ihnen abarbeiten. Als dann alles anders lief, wie ich erwartet habe, habe ich die weiteren, mir aufgefallenen Artikel gar nicht mehr einkopiert oder eingescannt. Die Beiträge, die ich erfasst habe, lasse ich so stehen. Wer wissen will, was mich zu dem Schreiben motiviert hat, kann sie ja lesen.

Auf eine Meldung, die ich wie folgt gekennzeichnet habe „14)) HAZ 19. April 2016“ möchte ich doch noch eingehen. Es ist ein Interview von Dieter Wonka mit **Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes**, das am 19. April in der HAZ veröffentlicht wurde. Es sind **drei Aspekte**, auf die ich eingehen möchte:

a) Dieter Wonka fragt: „Sind Banker eher Opfer ihrer begehrlichen Kundschaft oder eher Täter?“ Und Fahrenschon antwortet:

„Es gibt sicher beides, aber das ist immer nur eine kleine Minderheit. Wir brauchen ethisch handelnde Menschen, aber auch institutionelle Sicherungen. Ich bin überzeugt, dass regionale Verankerung die Sparkassen vor derartigen Fehlentwicklungen schützt.“

Die Antwort finde ich unbefriedigend. Die großen Ausreißer bei der Befriedigung der „Gier“

mögen bei einer kleinen Minderheit angesiedelt sein. In der vom Kapitalismus verfälschten Marktwirtschaft heißt es aber generell: Fressen oder gefressen werden. Wer sich diesem Diktat nicht unterordnet, macht keine Karriere. Wenn ein Mensch ethisch handeln soll, dann hat das zur Voraussetzung, dass er weiß, wie ein unethisches Handeln in bestimmten Zusammenhängen aussieht. Wenn aber ein wirtschaftliches System in Teilen unethisch ist und darüber weder in der Schule, noch in der Ausbildung, noch im Studium oder in der innerbetrieblichen Kommunikation gesprochen wird, dann ist die Forderung nach ethischem Handeln Nonsens. Ich habe mich mit diesen Fragen abgeplagt, aber keinen Widerhall gefunden.

Siehe: Drei Fragen:

Sind Bankkaufleute Mörder?

Sind Banken Geldfälscherbanden?

Haben Bankkauffrauen und -männer eine falsche Ethik?

< Impuls-Papier zur Selbst-(Er-)Klärung eines Berufsstandes >

September 2006 www.tristan-abromeit.de Text 41.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.1%20Bankkaufleute%20Haupttext.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.2%20Ergaenzungstext%20Bankkaufleute.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.3%20Bankk.%20Anhang%20I.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.4%20Bankk.Anhang%20II%20a.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.5%20Bankk.Anhang%20II%20b%20ZfSOe-147.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.6%20Bankk.Anhang%20II%20c%20ZfSOe-149.pdf>

Und: Text 76.4 PAPIER ZUR PERSONALVERSAMMLUNG DER NORD LB

ABTEILUNG HANNOVER AM 6. 5. 1973 IM THEATER AM AEGI

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.4%20Personalversammlung%20NordLB%2073.pdf>

b) Georg Fahrenschon sagt: „Aber wer wegen fehlender Zinsen nicht mehr spart, dem fehlt im Alter beides: Zinsen und Sparkapital.“ Hier zeigt sich, dass nicht einmal der oberste Repräsentant des Sparkassenverbundes über die Verteilungswirkung des Zinses Bescheid weiß, sonst hätte er gesagt: „Je niedriger das Zinsniveau ist, je mehr kann die große Mehrheit der Sparer zurücklegen.“ Und dass der Zins nicht das eigentliche Motiv zum Sparen ist, habe ich weiter oben aus Quellen des Sparkassenverbandes belegt. Zur Verteilungswirkung des Zinses siehe unter: <http://www.helmut-creutz.de/grafiken.htm>

c) Aufmerksam auf das Interview bin ich durch die Überschrift geworden und die lautet: „Der Staat muss Anreize für die Altersvorsorge geben“. Wenn er gesagt hätte: „Der Staat darf die Bürger nicht so sehr plündern und muss dafür sorgen, dass er nicht vom kapitalistischen System (Ich sage nicht vom Arbeitgeber.) so stark geplündert wird, damit er aus seinem Arbeitsertrag genügen für das Alter auf die hohe Kante legen kann.“, dann hätte der Präsident sich meinen Respekt verdient. So wie der Satz jetzt dasteht, fordert aus meiner Sicht Fahrenschon für die Sparkassen nur eine weitere, den Umsatz fördernde Prämie. Es ist ein

altes Thema des Sparkassenverbandes. In der Deutschen Sparkassenzeitung vom 3. Februar 1976 ist in einem „Kasten“ auf der Titelseite ein Artikel mit der Überschrift „Sparförderung ist notwendig“ zu lesen. In der Ausgabe vom 13. Februar 1976 wird nachgelegt. Die Frage im Titel „Überflüssige Sparförderung?“ wird natürlich verneint. Ich habe aber damals schon gesagt, dass die Sparförderung Futter für die Bürokratie ist - besonders, wenn sie von einer Einkommenshöhe abhängig gemacht wird – und eine den Umsatz fördernde Maßnahme für die Banken, Bausparkassen und Lebensversicherungen, die die Sparer selbst bezahlen müssen. Es wird nämlich immer ausgeblendet, dass die Fördermittel den Sparern vorher per Steuern abgenommen werden. Wenn die Sparförderung wirklich eine positive Umverteilung der Vermögen bewirken würde, dann hätte unser Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel keinen Grund den nächsten Bundestagswahlkampf mit der Gerechtigkeitslücke zu führen. Wer wirklich eine andere Einkommens- und Vermögensverteilung will, muss bei den ökonomischen Renten und dem Zins ansetzen. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass man im Sparkassenverband die Zusammenhänge nicht sieht. Wo bleibt hier die Erfüllung der Forderung nach ethischen Handeln im Bankensektor?

9. Nachträge

In der HAZ vom 17. 05 2016 war zu lesen:

Neue Verfassungsklage gegen EZB-Geldpolitik

Professoren und Unternehmer warnen vor Risiken

Karlsruhe. Die umstrittenen Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) beschäftigen erneut das Bundesverfassungsgericht. Eine Gruppe von Hochschullehrern und Unternehmern habe in Karlsruhe eine Klage eingereicht, sagte der Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber von der TU Berlin der Deutschen Presse-Agentur.

Demnach geht es darum, ob die Währungshüter mit dem umfassenden Aufkauf von Staats- und demnächst auch Unternehmensanleihen ihr Mandat überschreiten und demokratische Grundrechte der Deutschen übergehen. Die EZB halte sich faktisch nicht an Regeln, werfen die Kläger der Notenbank vor. So lege die EZB immer neue Programme auf, die unkalkulierbare Risiken für die Bilanz der Bundesbank und damit auch den deutschen Steuerzahler zur Folge hätten. Das erklärte Ziel, dadurch die Inflation auf rund 2 Prozent zu erhöhen, sei lediglich ein Vorwand. Gegen die weitreichenden EZB-Maßnahmen in der Euro-Schuldenkrise sind beim Bundesverfassungsgericht bereits mehrere Klagen anhängig.

Im Handelsblatt Morning Briefing vom 18. 05. 2016 berichtet Garbor Steingart:

Rückendeckung für **Mario Draghi** kommt von seinem italienischen Nachfolger, dem **Gouverneur** der dortigen Notenbank, **Ignazio Visco**. Der verteidigt im Interview mit dem Handelsblatt die **Geldflutung der EZB** und deren Ankaufprogramm für **notleidende Staatsanleihen**. Eine Deflation sei „das Schlimmste, was uns passieren kann“. Sagt Visco. Und sagt auch Draghi. Oder wie eine alte italienische Spruchweisheit uns lehrt: "Una mano lava l'altra, e tutte e due lavano il viso." Eine Hand wäscht die andere, und alle beide waschen das Gesicht.

Das Bundesverfassungsgericht ist überfordert

Gemessen an der fehlenden Übereinstimmung der Aussagen der Wirtschaftswissenschaft gibt es unerforschte schwarze Löcher am Himmel der Wirtschaftswissenschaft oder anders benannt, weiße und graue Flächen auf der Landkarte der Volks- und Weltwirtschaftslehre. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Klärung nicht durch ein Urteil herbeiführen, sie ist mit der Klärung der anstehenden Fragen überfordert. Die Wirtschaftswissenschaften einfach mit zusätzlichen Fördermitteln in Höhe von 1, 10, 100 oder 1000 Millionen Euro zu fördern, löst nur einen Kampf um die Fördermittel aus. Die einzelnen „Fraktionen“ würden nur nach ihrer Stärke und ihrem Geschick die Mittel verteilen und weitermachen wie bisher. Der umgekehrte Weg erscheint mir erfolgreicher zu sein: Allen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und Fakultäten werden jegliche öffentlichen Mittel gestrichen und zwar wegen Nichterfüllung ihrer Aufgabe. Das wäre ein Schock, der unter den Wissenschaftlern die Spreu vom Weizen trennen und die nötigen Kräfte der Selbstbehauptung mobilisieren würde. Der Weg kann leider nicht beschritten werden, weil diejenigen, die darüber entscheiden müssten, Kinder des Geistes sind, der in dieser Wissenschaft herrscht. Eine Waffengleichheit zwischen der Freiwirtschaftsschule und den staatlich geförderten wird es nicht geben. Die Folge wird sein, dass der Terrorismus und die Fluchtbewegungen sich ausweiten werden.

Klärungsbedarf bei den Themen Parallelwährungen, Wechselkursen und bei dem Gresham´Gesetz

Bei diesen Themen müssen wir selber Klarheit schaffen, die meiner Wahrnehmung nicht besteht. In meinem Text „Alte Texte als neue Schätze entdecken! Gedanken für die Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste, vom 5.2. 1996 / Text 109.1“ habe ich darauf hingewiesen, dass der Verweis bei Parallelwährungen auf die Gültigkeit oder Wirkung des Gresham´schen Gesetzes zweifelhaft sei. Ich habe damals geschrieben:

Aber was hat das nun mit dem Gresham'schen Gesetz auf sich? Für mich war das immer ein dunkles Loch in der Ökonomie, dessen Boden ich nicht sehen konnte. Erst der Forschungsbericht Nr. 437 des Wirtschafts- und Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen, verfasst von Dr. Ingeborg Meyer vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität Köln mit dem Titel Geldwertbewußtsein und Münzpolitik - Das sogenannte Gresham'sche Gesetz im Lichte der Verhaltensforschung, versehen mit einem Geleitwort von Prof. Dr. G. Schmolders, hat mir den Boden dieses Loches erhellt. In dem Geleitwort schreibt Schmolders:
„Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit dem sogenannten GRESHAM'schen Gesetz, nach dem in seiner verbreitetsten Formulierung 'schlechtes Geld' das ' gute Geld'

aus dem Verkehr verdrängt; in Wirklichkeit handelt es sich um eine Aussage über das Verhalten der Menschen zum Gelde, insbesondere hinsichtlich der Unterscheidung zwischen 'gutem' und 'schlechtem' Gelde.

Das Anliegen der Arbeit ist es, am Beispiel dieses 'Gesetzes' die Nachteile einer solchen mechanistischen Formulierung zu zeigen, die recht wenig darüber aussagt, wie sich der einzelne Mensch oder die Mehrzahl von Menschen in einer konkreten Situation dem Gelde gegenüber verhalten.“ ...

Nach Meyer spricht man vom Gresham'schen Gesetz, weil im vorigen Jahrhundert „Henry Dunning Mac LEOD glaubte; in Sir Thomas GRESHAM denjenigen gefunden zu haben, der als erster die Zusammenhänge der Erscheinung erkannt habe, daß 'gutes' und 'schlechtes' Geld nicht gleichzeitig nebeneinander zirkulieren.“ (S.7)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/109.1.Alte%20Texte.pdf>

In Wirklichkeit gab es keinem Verdrängungswettbewerb, sondern die bessere Währung mit den Münzen mit den höheren Anteil an Gold oder Silber von den Kundigen zu Lasten der Unkundigen aus dem Verkehr gezogen und eingeschmolzen um mehr neue Münzen mit einer Legierung, die den Münzen der schlechteren Währung entsprach, prägen zu können. Im Grunde war das eine Geldfälscherei, die so mit einer Parallelwährung nicht funktioniert. Da es schon einige Jahre her ist, dass ich den Text gelesen habe, bitte ich die Leser, sich selbst den Text vorzunehmen. Ich habe ihn in ganzer Länge in der Textreihe „Thema: Genossenschaften, Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen“ zugänglich gemacht. Er ist dort unter der Textkennung 108.5 zu finden. Der Link dazu lautet:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/108.5.Greshamsche.Gesetz.pdf>

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass eine gute Währung von einer schlechteren verdrängt wird. Es wird sich vielmehr ein Kurs zwischen beiden bilden, so wie bei der Zigarettenwährung nach dem Zweiten Weltkrieg, die ich selbst noch erlebt habe. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, war der Kurs zwischen einer Ami-Zigarette und einer deutschen 1 : 7. Weiter ist zu beachten, dass Parallelwährungen – quantitativtheoretisch gesehen - bestenfalls zwei Abteilungen einer Währung sein können, die ihre Währungsaktivitäten aufeinander abstimmen müssen, wenn sie keine Inflation riskieren wollen.

Auch mit den Wechselkursen wird m. E. falsch argumentiert. Es wird behauptet, wenn z.B. Griechenland eine eigene Währung hätte, dann hätte es durch eine Abwertung des Kurses dieser Währung die Möglichkeit, die Außenwirtschaft zu fördern. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn das betreffende Land sich auf einen antimarktwirtschaftlichen fixierten Kurs seiner Währung einigt, der obendrein dann mit einem Ankaufszwang von Devisen durch seine Notenbank ausgestattet sein muss. Der Preis dafür ist eine Inflation, die vor allem jene bezahlen müssen, die vom Export nicht profitieren. Wichtiger für die Länder, die heute im Euro-System ihre Schwierigkeiten haben, ist, dass der Euro wirklich fließt, dann gleicht sich

ein unterschiedliches Preisniveau der nationalen Märkte (= Euro-Teilmärkte) durch Im- oder Export an. Bei unterschiedlichen Währungen pendelt sich der flexible Wechselkurs der beteiligten Währungen auf den Kaufkraftkurs ein, wenn diese Tendenz nicht durch die Notenbank oder Spekulationen gestört wrden. Einen Wettbewerbsvorteil können sich dann einzelne Länder dadurch verschaffen, wenn ihre Produkte besonders gut und ihre Preise besonders niedrig sind. Und für Vorteile in der Außenwirtschaft sollte die Währung nicht missbraucht werden.

Prof. Nikolaus K.A. Läufer zur Quantitätstheorie

Als ich glaubte mit meinem Text fertig zu sein, kam mir ein Ausdruck eines Beitrages mit dem Titel "Zum Geldbegriff der main-stream-Ökonomik von Prof. Dr. K. A. Läufer vom 24. Juni 2000 vor die Augen. Ich hätte gerne einen Link darauf gesetzt, aber abgebildete

<http://www.systemfehler.de/hs/geldbegriff.htm> funktioniert nicht mehr.³⁶Er beschreibt das Geld in etwa so, wie ich es hier gemacht habe. Dabei stellte ich fest, dass Läufer sich als Kritiker der Freiwirtschaft versteht. Das geht aus einer Erwiderung von Jörg Gude in der *Zeitschrift für Sozialökonomie* Folge 152/2007 hervor. https://www.google.de/search?q=prof.+nikolaus+l%C3%A4ufer+zeitschrift+f%C3%BCr+sozial%C3%B6konomie&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=hdw8V4_VNILDaPSPiagD

Im Gegensatz zu Heiner Flassbeck (siehe weiter oben) sagt Läufer zur Quantitätstheorie des Geldes:

Die Quantitätstheorie ist zurecht ein wichtiges Element der Wirtschaftstheorie. Und ich sage dies, obwohl ich als Student etwas anderes gelernt habe. Meine Lehrer und manche Bücher, die man mir zur Lektüre empfohlen hatte, machten sich nachgerade lustig über diese Theorie. Seit damals ist viel Wasser den Rhein heruntergeflossen und ich hatte ausreichend Grund, die Irrtümer meiner Lehrer einzusehen. (Wie sehr sich Lehrer irren können, zeigt sich auch daran, dass einer von ihnen (Anfang der 60 Jahre), erklärter Keynesianer und Gegner der Quantitätstheorie, meinte, dass Massenarbeitslosigkeit eine Sache der Geschichte sei und für die Zukunft nicht mehr zu erwarten sei. Ich gestehe beschämt, dass nicht ich, sondern ein älterer Mitstudent, gerade diese Prognose sofort bezweifelte. (Er wagte es allerdings nur, mir diese Zweifel ins Ohr zu flüstern und nicht, sie laut auszusprechen. Das Jahr 1968 war noch lange nicht erreicht und Unterbrechungen der Vorlesung eines Professors waren noch nicht üblich.)

...die Tauschmittelfunktion die *conditio sine qua non*. Wenn etwas keine Tauschmittelfunktion ausübt, kann es also nicht Geld sein.

Weitere Sätze von Läufer, die dort zu lesen sind:

... Geld ist nicht generell an die Existenz von Kredit gebunden. Die Verknüpfung von Geld und Kredit ist nicht von Anfang an gegeben. ...

³⁶ „Hallo Tristan, web.archive.org is your friend.... Systemfehler wird schon einige Jahre umgeleitet, hier noch eine Seite mit Inhalt, leider keine Seite hinter dem Impressum..., einfach mal weiter im Archiv blättern... „, <http://web.archive.org/web/20071001181701/http://www.systemfehler.de/>

...Wenn Geld als Tauschmittel auch ohne Kredit existiert, dann kann man es auch nicht generell dadurch definieren, dass es der Kredit-Rückzahlung dient....

... Bei der Frage nach dem richtigen Geldbegriff sind deshalb die Verweise auf die bestehenden Gesetze (Bundeshaushaltsordnung, Bundesbank-Gesetz, Maastricht-Verträge) meist irreführend. ...

...Wenn wir Geld nicht quantitativ messen könnten, wäre dies ein Grund den Begriff bzw. die Definition zu ändern. Eine Definition, die den Quantifizierbarkeitsanspruch aufgibt, hat im Wettbewerb der Definitionen gar keine Lebens-Chance. Sie wäre eine glatte Totgeburt. ...

...Schliesslich waren es Erfahrungen mit Edell-Metallwährungen, die zur Entwicklung der Quantitätstheorie des Geldes führten. Die Pioniere der Quantitätstheorie, die Schule von Salamanca und Jean Bodin, würden bei unserem naiven Glauben an die Preisniveaustabilität unter dem Goldstandard nur den Kopf schütteln. ...

Die HAZ vom 19. =5. 2016 meldet:

Mehr Zeit für die Defizitsünder

EU-Kommission verschont Portugal und Spanien vorerst von Bußgeldstrafen

Entscheidet erst nach der Wahl in Spanien über Strafen: EU-Kommissar Moscovici.

Brüssel. Die Europäische Kommission hat die Entscheidung über mögliche Bußgeldstrafen für die Defizitsünder Spanien und Portugal auf frühestens Anfang Juli verschoben. Es sei „wirtschaftlich und politisch nicht der richtige Zeitpunkt“ für Strafmaßnahmen, sagte Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici am Mittwoch.

Spanien und Portugal bekämen „ein zusätzliches Jahr“, um ihre Haushaltsdefizite in den Griff zu bekommen, sagte Moscovici – Portugal bis zum Herbst dieses Jahres und Spanien bis 2017. Anfang Juli will sich die Kommission erneut mit der Situation dieser beiden EU-Mitgliedsstaaten befassen. Hat die Behörde dann den Eindruck, dass die Länder nicht genügend für eine bessere Haushaltssituation unternommen, könnte sie trotz der Fristverlängerung Bußgelder wegen des Defizitverstoßes im vergangenen Jahr verhängen. Sie könnten sich auf zunächst 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung belaufen.

Der Beschluss fällt nun aber definitiv nach den Neuwahlen in Spanien, die für den 26. Juni anberaumt sind. Am Mittwoch schlug die Kommission den Mitgliedsstaaten nur vor, in beiden Fällen „eine dauerhafte Korrektur des übermäßigen Defizits“ zu empfehlen. Dafür müssten „notwendige Strukturmaßnahmen“ ergriffen und alle zusätzlichen Haushaltseinnahmen für die Defizit- und Schuldenverringerung genutzt werden.

Die Kommission hatte schon vor einigen Jahren Defizitverfahren gegen Spanien und Portugal eingeleitet, weil deren Neuverschuldung wiederholt über 3 Prozent der Wirtschaftsleistung lag. Während Lissabon es in diesem Jahr voraussichtlich unter die 3-Prozent-Marke schafft, dürfte Madrid mit 3,9 Prozent erneut deutlich darüber liegen. Spaniens konservativer Ministerpräsident Mariano Rajoy verteidigte seinen Kurs: Sein Land habe zwei Jahre der Rezession erlebt und dennoch sein Defizit reduziert, sagte er der „Financial Times“. Trotz der drohenden Bußgelder aus Brüssel stellte er den Wählern Steuersenkungen in Aussicht, sofern sich die Einnahmen des Staates weiter erhöhten. ...

Und Gabor Steingart spottet im Handelsblatt Morning Briefing vom 19. Mai:

Die **EU-Kommission** verzichtet darauf, die notorischen Defizitsünder **Spanien und Portugal** zur Rechenschaft zu ziehen. Auch gegen Italien, das es einfach nicht schafft, seinen zu hohen **Schuldenberg** abzubauen, leitet die **Brüsseler Behörde** kein Strafverfahren ein. Die Staatsverträge, in denen

anderes geregelt war, sollte man spätestens jetzt einem belgischen Altpapierhändler überreichen. Et- was Besseres als den **Tod im Aktenschrank** werden diese Papiere dann schon finden.

Und Steingart berichtet auch:

Bei der ersten **Hans-Werner-Sinn-Lecture** des **Handelsblatt Wirtschaftsclubs** zog Deutschlands einflussreichster Ökonom sein Publikum in den Bann. In präziser **Schonungslosigkeit** skizzierte der 68-Jährige im Hörsaal der **Universität Hamburg** vier Lösungs-Szenarien für die Eurokrise – um sie anschließend zu verwerfen. Sinn selbst sprach von „**vier trostlosen Optionen**“, darunter der Aus- stieg der Krisenländer aus dem Währungsverbund oder die Gründung einer **Transfer-Union**. ...

Während die HAZ schon auf der Titelseit (19.05.16) mit den Verweis auf einen ausführlichen Bericht meldete:

Noch einmal ins All

Ein Deutscher als Kommandant im Weltraum – das hat es bisher noch nicht gegeben. Doch jetzt steht fest: Alexander Gerst wird in zwei Jahren Kapitän der Internationalen Raumstation ISS. Gerst hat mit seinen Twitter- und Facebook-Beiträgen aus dem Weltraum schon beim letzten Ausflug ins All viele Menschen bewegt. Jetzt will er wieder in den Weltraum fliegen. „Das ist eine tolle Sache für mich“, sagte er gestern. Und Kanzlerin Angela Merkel gratulierte schon mal.

In meinem Text 75.1 „Mein Abschied von den GRÜNEN ...“ vom August 2009 gebe ich meinen Beitrag aus dem Protokoll 15/'84 über Tagung der Ev. Akademie Loccum „Die Zukunft der Ökonomie Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich“ wieder. Darin heißt es u.a.:

Um die mangelnde Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft zu verdeutlichen und herauszu- finden, wie die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften durch die Ökonomen ein- geschätzt wird, habe ich die Mondlandung als Leistung der Natur- und Ingenieurwissenschaft hinge- stellt und die Auflösung des magischen Drei-, Vier- oder Fünfeckes als eine entsprechende Leistung der Ökonomen. Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, aber kein Referent oder Diskutant mochte bekennen, daß den Ökonomen die Mondlandung möglich wäre. Dabei mußte eigentlich klar sein, da ich auf der Basis einer genannten Schule argumentierte, daß ich die Mondlandung der Öko- nomen für möglich halte. Und für Ökonomen, die noch ein Gespür für ihre Verantwortlichkeit oder für jene, die noch einen Funken von Forschergeist in sich haben, gilt es herauszufinden, ob hinter ei- ner solchen Einschätzung verwertbare Erkenntnisse oder prahlerische Anmaßung steht.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Gruene%20Ergaenzungen.pdf>

Die Tagung war 1984. Und 32 Jahre später haben wir die gleiche Situation. Wozu brauchen wir da noch eine Wirtschaftswissenschaft? Warum ermuntern wir noch junge Menschen, sich an dieser intellektuellen Bankrotterklärung zu beteiligen? Wann merken Wirtschaftsjourna- listen endlich, dass ihren Berichten an Aufklärung mangelt?

Beispiel Staatsverschuldung: Die Schulden der Staaten belasten diese mit Zins- und Til- gungszahlungen und schränken den Gestaltungsraum der nachfolgenden Generation ein. Aber die Schulden haben – soweit sie nicht mit der Druckpresse der Zentralbanken finanziert werden – nichts mit der Währungsstabilität zu tun.

Großbritannien steht vor der Wahl, ob sie noch in der EU bleiben oder nicht. Wenn sie aus- scheiden, ist das neben den verbleibenden Mitgliedern der EU auch ein Verdienst der Wirt-

schaftswissenschaft, die die Politik in einen ökonomischen Irrgarten geführt hat. Brüssel ist doch nur eine bessere Kopie von Moskau zu Sowjetzeiten. Wo wirkt in Europa noch das dezentrale System der Marktwirtschaft? Auf jedem Ministersessel, auf jedem Amtsstuhl sitzt einer, der die Marktwirtschaft verschlimmbessert. Probleme mit den Flüchtlingen haben wir, weil wir ihnen zu Hause nicht den Weg gezeigt haben, wie sie sich aus eigenen Kräften den eigenen Wohlstand aneignen. Man kann die Dinge wenden wie man will, immer wird sichtbar, dass der Westen sich gigantische Fehlinvestitionen in die Wirtschaftswissenschaften leistet, die nicht den „Wohlstand für alle“ (Erhard) sondern den „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler) befördern. https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Untergang_des_Abendlandes

oooooooooooooooooooooooooooo

oooooooooooooooooooo

10. Gesammeltes Ausgangsmaterial

1)) HAZ vom 31. 03. 2016 unter Wirtschaft

>> Kurz gemeldet

Bundesbank: Negativzinsen für Privatkunden möglich

Frankfurt. Die Bundesbank befürchtet, dass Finanzinstitute die Belastungen durch die Niedrigzinsen an Privatkunden weitergeben werden. „Wir sehen, dass viele Institute ihre Gebühren bereits erhöht haben oder über solche Erhöhungen nachdenken“, sagte der für Banken- und Finanzaufsicht zuständige Vorstand Andreas Dombret „Spiegel Online“. Auch Negativzinsen auf Konten von Privatkunden hält Dombret für möglich. „Je länger das gegenwärtige Zinsumfeld Bestand hat, desto höher steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass man die Negativzinsen vielleicht doch weitergeben muss.“ Die Aufsicht mache den Banken und Sparkassen da keine Vorschriften. <<

2))

Man sieht daran, wie die Medien bei dem Thema herumeiern.

Der Journalist schreibt einerseits, dass die Aufsicht den Banken keine Vorschriften macht, behauptet aber andererseits, die Bundesbank "befürchte"...

Ich finde die Negativzinsen das Spannendste, was mir je vorgekommen ist, seit ich mich mit dem Thema befasse.

Herzliche Grüße Andreas Bangemann www.humane-wirtschaft.de

3))

Lieber Tristan,

kurz mein Senf dazu: Wir freuen uns darüber, dass das Thema Negativzins den Fokus auf Silvio Gesell rückt. Ich halte das für schädlich. Wenn ich die NWO nicht völlig missverstanden habe, will Gesells Umlaufsicherung nur Bargeld einem stetigen leichten Wertverlust unterziehen, während Bankeinlagen ja dem Geldkreislauf zugeführt werden können. Während

der Wertverlust von barem Freigeld durch Ausgeben oder Sparen vermieden werden kann, sind Negativzinsen auf Bankguthaben nur durch Ausgeben vermeidbar. Wer aber auf ein Auto spart oder sich fürs Alter etwas zurücklegen will, wird bei Negativzinsen dafür bestraft, es wird ihm ein Teil seines Eigentums weggenommen. Leistungsloses Einkommen durch Guthabenzinsen ist zweifellos ungerecht, ob Negativzins gerecht ist, bezweifle ich sehr, und ich finde es nicht gut, wenn wir in den Ruf kommen, ihn zu unterstützen. Der Unterschied muss herausgearbeitet werden. Sehe ich etwas falsch?

Auf die Schnelle freundliche Grüße Anselm
(Über www.nwo.de Information zum Hintergrund der Mailingliste.)

4))

In einer Nachricht Prof. Dr. Wilhelm Nölling vom 1. April 2016 fragt er mich, „... inwieweit die gegenwärtige Negativ-Zins-Erzwingung in ihren gewollten Auswirkungen den Intentionen von Gesell nahe kommt?“

5))

Hans-Jürgen Jakobs
Senior Editor / Handelsblatt-Autor
Handelsblatt Morning Briefing vom 1. 4. 2016

Gestern hatte **Hans-Werner Sinn** nach 17 Jahren seinen letzten Arbeitstag als **Ifo-Präsident**. Das Abschiedsgeschenk war eine **Warnung**: vor dem Ende der 500-Euro-Scheine und vor einer Obergrenze für Barzahlungen. Die **Europäische Zentralbank**, so Sinn per Pressemitteilung, wolle den Banken die Möglichkeit des Hortens von Bargeld nehmen – „um sie zu zwingen, negative Einlagenzinsen zu zahlen. Gelingt das, werden Sparer vermutlich auch auf ihre Einlagen irgendwann **Strafzinsen** zahlen.“ In der „Bild“ forderte er: „Setzt endlich wieder normale Zinsen, damit den **Sparern** nicht die Renten gekürzt werden müssen.“ Und Nachfolger **Clemens Fuest** warnte in der „Frankfurter Allgemeinen“ vor einem nicht stabilen Eurogrundgerüst: „Wir haben immer noch die sehr hohe Verschuldung, das wird nur überdeckt vom billigen Geld.“ Der Name des Professors ändert sich, die Linie der ökonomischen Vernunft bleibt.

6))

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 4. April 2016, Rubrik Wirtschaft

„Bargeld steht für Kriminalität“

In Schweden sind Banknoten und Münzen ein Auslaufmodell – sogar in der Kirche
Von Miriam Bunjes

In Schweden sind noch 80 Milliarden Kronen im Umlauf, doch es werden immer weniger. Foto: Fotolia

Im Dom von Uppsala steht schon seit acht Jahren ein „Kollektomat“ und sammelt die Kirchenkollekte. Per Klick am Touchscreen entscheiden Kirchgänger über die Spendensumme, die in die neue Orgel fließen soll – und zahlen mit Karte. „Es gibt kaum noch Kirchen in Schweden, in denen das anders läuft“, sagt Ökonom Niklas Arvidsson von der Königlich-Technischen Hochschule in Stockholm. „Sonst wären die Kollekten auch leer, die meisten Schweden haben ja kein Bargeld im Portemonnaie.“

Und sie wollen das auch nicht: Schweden ist auf dem Weg in die bargeldlose Gesellschaft. „Vielleicht wird Schweden im Jahr 2030 noch nicht ganz ohne Bargeld sein, aber fast.“

80 Milliarden Kronen sind noch im Umlauf, vor sechs Jahren waren es noch 106 Milliarden. „Der Bargeldgebrauch sinkt rapide“, sagt Arvidsson. Nur jeder fünfte Einkauf wird hier noch bar gezahlt. Zum Vergleich: In Deutschland ist es jeder zweite. „Für die schwedische Volkswirtschaft spielt Bargeld kaum noch eine Rolle.“

Und auch im Alltag nicht. „Das ist hier kein Aufregertema“, sagt Arvidsson. „Da sind die Schweden ganz anders als die Deutschen, hier finden die meisten das einfach nur praktisch.“

Vor allem dank Swish, einer 2012 von schwedischen und dänischen Banken entwickelten Handy-App: Der Zahlende schickt per Handy den Betrag an die Mobilnummer des Empfängers, Swish schreibt es sofort gut. „So bezahlen Menschen ihren Freunden einen Kaffee, ziehen Bustickets oder kaufen im Supermarkt ein“, sagt Arvidsson. Mehr als vier Millionen der 9,5 Millionen Schweden haben sich nach Firmenangaben schon bei Swish registriert.

Sorgen um die Datensicherheit gebe es in der Bevölkerung „nicht ansatzweise so wie in Deutschland“, sagt Arvidsson. In ländlichen Regionen gebe es manchmal Schwierigkeiten mit dem Mobilnetz. Aber sonst? Für einige Gruppen sei die bargeldlose Gesellschaft schon problematisch. „Einige Ältere kommen mit Swish nicht zurecht, und Menschen ohne Konto können gar nicht daran teilhaben“, räumt Arvidsson ein. Das gelte auch für Flüchtlinge, die ja erst mal kein Konto in Schweden hätten. „Es ist hier inzwischen schwierig, überhaupt an Bargeld zu kommen.“ Die Hälfte der Bankfilialen führt gar kein Bargeld mehr. Und manchmal wird sogar die Polizei eingeschaltet, wenn Menschen mit Bargeld kommen. „Bargeld steht für Kriminalität“, sagt Arvidsson.

7)) HAZ vom 8. April 2016

Nur Bares ist Wahres / Neues Schweizer Geld lässt sich noch besser verstecken
Von Alexander Dahl

Die neuen Banknoten der Schweiz.

Die Schweiz ist ein kleines Land, eher verschwiegen als aufschneiderisch. Da liegt es wohl nahe, auch beim Format der Banknoten zurückhaltend zu sein. Das britische Wirtschaftsforschungsinstitut Capital Economics hat nachgerechnet, in welcher Währung sich eine Milliarde US-Dollar in bar besonders platzsparend verstauen lässt. In keiner Währung ist das so einfach wie mit dem Schweizer Franken.

Misstrauische Sparer und nervöse Gauner werden es von kommender Woche an noch einfacher haben, ihre Franken-Schätze zu verstecken: Die neuen Banknoten der Eidgenossen, die die Schweizer Nationalbank (SNB) vom 12. April an emittiert, werden noch einmal im Format verkleinert.

Um seine weltweite Spitzenstellung muss sich die Schweizer Währung damit keine Sorgen machen. Der 1000-Franken-Schein – umgerechnet etwa 920 Euro – ist derzeit nicht nur die Banknote mit dem höchsten monetären Wert. Es gibt auch keine Währung, in der ein höherer Anteil großer Scheine zirkuliert: Etwa 60 Prozent aller Schweizer Banknoten sind Tausender. Der Anteil ist laut SNB in den vergangenen Jahren stetig gestiegen – ein Hinweis darauf, dass die harte Währung von Ängstlichen weltweit gehortet wird. Dass immer mehr Banken,

auch in der Schweiz, Einlagen mit Negativzinsen bestrafen, dürfte die traditionelle Haltung „Nur Bares ist Wahres“ weiter verstärken. Und die Alternativen werden weniger: Schweden denkt daran, Bargeld abzuschaffen; die Europäische Zentralbank diskutiert, die 500-Euro-Scheine einzustampfen.

8)) HAZ 13. 04. 2016 unter Wirtschaft

Wahlhelfer wider Willen?

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kreidet EZB-Präsident Mario Draghi die jüngsten Erfolge der AfD an
Von Albrecht Scheuermann

Europas Zentralbank-Präsident Mario Draghi ist in Deutschland nicht besonders beliebt, schließlich machen ihn die hiesigen Sparer für die Null- oder sogar Minusdiät bei den Zinsen verantwortlich. Und nun gibt es Schelte aus der deutschen Politik für den Italiener: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wirft Draghi Wahlhilfe für eine Partei vor. Der Italiener könne sich die Hälfte des Wahlerfolges der AfD bei den jüngsten Landtagswahlen zuschreiben, sagte der Minister. Draghi könne darauf „stolz“ sein. Schäuble spielte mit der Bemerkung auf den wachsenden Unmut an, den die EZB mit ihrer Geldschwemme hierzulande auslöst. Als es noch die Deutsche Bundesbank gab, interessierte sich kein Mensch für Geldpolitik, heute ist das ganz anders.

Dabei könnte der Finanzminister ganz zufrieden sein. Schließlich hat der EZB-Kurs dafür gesorgt, dass er für seine Anleihen keine Zinsen mehr bezahlen muss. Die Anleger sind sogar bereit, ihm für die Aufbewahrung ihres Geldes noch eine Gebühr zu zahlen. Dennoch zeigte sich Schäuble anlässlich einer Preisverleihung der Stiftung Marktwirtschaft „hoch besorgt“ über die Folgen der europäischen Geldpolitik. Deshalb will er am Wochenende auf dem Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der 20 wichtigsten Industrieländer (G 20) in Washington für einen Ausstieg aus der extrem lockeren Geldpolitik werben – in Europa ebenso wie in den USA.

Selbstverständlich weiß der CDU-Politiker sehr gut, dass er die EZB zu nichts zwingen kann. Schließlich hatten gerade die Deutschen darauf gedrungen, dass die Zentralbank genauso unabhängig von politischen Weisungen und Einflüssen sein solle wie einst die Deutsche Bundesbank. „Dann muss man ihre Entscheidungen auch akzeptieren, wenn sie einem nicht gefallen“, sagt Schäuble. Und ganz unschuldig am geldpolitischen Kurs in Europa seien die Deutschen auch nicht: Schließlich habe der deutsche Chefvolkswirt Otmar Issing das Inflationsziel von „unter, aber nahe 2 Prozent“ formuliert, das die EZB nun seit Jahren vergeblich mit Geld ohne Ende, Negativzinsen und wachsender Verzweiflung ansteuert.

9)) Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing vom 14. April 2016:

>> Die **Bundesbank** sieht die Diskussion der EZB über **Bargeld-Obergrenzen** und eine Abschaffung des 500-Euro-Scheins mit großer Skepsis. Vorstandsmitglied **Carl-Ludwig Thiele** sagte heute in Berlin: „Die Freiheit stirbt häufig scheinbarweise.“ Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, der Bevölkerung würde nach und nach das Bargeld entzogen. Dabei kann man den Verantwortlichen der EZB vieles vorwerfen, aber nicht mangelnde **Klarheit**: Sie wollen keinen Eindruck erwecken, sie wollen **Fakten** schaffen. Die Freiheit, die sie abschaffen, ist die **Freiheit der Andersfühlenden**. <<

10)) HAZ vom 14. April 2016 unter Wirtschaft

>> Das blaue Wunder

Seit heute emittiert die Bundesbank die weltweit erste Münze mit Kunststoffanteil
Von Alexander Dahl

Wenn bisher vom Plastikgeld die Rede war, dann waren Bank- oder Kreditkarten gemeint. Seit heute allerdings passt der Begriff auch auf eine weltweit einzigartige Münze der Bundesbank. Das Fünf-Euro-Stück „Blauer Planet Erde“ besteht zwar aus einem Außenring und einem Innenteil aus Metall – beide sind aber verbunden durch den Spezialkunststoff Polymer. Dieser schimmert lichtdurchlässig blau. Außerdem wurden feine Kristalle eingearbeitet, die den blauen Ring im Gegenlicht funkeln lassen.

Die kuriose Münze, bei der erstmals Metall und Kunststoff vereint eingesetzt werden, soll Fälschern das Handwerk erschweren. Da die Banknoten der Europäischen Zentralbank zunehmend schwerer zu imitieren sind, haben Betrüger die Zwei-Euro-Münze für sich entdeckt. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) erklärte bei der Vorstellung des blauen Wunders, es gelange vermehrt falsches Hartgeld in Umlauf. „Da wird über große Massen viel Geld gemacht.“ In Sachsen etwa wurden im ersten Halbjahr 2015 mehr gefälschte Münzen als Scheine aus dem Verkehr gezogen.

Wie genau Metall und Kunststoff dauerhaft und bruchstabil zu einer Münze zusammengefügt werden, wollen die Entwickler – die Hauptmünzämter von Bayern und Baden-Württemberg sowie die Technische Hochschule Aachen – nicht verraten. Ganoven soll keine Arbeitsanleitung zum Nachahmen geliefert werden.

Für die Polymer-Münze hat sich laut Söder schon Israel interessiert. Die neue, patentierte Technologie, so hoffen die Erfinder, könnte den Münzämtern in München und Stuttgart vermehrt Aufträge aus dem Ausland verschaffen.

Für den Bürger indes hat die Sondermünze auch ihre unpraktische Seite. Sie passt in keinen Automaten, und weil sie eine deutsche Sonderprägung ist, kann mit ihr in anderen Ländern des Euro-Raumes nicht bezahlt werden. Oft wird sich die Kuriosität aber wohl nicht unter das Wechselgeld mischen: Von den 2,25 Millionen geprägten Münzen dürften die meisten in den Alben der Sammler verschwinden.

Bei der Bundesbank indes denkt man ohnehin weiter. Langfristig soll das Fünf-Euro-Stück den entsprechenden Geldschein ersetzen. Für die Europäische Zentralbank, die für die Herausgabe der Banknoten verantwortlich ist, hat die Bundesbank zwei gute Argumente: Der blaue Fünfer lässt sich billiger herstellen als der Papierschein und verschleißt nicht so schnell.

11)) Garbor Steingart: Handelsblatt Morning Briefing 15. April 2016:

>> In einem wuchtigen Leitartikel hat die „**Financial Times**“ gestern **Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble** angegriffen. Seine Kritik an der Politik des billigen Geldes sei eine unzulässige und unkluge Einmischung in die Autonomie der **Europäischen Zentralbank**. Der Chefredakteur der **internationalen Handelsblatt-Ausgabe**, der Amerikaner **Kevin O'Brien**, schlägt heute zurück. Er verteidigt Schäubles Mahnungen und wirft den britischen Journalisten Parteinahme zugunsten des Finanzdistrikts vor. Denn eines ist sicher: In der Londoner City wohnen nicht die großen Sparer, sondern die **Big Spender**. Das billige Geld, das Schäuble fürchtet, ist ihr Lebenselixier. <<

12)) HAZ 18. April 2016, Wirtschaft

>> „Kein Anspruch auf kostenloses Girokonto“

Auch Postbank-Chef Strauß kündigt neue Preismodelle an / Massive Kritik an Zinspolitik der EZB

von André Stahl

Berlin/Washington. Die niedrigen Zinsen machen Sparern, Banken und Versicherungen zunehmend zu schaffen. Nun stellte auch die Postbank mit Millionen von Kunden angesichts der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) das kostenlose Girokonto für Privatkunden infrage – verbunden mit massiver Kritik am Kurs von EZB-Präsident Mario Draghi.

Postbank-Chef Frank Strauß sagte am Wochenende, sein Institut arbeite derzeit intensiv an einem neuen Preismodell, das noch dieses oder spätestens nächstes Jahr starten solle. Ob dabei das Girokonto kostenlos bleibe, könne er noch nicht abschließend sagen.

Möglicherweise werde es nur noch bestimmte Konto-Dienstleistungen kostenlos geben. „Es gibt keinen Anspruch auf ein kostenloses Girokonto. Sie zahlen auch für Strom, ein Teil der Bankdienstleistung ist wie Strom eine Versorgung“, sagte Strauß der „Welt am Sonntag“.

„Die Veränderungen im Umfeld drängen zu raschem Handeln.“ Die gesamte Branche werde andere Kontomodelle anbieten. „Das ist logische Folge des Niedrigzinsniveaus.“ Gebühren für Bargeldabhebungen von Postbank-Kunden an den eigenen Automaten könne er sich allerdings nicht vorstellen, signalisierte Strauß. Die Postbank mit 14,3 Millionen Kunden kassiert bereits seit einem Jahr 99 Cent für Überweisungen, die nicht online ausgeführt werden.

Wegen der niedrigen Zinsen steht die gesamte Branche unter Druck. Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), hatte erst Mitte März gesagt: „Die Zeit von weiten Angeboten kostenloser Kontoführung ist aus meiner Sicht vorbei.“ Alle Marktteilnehmer müssten angesichts der „falschen Zinspolitik“ der Europäischen Zentralbank (EZB) neue Ertragsquellen erschließen.

Die EZB hatte den Leitzins im Euro-Raum im Kampf gegen Mini-Inflation und Konjunkturschwäche auf Null gesenkt. Die Zentralbank und ihr Präsident Draghi stehen deswegen seit Wochen vor allem in Deutschland massiv in der Kritik. Geschäftsbanken müssen Gebühren zahlen, wenn sie ihr Geld auf Konten der EZB parken. Sparer gehen bei Zinsen leer aus. Andererseits profitieren unter anderem Hausbauer sowie die öffentlichen Haushalte von der EZB-Politik.

Die „Bild“-Zeitung berichtete unter Berufung auf Berechnungen der Postbank, die deutschen Sparer hätten wegen des Zinstiefs in den vergangenen fünf Jahren mehr als 100 Milliarden Euro an Zinseinnahmen verloren. Im Gegenzug sparten Immobilienbesitzer, die einen Kredit aufnahmen, seit 2011 rund 85 Milliarden Euro Zinskosten ein. Der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Alexander Erdland, warnte angesichts der niedrigen Zinsen vor massiven Folgen für die Altersvorsorge und forderte die EZB zu einer Umkehr in der Zinspolitik auf. Aus der Politik kamen Forderungen nach einer Entlastung der Sparer.

Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) forderte eine Verdopplung des Sparerfreibetrags auf Zinsen aus Sparguthaben. Der Freibetrag müsse für Zinsen aus Sparguthaben von 801 Euro beziehungsweise 1602 Euro für Verheiratete verdoppelt werden. „Das wäre ein deutliches Signal, dass sich Sparen in Deutschland noch lohnt.“ <<

13)) HAZ vom 24. 3. 2016

Banken fehlt Effizienz

Aufsicht fordert Anpassung der Geschäftsmodelle an Niedrigzins

VON JÖRN BENDER UND ERIK NEBEL

FRANKFURT. Die Aufseher der Europäischen Zentralbank (EZB) mahnen Europas Banken angesichts des anhaltenden Zinstiefs zur Anpassung ihrer Geschäftsmodelle. „Ich glaube, Banken haben Spielräume für Veränderungen, Banken können effizienter arbeiten“, sagte die Chefin der Bankenaufsicht, Danièle Nouy, am Mittwoch in Frankfurt. Wegen der niedrigen Zinsen bröckeln die Erträge der Banken, gleichzeitig sollen sie aber zusätzliches Kapital bilden. Auch die zunehmende Digitalisierung von Finanzdienstleistungen („Fintech“) fordere die Institute heraus, sagte Nouy.

Insgesamt seien Europas Banken in den vergangenen Jahren wesentlich krisenfester geworden, erklärte Nouy. Ein besonderes Problem bleibe aber der viel zu hohe Berg fauler Kredite. Er hindere viele Institute daran, neue Kredite zu vergeben - obwohl die EZB genau das mit, ihrer Geldpolitik bewirken will.

Die Turbulenzen Anfang dieses Jahres hätten gezeigt, dass sich viele Investoren Sorgen machten, ob die Institute auch auf Dauer profitabel arbeiten können, sagte Nouy. „Die Anpassung der Geschäftsmodelle ist auch aus unserer Sicht die größte Herausforderung für den europäischen Bankensektor.“ Darum wollen die Aufseher in diesem Jahr die Geschäftsmodelle der Institute genauer unter die Lupe nehmen.

Die EZB ist seit November 2014 für die Bankenaufsicht in der Eurozone zuständig und kontrolliert die 129 größten Institute im Währungsraum direkt („Single Supervisory Mechanism“/SSM). In ihrem Jahresbericht bilanzieren die EZB-Aufseher: „Unser Ziel einer wahrhaft europäischen Bankenaufsicht haben wir zwar noch nicht erreicht, aber wir sind ihm ein gutes Stück näher gekommen.“

Als weitere Säule für ein stabileres Bankensystem in Europa macht sich die EZB für eine grenzübergreifende Sicherung von Spareinlagen stark, Dies ist allerdings vor allem in Deutschland umstritten, wo es schon lange gut gefüllte Töpfe für den Notfall gibt. Die deutsche Branche will nicht für Altlasten aus anderen Eurostaaten haften müssen.

14)) HAZ 19. April 2016

Zur Person

„Der Staat muss Anreize für die Altersvorsorge geben“

Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, äußert sich zu Panama-Papieren, zur Zukunft der Rente und zu den Niedrigzinsen

Interview: Dieter Wonka

Herr Fahrenschon, wieso wollen so viele Bankmanager mit dunklen Finanzgeschäften halbseidene Profimargen erzielen – wie bei den Panama-Papieren deutlich wurde?

Das verstehe ich auch nicht. Es gehören klare eigene Werte, Mut und eine feste Sicherheitsschleife dazu, sich solchen Zumutungen in einem harten Markt zu verweigern.

Sind Banker eher Opfer ihrer begehrlischen Kundschaft oder eher Täter?

Es gibt sicher beides, aber das ist immer nur eine kleine Minderheit. Wir brauchen ethisch handelnde Menschen, aber auch institutionelle Sicherungen. Ich bin überzeugt, dass regionale Verankerung die Sparkassen vor derartigen Fehlentwicklungen schützt.

Schämt man sich als Bankmanager angesichts des Panama-Netzwerks?

Sicher ist auch da nicht alles kriminell, man muss mit der Bewertung aufpassen. Ich bin aber ziemlich erschrocken über die Dimensionen. Und wenn sich dann jemand sogar hinter dem Roten Kreuz versteckt, ist das eine abgrundtiefe Unverschämtheit.

Wer spart, ist doof – das scheint das Prinzip der EZB-Geldpolitik zu sein. Zerstört das die deutsche Leitkultur des Sparens?

Die auf Geldschwemme und Niedrigstzinsen setzende Geldpolitik ist wirtschafts- und gesellschaftspolitisch gefährlich. Aber wer wegen fehlender Zinsen nicht mehr spart, dem fehlt im Alter beides: Zinsen und Sparkapital. Er riskiert seine Zukunft. Eine Sparquote von 9 Prozent reicht für unsere Gesellschaft nicht aus, um das Lebensniveau im Alter zu halten. Der Sparer muss sich heute auch mit anderen Anlageformen auseinandersetzen – vor allem mit dem Wertpapiersparen.

Welche Impulse erwarten Sie sich von der Bundeskanzlerin?

Die deutsche Politik insgesamt sollte mehr Signale geben, dass Vermögensvorsorge wichtig ist und honoriert wird. Denn die EZB-Politik des billigen Geldes führt dazu, dass das Vertrauen in den Euro schwindet.

Wie viel verdienen die Sparkassen bei der Abzocke ihrer Kunden mit zu hohen Dispozinsen – angesichts historisch niedriger Kreditzinsen?

Dispozinsen sind relativ hoch, weil die Handhabung aufwendig ist, die Ausfallraten hoch sind. Da hilft uns der EZB-Leitzins nichts. Der Dispokredit ist so, als wenn man ein Taxi mit laufendem Taxameter vorm Haus warten lässt. Wer einsteigt, muss zahlen. Der Bus ist die günstigere Variante.

Sind hohe Dispozinsen quasi eine Erziehungsmaßnahme für Bürger?

Der Dispokredit ist die teuerste Form der privaten Finanzierung. Bei ganz kurzer Nutzung fällt das kaum ins Gewicht. Wer längerfristigen Kreditbedarf hat, sollte ihn nicht nutzen, sondern einen richtigen Kredit aufnehmen.

Die Geldpolitik der EZB macht die Alterssicherung und den Vermögensaufbau von Millionen Sparern kaputt. Wie glaubwürdig ist da noch die Forderung nach privater Vorsorge?

Sie ist nur dann glaubwürdig, wenn Wertpapiersparen in der breiten Bevölkerung erleichtert wird. Ein Staat, der nach privater Vorsorge ruft, muss auch Geringverdienern Anreize bieten. Die vermögenswirksamen Leistungen können nur bis zu einem Einkommen von 20 000 Euro in Anspruch genommen werden. Und auf 400 Euro Sparleistung gibt es höchstens 80 Euro Prämie jährlich vom Staat. Diese Grenzen sind seit 1998 nicht mehr angepasst worden. Das muss wiederbelebt und dynamisiert werden.

Gehört die Riester-Rente abgeschafft?

Nicht abgeschafft, sondern vereinfacht. Die Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus kann aber auch die Riester-Rente allein nicht ausgleichen. Wir brauchen deshalb zusätzliche Anreize, damit Menschen für ihr eigenes Alter vorsorgen. Und sicher auch eine weitere Stärkung des gesetzlichen Rentenversicherungssystems. Aber bitte keine „Deutschlandrente“, wo sich der Staat mit dem Geld der Bürger am Kapitalmarkt versucht.

Deutschland ist spitze bei Steuern und Abgaben, sagt die OECD. Was läuft eigentlich schief im System Merkel?

Angesichts fast optimaler Wirtschaftsbedingungen bleibt Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von unter 2 Prozent hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir alle dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen und nur über zinsbedingte

Haushaltsüberschüsse freuen. Das geht langfristig schief.

Georg Fahrenschon (48) ist seit 2012 Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Dachverbandes der Sparkassen. Der Diplom-Ökonom wurde in München geboren, machte Karriere in der CSU und war von 2008 bis 2011 Finanzminister in Bayern. Zuvor hatte er als Finanz-Staatssekretär gearbeitet, davor war er in Bayern als Unternehmensberater tätig.

15)) HAZ 19. April 2016

Keine Zukunft für Niedersachsens Wirtschaftsforscher

Landesregierung stellt die Förderung ein / Unternehmerverbände kritisieren den Beschluss scharf

Von Jens Heitmann

Hannover. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) steht vor dem Aus. Weil die Landesregierung die Förderung einstellt, wird die Einrichtung bis zum Jahresende abgewickelt. Von den ursprünglich drei Dutzend Mitarbeitern sei nur noch eine Handvoll an Bord, sagte NIW-Chef Prof. Stephan Thomsen der HAZ. Zu den Gründen für die Schließung wollte er sich nicht äußern: „kein Kommentar“.

Die Landesregierung unter Ernst Albrecht hatte das Institut 1981 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen und in den einzelnen Regionen zu analysieren und der Politik praktische Ratschläge zu geben. Der frühere Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) hatte die Förderung vor der Abwahl der schwarz-gelben Koalition noch auf 580 000 Euro im Jahr verdoppelt. Seinerzeit habe man die Hoffnung gehabt, das NIW auf Augenhöhe mit dem Ifo-Institut aus München oder dem Kieler Institut für Weltwirtschaft bringen zu können, berichten Beteiligte. Von der Universität Magdeburg wurde mit Prof. Thomsen ein Volkswirt abgeworben, der diesen Anspruch verkörpern sollte.

Mit dem Einzug von Olaf Lies (SPD) in das Amt habe das Institut jedoch schnell an Unterstützung verloren, heißt es. Die neue Hausführung störte sich an den Forschungsprioritäten des NIW. Die Institutsleitung habe den Schwerpunkt auf Grundlagenforschung ausgerichtet, sagte eine Ministeriumssprecherin. „Bereits im Jahr 2014 ist dem Institutsleiter mitgeteilt worden, dass das Wirtschaftsministerium sich daher nicht in der Pflicht sieht, ein Grundlagenforschungsinstitut zu finanzieren, sondern vor allem Wert legt auf Technologietransfer und Regionalökonomie.“ Daher habe man angekündigt, die Förderung mittelfristig zu beenden. Für das laufende Jahr erhält das NIW noch einmal knapp eine halbe Million Euro.

Als sich die Differenzen zwischen dem Institut und dem Wirtschaftsministerium abzeichneten, haben Vertreter aus Wirtschaft und Politik versucht, eine Schließung zu verhindern. CDU und FDP forderten in einem Entschließungsantrag im Landtag sogar eine Aufstockung der Förderung auf 700 000 Euro. Ein Aus für das NIW sei „mit dem Verlust personeller Expertise, politischer Beratungskompetenz und Renommee“ verbunden, hieß es.

Bei den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN) stößt die Abwicklung des Instituts auf Unverständnis. „Da wird ohne jede Not ein Institut mit einem hervorragenden wissenschaftlichen Ruf kaputt gemacht“, sagte Hauptgeschäftsführer Volker Müller. „Das ist nicht nachvollziehbar.“ Doch aus der Wirtschaft gibt es auch verhaltene Stimmen. Nicht jeder Verbandsvertreter habe „mit Feuereifer“ für den Erhalt gekämpft, heißt es bei einer anderen Branchenorganisation – einige hätten ihren Protest erst kundgetan, „als der Käse schon geschnitten war“.

Nach Vorstellung des Ministeriums soll die regionale Wirtschaftsforschung künftig unter dem Dach der Universität Hannover fortgeführt werden. Der NIW-Chef befinde sich in entsprechenden Gesprächen, sagte die Sprecherin.

11. Neue Nachrichten per E-Mail

Neue Nachricht 1 über die NWO-Mailing-Liste vom 18. 4. 2016

Liebe Freunde,

immer, wenn der Begriff "Schwundgeld" fällt, kann man sich sicher sein, dass der Verwender sein Vorurteil pflegt, das im Fazit immer schlecht für die Ideen Silvio Gesells ausgeht.

Aber das macht derzeit nichts, denn der Popularität seiner Reformansätze tut das eher gut ;-)

<https://blog.migrosbank.ch/de/negativzinsen-oder-das-ideal-vom-schrumpfenden-geld/>

Herzliche Grüße Andreas Bangemann

Neue Nachricht 2 über die NWO-Mailing-Liste vom 18. 4. 2016

Hallo,

ein **Gary Flomenhoft** [Gund Institute for Ecological Economics, University of Vermont, USA and Sustainable Minerals Institute, University of Queensland, Australia] hat im „Real World Economics Review“ der World Economics Association einen interessanten Artikel über Ideen von Karl Polanyi geschrieben:

„Escaping the Polanyi matrix: the impact of fictitious commodities: money, land, and labor on consumer welfare“

(<http://www.paecon.net/PAERReview/issue74/Flomenhoft74.pdf>)

Dabei erweist er sich, was das Thema Boden und natürliche Ressourcen angeht, als Gesinnungsgenosse von uns. Er verweist auch auf das Henry-George-Theorem und darauf, dass Immobilienblasen „Landblasen“ sind.

Auch beim Thema Geld vertritt er die Position von Gesell, was die Emission von Geld angeht (die kurioserweise die Freiwirtschaft heute teilweise nicht mehr vertritt).

Eine Fußnote verweist übrigens auf Margrit Kennedy, von der er auch das Beispiel der JAK-Bank in Schweden haben dürfte, die zinslose Kredite vergibt.

Was mir sehr gut gefällt, ist seine Feststellung, dass alle wohlmeinenden alternativen ökonomischen Konzepte chancenlos sind, wenn sie nicht das „Betriebssystem der Wirtschaft“ („operating system of the economy“) reformieren, dass sie „non-solutions“ sind.

Dabei setzt er v. a. beim Boden und beim Geld an (wenn er auch nicht auf die Geldhaltekosten kommt).

Was mir noch sehr gut gefällt, ist der Ausdruck „terrigenous“ mit Bezug auf Krisen, der bei Gavin Putnam vorkommt, auf den er verweist. Krisen haben danach also ihre Ursache im Boden. Flomenhoft selbst stellt fest: "a land bubble, was behind the global financial crisis in 2008".

Unten einige Auszüge aus der Arbeit (Hervorhebungen von mir, außerdem einige Kommentare).

Viele Grüße Walter Hanschitz

Ausschnitt

Am 03.04.2016 um 13:12 schrieb Steffen Henke:

Ahoi Matthias,

ich habe mich nun ein paar Stunden zusätzlich mit dem Thema Geldmengensteuerung beschäftigt, unter anderem habe ich das im Anhang befindliche Dokument gefunden. Ich bin jedoch zu keinem neuen Ergebnis gekommen.

Ich bin unverändert der Auffassung, dass eine Geldmengensteuerung stattfindet. Bei vielen Dokumenten fällt allerdings erneut auf, dass aktiv mit dem Begriff „Geldmenge“ gearbeitet wird, jedoch die jeweiligen Autoren damit unterschiedliche Aggregate meinen. Aus meiner Sicht ein extremes Defizit der Wirtschaftswissenschaft mit derart schwammigen Definitionen zu arbeiten. Man stelle sich nur vor, die Physik hätte bisher beim Kilo, Meter oder Kelvin derart oberflächlich hantiert.

Der Frage, wer innerhalb der EZB die Entscheidung über die auszugebende Geldmenge trifft, bin ich nicht nachgegangen. Die Wichtigkeit des Themas Geldmengensteuerung auf die personellen Strukturen abzustellen, erscheint mir nicht hilfreich.

Auch deine als Frage formulierte Aussage, dass der Geldmarktzins über dem Hauptrefinanzierungszins liegt, steht für mich nicht im Widerspruch, dass eine Geldmengensteuerung stattfindet. Es handelt sich um eine Wirkung, dass kurzfristige Geldmarktzinsen (Euro Overnight Index Average – EONIA) innerhalb der Grenzen von Einlagenzins und Spitzenrefinanzierungszins liegen. Eine Geschäftsbank mit Zentralbankgeldüberschuss kann entscheiden, dass überschüssige Geld bei der Zentralbank über Nacht einzulegen oder es an eine andere Geschäftsbank zu verleihen. Nachteil für den Kreditgeber ist jedoch das Ausfallrisiko, da die Kredite im Interbankenhandel meist unbesichert gegeben werden. Die Geschäftsbank, bei der sich ein Defizit an ZBG eingestellt hat, könnte sich dieses über Nacht zum Spitzenrefinanzierungssatz bei der ZB beschaffen, der Nachteil: sie muss für die Mittel Sicherheiten stellen und diese Refinanzierungsart ist teurer, als der Weg über EONIA. Auch muss keine vollständige Erfüllung des Wunsches von Seiten der Zentralbank erfolgen (Repartierung), insofern besteht auch ein gewisses Kalkulationsrisiko. Betrachtet man demnach die „Für und Wider“ beider Seiten (Geschäftsbank mit ZGB-Überschuss und GB mit ZGB-Defizit), ist es vollständig nachvollziehbar, dass sich der EONIA-Zins innerhalb der Grenzen von Einlagenzins und Spitzenrefinanzierungszins einpendelt. Damit zu belegen, dass keine Geldmengensteuerung seitens der ZB stattfindet, kann ich nicht erkennen.

Entscheidend jedoch ist, dass eine wirkliche Geldmengensteuerung erst mit der Einführung von Fließendem Geld gegeben ist, denn es sollte zwischen herausgegebener Geldmenge und realwirtschaftlich nachfragewirksam zum Einsatz gelangender Geldmenge unterschieden werden. Dank einer Gebühr auf Bargeld ist das Horten von Geld derart wenig lukrativ, dass die ausgegebene Zentralbankgeldmenge vollständig in Bewegung bleibt und damit das feine Justieren der im Wirtschaftskreislauf benötigten Geldmenge, um bei Inflation von 0 % den Austausch von Waren und Dienstleistungen abzuwickeln, erst möglich ist.

Viele Grüße Steffen

Geschäftsführer
Neues Geld gemeinnützige GmbH
Rosestr. 11, 04158 Leipzig
Telefon: +49 (0) 341 - 23 15 98 18
Fax: +49 (0) 341 - 23 24 328
Email: henke@neuesgeld.net
Internet: www.lust-auf-neues-geld.de
Gesellschafter: Steffen Henke

0000000000000000
000000000000